

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

erhalten werden sollen.

Meine Damen und Herren, der Anlass zur heutigen Aktuelle Stunde war das Treffen der Verkehrsminister mit Herrn Ramsauer auf Schloss Dyck, was uns dazu bewogen hat, uns diesem Thema noch einmal näher zu widmen. Die Bundesregierung hat ein Maßnahmenprogramm beschlossen, das ständig – auch in den nächsten Jahren – erhöht werden soll.

CDU und FDP waren, sind und bleiben die Streiter für den ländlichen Raum, auch nach dem 9. Mai 2010. Ihre Oppositionsreden heute und Ihre Reaktionen auf den Oppositionsbänken zeigen mir sehr deutlich und auch allen Menschen, die heute zugehört haben: Sie haben es nicht verstanden, und Sie werden es nie verstehen.

(Beifall von CDU und FDP – Bodo Wißen [SPD]: Das war 3:0 für uns!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Ortgies. -Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen zur Aktuellen Stunde liegen mir nicht vor. Beim Blick in die Runde bleibt das auch so. Ich **schließe** somit die **Aktuelle Stunde** und rufe auf:

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9700
Ergänzung
der Landesregierung
Drucksache 14/10090

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/10400

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/10419

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/10444

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/10451

In Verbindung mit:

Finanzplanung 2009 bis 2013 mit Finanzbericht 2010 des Landes Nordrhein-Westfalen

Drucksache 14/9701

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/10401

Und:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2010 (Gemeindefinanzierungsgesetz GFG 2010)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/9702

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/10402

dritte Lesung

Wir beraten diese Vorlagen in der Fassung nach der zweiten Lesung. Ich verweise insofern auch auf die Drucksachen 14/10200 bis 14/10206, 14/10208, 14/10210 bis 14/10215 und 14/10220.

Ferner verweise ich auf acht **Änderungsanträge** des fraktionslosen Abgeordneten Sagel in den **Drucksachen 14/10411 bis 14/10418**, einen Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP in der **Drucksache 14/10443**, einen Änderungsantrag der Fraktion der SPD in der **Drucksache 14/10445** und einen Änderungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der Grünen in der **Drucksache 14/10452**.

Ich eröffne nun die Beratung und erteile als erster Rednerin Frau Kollegin Kraft für die Fraktion der SPD das Wort. Bitte sehr, Frau Abgeordnete Kraft.

Hannelore Kraft (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Gestern konnten wir es in den Zeitungen lesen: Der Ministerpräsident und seine Koalition haben ihre Ziele in dieser Legislaturperiode nicht erreicht. Sie wollen noch mal fünf Jahre ran, um das zu erreichen, was sie 2005 schon versprochen haben.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Etwas anders formuliert!)

Da war der Begriff, Herr Papke – das fand ich schön –: NRW in die Champions League führen. Das haben Sie damals übrigens auch schon gesagt; ich weiß nicht, ob Sie sich erinnern. Ich weiß nicht, woher Sie den Optimismus nehmen. Wenn ich auf den aktuellen Punktstand schaue, stehen Sie auf dem Abstiegsplatz und sind nicht auf dem Weg in die Champions League.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich glaube, wir sollten heute Daten und Fakten miteinander diskutieren. Sie werden wie immer sagen, Sie sind gut vorangekommen, und 2008 hätten Sie fast einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt,

(Zuruf von Minister Dr. Helmut Linssen)

wenn nicht, Herr Finanzminister, WestLB und Krise gekommen wären. Mich erinnert das, Herr Finanzminister, an den alten Fußballerspruch: Zuerst hatten wir kein Glück, und dann kam auch noch Pech dazu.

(Heiterkeit und Beifall von SPD und GRÜNEN)

Aber, Herr Finanzminister, Herr Ministerpräsident, so einfach lassen wir Ihnen das nicht durchgehen.

Unter den Bedingungen, unter denen Nordrhein-Westfalen in den letzten Monaten gelitten hat, haben alle 16 Bundesländer in gleicher Weise gelitten. Die Entwicklung war auch dort parallel: Mitte 2005 startete ein starker wirtschaftlicher Aufschwung mit rasant steigenden Steuereinnahmen. – Sie hatten drei richtig fette Jahre, und dann kam der Knick. Die Frage ist doch hier und heute: Was haben Sie daraus gemacht? Ich bin dafür, objektive Daten und Fakten auf den Tisch zu legen und Ländervergleiche anzuschauen, um zu sehen: In welchem Verhältnis hat sich Nordrhein-Westfalen entwickelt?

(Zuruf von Minister Dr. Helmut Linssen)

– Ja, Herr Finanzminister, schauen wir mal auf die Daten und Fakten des Haushalts, ohne ins Detail zu gehen. Das ist hier ja eher eine Generaldebatte.

(Christian Weisbrich [CDU]: Das stört auch nur!)

– Keine Bange, das machen die Haushälter gleich. – In der letzten Legislaturperiode hatten wir unter Rot-Grün Steuereinnahmen von insgesamt 192 Milliarden €. Jetzt, in dieser Periode, haben Sie Steuereinnahmen von 212 Milliarden. Das heißt, Sie haben 20 Milliarden mehr eingenommen als Rot-Grün in der letzten Periode.

Die Schulden in dieser Zeit haben sich anders entwickelt: bei uns 26,6 Milliarden und jetzt noch mal 22,3 Milliarden. Das heißt, Sie haben exakt 20,3 Milliarden mehr Steuereinnahmen gehabt, aber trotzdem nur 4,3 Milliarden weniger Neuverschuldung als Rot-Grün. Das ist Ihre finanzpolitische Bilanz, eine Bilanz des Scheiterns, Herr Finanzminister.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Man kann sich natürlich die Frage stellen: Was wäre denn gewesen, wenn es keinen Aufschwung gegeben hätte? Wo ständen wir heute in dieser Statistik? Das zu wissen, darauf wäre ich sehr gespannt.

Bleiben wir mal bei einem Fußballbild, Herr Ministerpräsident: Sie haben 2005 einen Fünfjahresvertrag als Trainer bekommen. Erst hatten Sie nur viele

leichte Spiele. Aber da haben Sie es versäumt, das Punktekonto aufzufüllen. Sie haben nämlich keine strukturellen Veränderungen mit Perspektive aufgesetzt.

(Zuruf von der CDU: Toller Vergleich!)

Veraltetes Spielsystem, falsche Aufstellung und keine Ersatzbank. Dann kamen die schweren Spiele. Heute sitzen Sie im Tabellenkeller. Warum sollen Ihnen die Bürgerinnen und Bürger Ihren Vertrag noch mal verlängern? Erfolgreiche Trainer werden ausgewechselt, Herr Ministerpräsident. Und das wird im Mai 2010 geschehen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ihr letzter Haushalt ist eine Schlussbilanz – auch politisch. Deshalb lohnt sich der Blick in die einzelnen Ressorts.

Herr Finanzminister, Sie verantworten den höchsten Schuldenstand in der Geschichte dieses Landes. Das ist und bleibt Fakt, Herr Finanzminister: Sie sind der Schuldenkönig.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Bei Landesbanken und Sparkassen sieht es auch nicht besser aus. Die WestLB – das konnte man auch heute wieder lesen – wurde vom Tafelsilber zum Restposten:

(Beifall von der SPD – Lachen von Helmut Stahl [CDU] – Helmut Stahl [CDU]: Was fällt Ihnen ein!)

87 Milliarden ausgelagert, und die Steuerzahler mussten inzwischen schon über 100 Millionen € bezahlen – Tendenz steigend.

(Zuruf von Helmut Stahl [CDU])

– Wenn Sie es wollen, Herr Stahl, gehen wir noch mal darauf ein, wie die 87 Milliarden zusammengekommen sind.

(Zuruf von Helmut Stahl [CDU])

– Gehen wir noch mal darauf ein, Herr Stahl! Drei Viertel der Papiere, die Sie jetzt in die Bad Bank auslagern müssen, sind zu Ihrer Zeit angeschafft worden, weil Sie diese Bank schneller verkaufen wollten.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das war der Grund. Sie sind bewusst ins Risiko gegangen, und dabei bleibe ich.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Eigentümer!)

Fakt bleibt: Die Steuerzahlerinnen und -zahler dieses Landes haben bisher schon über 100 Millionen € für die WestLB bezahlt. Die sind schon weg – Tendenz steigend.

Was könnten wir denn mit 100 Millionen € in diesem Land anstellen? Ich gebe Ihnen mal zwei Beispiele:

190.000 Kinder könnten ein Jahr lang beitragsfrei in den Kindergarten; das ist mehr als ein Jahrgang. Oder: 34.000 neue U3-Plätze wären damit zu finanzieren. Die brauchen wir auch dringend, nachdem sich gestern dankenswerterweise Kollege Laschet, was die Zahlen angeht, endlich mal ehrlich gemacht hat.

(Beifall von der SPD)

Vorher haben Sie immer die Ausbauzahlen im Soll genannt. Jetzt sind wir endlich einheitlich auf dem Ist-Stand.

Frau Sommer, diese Ehrlichkeit sollten Sie in der Vorweihnachtszeit gleich mit übernehmen. Machen Sie das doch bei den Lehrerstellen endlich auch mal! Machen Sie sich doch auch mal ehrlich!

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zurufe von der CDU: Oh!)

Die größten Versprechungen – damit sind wir gleich in Ihrem Ressort, Frau Sommer – waren bekanntlich im Bereich Bildung. Sie wollten alles besser machen.

(Lothar Hegemann [CDU]: Hat sie auch!)

Ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin:

Wir brauchen bessere Schulen, kleinere Klassen und Schulen, mehr Unterricht und keinen ideologischen Schulkampf.

Das war Jürgen Rüttgers am 15.09.2004 in der „Süddeutschen Zeitung“.

Der Ist-Stand lässt sich in drei Zahlen wiedergeben: Mehr als 5 Millionen Stunden Unterrichtsausfall, mehr als 5.000 Lehrer fehlen, und 435.000 Schüler sitzen in Klassen mit mehr als 30 Schülern. Das ist die Bilanz Ihres Scheiterns in der Bildungspolitik.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das sind die Fakten! Das ist die Wahrheit!)

Aber wir reden unerfreulicherweise nicht nur über Zahlen, sondern auch über Qualität. Da haben wir die aktuelle Umfrage des VBE, Daten und Fakten von außen.

(Ministerin Barbara Sommer unterhält sich mit Minister Dr. Helmut Linssen.)

– Frau Sommer, Sie sollten auch mal zuhören!

Sprachförderung – Ergebnis dieser Untersuchung des VBE: viele Tests, wenig Förderung und viel zu wenig Erfolg. – Ihre Bilanz, Frau Sommer.

(Beifall von der SPD)

Die Grundschulen – gehen wir die Bildungskette mal durch! –: Aufhebung der Grundschulbezirke, verbindliche Empfehlungen, das Erfolgsmodell Grundschule haben Sie massiv beschädigt.

(Beifall von der SPD)

Und dann auch noch dieser Unsinn mit den Kopfnoten!

Aber das Allerschlimmste ist das, was Sie, Frau Sommer, mit Ihrem Turboabitur in diesem Land anrichten.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie haben mit Ihrem Turboabitur den maximal möglichen Schaden angerichtet. Für den doppelten Jahrgang haben Sie – korrigieren Sie mich – bis heute keine Lösung.

(Beifall von der SPD)

Die Eltern warten auf eine Antwort, denn sie machen sich Sorgen, wenn doppelt so viele Kinder wie sonst aus der Schule entlassen werden und Ausbildungsplätze suchen. Sie haben diesem Parlament dazu auf mehrmalige Nachfrage keinerlei Lösungsvorschläge vorlegen können. Das ist Ihre Bilanz, Frau Ministerin.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wenn wir über Qualität reden, bleibe ich dabei – ich habe das hier schon einmal angemerkt –, dass Sie auch für den unglaublichen Druck verantwortlich sind, der in diesem System entstanden ist. Dieser Druck lastet auf den Schülerinnen und Schülern, auf den Lehrern, aber auch auf den Eltern. Das zieht sich – mit fatalen Folgen – bis in die Familien hinein.

Ich weiß nicht, wie viel Sie in dieser Angelegenheit unterwegs sind. Aber ich habe mir die Augen gerieben, als ich letzte Woche die Presse gelesen habe. Herr Kollege Stahl kommt jetzt nämlich mit dem Patentrezept „Lernen nur bei guter Laune“.

(Lachen bei der SPD)

Herr Kollege Stahl, sorry, aber als Li-La-Launebär sind Sie eine klassische Fehlbesetzung.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Die Lehrer, die Eltern und die Schüler können das, was Sie da herausgegeben haben, nur noch als Hohn empfinden. Ihre Laune wird sich erst dann bessern, wenn am 10. Mai 2010 endlich Sommerferien sind.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Diese dramatischen Fehlentscheidungen im Bildungsbereich sind schlimm. Aber schlimmer ist eigentlich, dass Sie nach wie vor nicht lernfähig sind. In das Wahlprogramm werden Sie unverdrossen das dreigliedrige Schulsystem aufnehmen, so jedenfalls der Kollege Wüst kurz nach seiner unfreiwilligen Interviewpause. Ich sehe ihn gar nicht. Ist er jetzt völlig in der Versenkung verschwunden, oder wo ist er geblieben?

(Widerspruch von der CDU – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Der ist doch vor Gericht! Der wird doch verklagt!)

Meine Damen und Herren, wenn Sie so weitermachen – ich kann Ihnen nur empfehlen: machen Sie so weiter! –, merken die Bürgerinnen und Bürger, dass die Reise mit Ihnen in eine bildungspolitische Sackgasse geht. Die Zustimmung zur Gemeinschaftsschule und zum längeren gemeinsamen Lernen wächst.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ihre Bilanz ist eine falsche Schul- und Bildungspolitik. Diese findet sich auch in einem entsprechenden Länderranking wieder. Sie sagen immer, nur wir würden das erzählen. Aber ich will Ihnen jetzt einmal eine objektive Bilanz in Daten und Fakten aus einem Länderranking zeigen. Im Bildungsmonitor der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft können Sie ablesen, dass Nordrhein-Westfalen von 2004 bis 2009 vom elften auf den 15. Platz abgestürzt ist. Minister Pinkwart hat durch das sogenannte Hochschulfreiheitsgesetz und die Studiengebühren auch seinen Beitrag dazu geleistet. Die Konsequenz sehen Sie ja bei den Bildungsprotesten auf der Straße.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie haben den Hochschulen sowie dem Wissenschaftsstandort und dem Innovationsland NRW einen denkbar schlechten Dienst erwiesen. Das bescheinigt übrigens auch der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft in seinem „Ländercheck Bologna“. NRW liegt bei diesem Bologna-Check in der Schlussgruppe.

Ich sage noch einmal ganz deutlich: Wir haben Bologna immer gewollt, und wir wollen Bologna immer noch. Aber die Frage ist, wie man das qualitativ umsetzt. Wenn man die Hochschulen in die Freiheit entlässt, ohne weiterhin die Zügel in der Hand zu halten, dann ist von vornherein klar – das haben wir Ihnen am Anfang der Legislaturperiode auch gesagt –, dass die Umsetzung so erfolgen wird, wie es jetzt vor Ort geschieht, nämlich nicht im Sinne der Studierenden in diesem Land.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Helmut Stahl [CDU]: Haben Sie das gesagt?)

– Das habe ich hier am Anfang der Legislaturperiode gesagt, als es das Hochschulfreiheitsgesetz ging. Schauen Sie doch nach!

Wir haben immer die Ziele von Bologna unterstützt, die man sich noch einmal ins Gedächtnis rufen muss. Was war eigentlich der Sinn und Zweck der Umstellung der Abschlüsse? Zum einen ging es um die Reform und Entschlackung der Studiengänge, die ganz dringend erforderlich waren. Aber es ging auch darum, Vergleichbarkeit herzustellen und damit die Mobilität der Studierenden zu erhöhen. NRW ist in diesem Feld Schlusslicht bei dem Bologna-Check. Nicht einmal mehr innerhalb Nordrhein-Westfalens kann man die Hochschule wechseln.

Ich war bei den Protestierenden an einer Hochschule in diesem Land, an der Fachhochschule Bochum. Als sie mir berichtet haben, wie die Modularisierung dort gestaltet wird und dass noch nicht einmal der Übergang zu einer anderen Hochschule in NRW möglich ist, weil die Professorinnen und Professoren es offensichtlich nicht schaffen, die Kernmodule miteinander abzustimmen, und als die Leitung der Hochschule uns als Politik aufgefordert hat, zu Kerncurricula zurückzukehren, da ist in allem klar geworden, dass die Freiheit, die Sie den Hochschulen in diesem Land gegeben haben, ein schlechter Weg für sie und die Studierenden war.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Was sind die Lösungen des Wissenschaftsministers, wenn es einmal eng wird und es Proteste gibt? Studiengebühren! Wenn es finanziell eng wird: Studiengebühren. – Das ist ein Armutszeugnis für die Politik in diesem Land. Das ist eine Kapitulationserklärung. Die HIS-Statistik – auch sie wurde in der letzten Woche noch rechtzeitig vor diesen Beratungen veröffentlicht – zeigt Ihnen, was dann geschieht. Laut Hochschul-Informationssystem sagen in einer Befragung der Studierendeberechtigten, also derjenigen, die jetzt hätten studieren können, 77 %, dass sie gerne studieren würden, es aber aus finanziellen Gründen nicht tun werden. 69 % geben explizit an, dass die Studiengebühren dafür verantwortlich sind. Das Schlimmste ist aber, dass es 75 % Frauen sind. Das ist Ihre Politik auf dem Rücken der Studierenden, eine Politik, die mit Chancengleichheit nichts zu tun hat.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, das sind die Daten und Fakten von neutraler Seite, die Ihnen allwöchentlich präsentiert werden. Gleich wird – darauf können wir wetten – wieder Ihr Hinweis auf die angeblich exorbitant steigenden Bildungsausgaben kommen. Ja, Frau Sommer, der Schuletat ist gestiegen. Aber die Frage ist doch, wo das Geld hingegangen ist.

Nur ein Viertel dessen, was Sie an Steigerungen haben, geht in die Qualitätsverbesserung der öffentlichen Schulen. Aber selbst da wird das Geld für die zusätzlichen Aufgaben, die Sie den Schulen gegeben haben, gebraucht. Der Rest geht für Beihilfe, für Lohn- und Gehaltssteigerungen und für Versorgungsleistungen pensionierter Lehrerinnen und Lehrer drauf. Wir haben Ihnen gesagt, Frau Ministerin: Stellen geben keinen Unterricht. Pensionäre auch nicht.

(Beifall von der SPD)

Rechnen Sie solche Ausgaben nicht hinein. Rechnen Sie dieses Feld nicht weiter schön, sondern konstatieren Sie, dass Sie eben nicht mit Siebenmeilenstiefeln haben vorangehen können.

(Beifall von der SPD)

Dazu passt der Bildungsfinanzbericht, Frau Schulministerin, der auch diese Woche kam. Sie haben sofort verkündet: NRW ist Spitze. – Die Zahlen für das Jahr 2009 sehen auf den ersten Blick auch ganz gut aus.

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Ach ja?)

Das Problem ist nur: Das sind die Sollzahlen. Das sind sozusagen Wunschzahlen und Haushaltsansätze.

(Zuruf von Christian Möbius [CDU])

Wir haben im Schuletat gelernt: Sollzahlen sind oft Fantazahlen. Deshalb schauen wir besser auf die Zahlen aus dem Jahr 2006. Das sind nämlich Ist-Zahlen. Das sind Daten und Fakten. Bei den Bildungsausgaben pro Schülerin und Schüler ist NRW unterdurchschnittlich. Die Grundschüler sind auf dem vorletzten Platz, Frau Ministerin.

(Widerspruch von Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers)

Das hätte zur Wahrheit Ihrer Analyse des Bildungsfinanzberichts dazugehört.

(Beifall von der SPD)

Herr Ministerpräsident, die Landesregierung ist daran gescheitert, Bildungsentscheidungen voranzubringen. Wir sind bereit, Schwerpunkte in diesem Bereich zu setzen. Das haben wir bei allen Änderungsanträgen zu den Haushalten seit 2005 gezeigt.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Christian Möbius [CDU])

Sie haben früher als Opposition – Sie erinnern sich vielleicht, Herr Stahl – immer so schöne Wunschdir-was-Anträge gestellt, weil Sie wussten, dass die sowieso nicht durchkommen würden. Sie haben keinen Schwerpunkt gesetzt.

(Helmut Stahl [CDU]: Oh nein! Die waren durchgerechnet! – Lachen von der SPD)

– Natürlich haben Sie immer die Kohleförderung dagegengerechnet. Das ist ja einfach gewesen.

(Helmut Stahl [CDU]: Nein!)

Es geht aber darum, dass Sie schon damals in der Opposition nicht bereit und in der Lage waren, einen Schwerpunkt zu setzen. Das haben wir mit unseren Änderungsanträgen getan.

(Zuruf von Helmut Stahl [CDU])

Wir haben nur für den Bereich Kinder, Bildung und Familie umgeschichtet. Das ist die Politik, die wir in diesem Land nach dem Mai 2010 voranbringen werden. Da seien Sie ganz sicher.

(Beifall von der SPD)

Ich muss die Zahl noch einmal nennen: Der Finanzminister hat rund 20 Milliarden € Steuermehreinnahmen gehabt, die ihm sozusagen zwischen den Fingern zerronnen und im Haushalt versickert sind,

(Widerspruch von Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers)

ohne strukturelle Veränderungen auf den Weg zu bringen

(Christian Möbius [CDU]: Das ist ja peinlich!)

und ohne Weichen für die Zukunft zu stellen. Sie haben nicht die Kraft und den Willen gehabt, diesen Bereich der Bildung voranzubringen.

(Lothar Hegemann [CDU]: Gott sei Dank haben wir nicht die „Kraft“ gehabt!)

Das war das Problem Ihrer Regierungszeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Die Bürgerinnen und Bürger haben schon längst begriffen, dass hier strukturelle Veränderungen her müssen, dass wir nicht so weitermachen können. Sie setzen doch nur auf Aufschwung. Das ist das einzige Mittel, das Sie in den Blick nehmen.

(Widerspruch von Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart)

Sie wollten damals Strukturen verändern. Was ist denn daraus geworden?

(Zuruf von Christian Möbius [CDU])

Wo sind denn strukturelle Veränderungen? Ich kann Ihnen sagen, was das ifo Institut für die Bertelsmann Stiftung herausgefunden hat. Das passt in diesem Zusammenhang gut. Es hat die Kosten berechnet, wenn man das Bildungssystem unverändert lässt, wie es ist.

(Zuruf von Bernhard Recker [CDU])

Die hohe Schulversagerquote – das ist in Nordrhein-Westfalen keine geringe Zahl – wird das Bruttoinlandsprodukt in diesem Land in den nächsten 20 Jahren um 70 Milliarden € schmälern, weil Sie nicht die richtigen Weichen gestellt haben. Das ist das Problem.

(Beifall von der SPD – Zuruf von der CDU: Das ist unglaublich!)

Rechnen wir einmal andersherum: Der Anteil der Risikoschüler ...

(Zuruf)

– Das ist keine Voodoo-Ökonomie, sondern das ifo Institut. Tut mir leid, Herr Pinkwart.

(Heiterkeit von Minister Andreas Krautscheid)

Wenn wir es schaffen würden, diesen Anteil der Risikoschüler ...

(Zurufe)

– Vielleicht kann ich ausreden. Sie können sich nachher noch zu Wort melden. Sie haben noch genug Redezeit.

Wenn wir es schaffen würden, den Anteil der Risikoschüler nur in den nächsten zehn Jahren um 90 % zu senken, könnten wir die Wirtschaftskraft dieses Landes verdoppeln. Anpacken, statt über Verfassungsänderungen, Scheindebatten und die Schuldengrenze zu reden, Strukturen verändern: Das ist es, was dieses Land braucht, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Widerspruch von Christian Möbius [CDU])

Um das noch hinzuzufügen: Es braucht keinen Bildungsgipfel, bei dem es mal wieder keine Entscheidung gibt.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Es braucht keine Arbeitsgruppen zur Verteilung von Mehrwertsteuerpunkten, die nach der Landtagswahl 2010 in Nordrhein-Westfalen die Ergebnisse präsentieren. Glauben Sie, die Menschen merken nicht, dass Sie sie verhöhnen? Glauben Sie, die Menschen merken nicht, dass die harten Einschnitte erst nach der Landtagswahl kommen sollen? Seien Sie an dieser Stelle doch ehrlich. Sie haben doch immer gesagt, Sie seien diejenigen, die das ehrlich betreiben wollen. Wo ist diese Ehrlichkeit?

Der Ramsauer rechnet schon die Maut aus. Die Beiträge der Mitglieder in den Krankenkassen werden steigen. Für die Bildungsausgaben werden die Menschen noch mehr Mehrwertsteuer bezahlen müssen. Das ist die Realität, die absehbar ist. Das merken die Menschen im Land.

(Beifall von der SPD)

Wir sind immer noch bei der Bilanz und den Daten und Fakten. Kommen wir zu Frau Thoben. Frau Thoben ist die Spezialistin für schlechte Rankingplätze.

(Zahlreiche Zurufe von allen Fraktionen – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist ungehörig von Ihnen, Herr Minister Krautscheid! Halten Sie sich zurück!)

Ich nehme einmal das Mittelstandsbarometer, Frau Ministerin.

(Zuruf von der SPD)

Dort wird NRW durchgängig nur schlecht bis katastrophal bewertet. Etwa bei der Zufriedenheit mit der Mittelstandspolitik in NRW liegen Sie nur auf Platz 14. Das ist ein Absturz um zehn Plätze. War das nicht einmal Ihre Zielgruppe, Frau Ministerin?

(Beifall von der SPD)

War das nicht einmal der Bereich, den Sie voranbringen wollten? Habe ich nicht vor der Landesver-

tretung in Berlin dieses riesengroße Plakat gesehen: „Wir sind Mittelstandsland Nummer eins“? Frau Ministerin, Sie sind mit Ihrer Mittelstandspolitik krachend gescheitert. Das bescheinigt Ihnen das Mittelstandsbarometer.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Nein, Ihre Wirtschaftspolitik hat das Land nicht nach vorne gebracht. Der Ministerpräsident hat damals die Losung ausgegeben: Wir wollen Bayern und Baden-Württemberg einholen. Nichts ist dabei herausgekommen.

(Zuruf von Sören Link [SPD])

Kommen wir zum Bundesländerranking der Initiative neue soziale Marktwirtschaft; ich kann Ihnen das nicht ersparen.

(Zuruf von Günter Garbrecht [SPD])

Nordrhein-Westfalen fällt im Vergleich bei gleichen Ausgangsbedingungen zurück. Beim Dynamikranking fällt Nordrhein-Westfalen im Vergleich von 2002 zu 2004 von Platz 11 auf Platz 15 zurück. Damit sind wir die Zweitschlechtesten. Beim Bestandsranking fällt Nordrhein-Westfalen vom fünften auf den achten Platz zurück.

Meine Damen und Herren, Vergleiche der Bundesländer sind der richtige Maßstab, an dem man die Politik dieses Landes messen sollte. Ich sage Ihnen: Das Absinken in den Rankings findet nicht statt, weil es eine Krise gab und gibt, sondern weil Sie dieses Land schlecht regiert haben. Das ist der Grund dafür.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Auch in der Energiepolitik sind wir beim Vergleich der Bundesländer zu erneuerbaren Energien in der Gruppe der Schlusslichter. Uns überrascht das nicht. Wir haben unter Rot-Grün massiv Politik für erneuerbare Energien betrieben. Wir stehen auch weiter dazu, dass das die Zukunft dieses Landes ist. Wir stehen zum Energieland, und wir stehen zum Industrieland.

(Zurufe von CDU und FDP: Oh!)

Wir stehen auch zu großen Infrastrukturprojekten wie dem Kohlekraftwerk in Datteln. Aber wir werden nicht dabei zuschauen, wie Sie den Vorrang für Umwelt aus den Landesplanungsgesetzen ausschreiben. Das ist nicht unsere Politik.

(Beifall von der SPD)

Wir wollen das Kraftwerk. Wenn Sie es verwaltungstechnisch nicht sauber hinstellen können, müssen Sie das verwaltungstechnisch bereinigen, aber nicht auf diesem Weg. Das ist der kleine, aber feine Unterschied.

Für uns ist klar: Der Klimaschutz ist keine Bedrohung, sondern ein Fortschrittmotor. Für uns sind Ökonomie und Ökologie, Wirtschaft und Umwelt

keine Gegensätze. Sie konstruieren künstlich Gegensätze, und das schadet der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes.

(Beifall von der SPD)

Kommen wir zur Bilanz unseres Arbeitsministers – der auch nicht da ist; gut –, Herrn Laumann. Reden und Handeln sollten bei ihm sozusagen ineinander übergehen – so war die Ankündigung –: sagen, was man tut, und tun, was man sagt. In Ankündigungen ist der Arbeitsminister ganz groß. Getan hat er wenig. Jetzt, unter Schwarz-Gelb, hat er den bundespolitischen Gestaltungsanspruch schon an der Garderobe des Bundesrates abgegeben.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Es war ein jämmerliches Bild, das Herr Laumann und die CDU-Fraktion im letzten Plenum bei der Frage der Organisation der Argen abgegeben haben. Der zuständige Minister und drei andere haben sich bei der Abstimmung über einen Antrag enthalten, der deckungs- und wortgleich mit dem Antrag ist, den Herr Minister Laumann in der Arbeits- und Sozialministerkonferenz mit erarbeitet hat. Das ist ein Stück aus dem Tollhaus! Das zeigt, wie hier Reden und Handeln auseinandergehen!

(Beifall von der SPD)

Jetzt, Herr Ministerpräsident, mussten Sie vollends einknicken. Frau von der Leyen diktiert, Minister Laumann und Ministerpräsident Rüttgers sind blamiert. Der Versuch von Herrn Laumann, dieses Desaster jetzt der SPD anzuhängen, kann nur mit partieller Amnesie zu tun haben. Mit Verlaub, das kann nur damit zu tun haben.

(Beifall von der SPD)

Herr Ministerpräsident, wir erinnern uns daran: Sie haben mit Kurt Beck den Kompromiss ausgehandelt, und die Kanzlerin und ihr Parteifreund Kauder haben Sie wie einen dummen Jungen in die Ecke gestellt oder auf die stille Treppe gesetzt. Das würde ich an Ihrer Stelle auch gerne vergessen. Deshalb kann ich die partielle Amnesie des zuständigen Ministers an dieser Stelle verstehen.

(Beifall von der SPD – Zuruf von der CDU:
Kommen Sie zur Sache!)

Herr Innenminister, Ihr Bereich ist das Schlimmste überhaupt. Ich finde, das wird von nichts getoppt.

(Gisela Walsken [SPD]: Ja, das stimmt! – Zurufe von der CDU)

Die Kommunen laufen Sturm. Ihre Bilanz für Stadt und Land ist unterirdisch. Sie laufen auch wegen der Argen Sturm. Auch für die Kommunen ist das ein wichtiges Thema. Wir reden hier über 6.300 Kommunalbeschäftigte in den Jobcentern, und wir reden – das sollte man an dieser Stelle nicht vergessen – über 1,6 Millionen Leistungsempfänger,

die demnächst keine Hilfe mehr aus einer Hand erhalten werden.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ja!)

Meine Herren von der Regierung, das ist ein Bürokratieaufbau, den Sie hier praktizieren.

(Beifall von der SPD)

Und das alles angesichts der Lage, in der sich die Kommunen nun einmal befinden. Seit vielen Monaten weisen wir Sie auf die schwierige Lage hin. Wir haben Lösungsvorschläge gemacht.

(Zuruf von der CDU: Welche denn?)

Den „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ sollten Sie sich noch einmal in Ruhe durchlesen. Wir haben dazu eine Broschüre aufgelegt; die ist einfach, verständlich und hilft auch Ihnen weiter.

(Zurufe von CDU und FDP)

– Doch, definitiv. – Sie haben den Kommunen 3,1 Milliarden € weggenommen und sie zusätzlich mit Aufgaben belastet. Die Liste kann ich Ihnen gerne herüberreichen.

(Horst Engel [FDP]: Die ist falsch!)

– Nein, Herr Engel, die ist nicht falsch.

(Zuruf von Horst Engel [FDP])

– Ich bin nicht Frau Flach; das ist Ihre Kollegin. Ich bin Frau Kraft. Frau Flach ist von der FDP, das müssten Sie eigentlich wissen. Ein kleiner Fauxpas, Herr Kollege.

(Horst Engel [FDP]: Aber die Rede ist flach! – Weitere Zurufe von der FDP)

1,3 Milliarden € haben Sie den Kommunen weggenommen. Denen geht es absolut dreckig. Der Städtetag hat die bedrohliche Lage im Gemeindefinanzbericht 2009 wie folgt beschrieben – ich zitiere –:

Und in vielen kommunalen Haushalten droht trotz enormer Kraftanstrengungen eine sich zunehmend schneller drehende Abwärtsspirale. Das berührt die Entwicklungschancen des gesamten Landes!

Darum fordert der Städtetag im Gemeindefinanzbericht einen Konsolidierungspakt. Wir nennen das „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ – inhaltlich übrigens dasselbe; aber Sie lehnen das ab.

Herr Ministerpräsident, heute Morgen habe ich in einem Interview gelesen, dass Sie stattdessen Einzelhilfen in Richtung Wuppertal und Oberhausen geben. Ich wüsste gerne, was dahintersteht. Die Kollegen vor Ort – zumindest derjenige, den ich in Oberhausen kenne – wissen nichts davon, außer dass an kleinen Schräubchen im Haushalt gedreht wird. Das Problem der Stadt Oberhausen haben Sie aber nicht einmal ansatzweise ins Visier

genommen. Sonst würden die nämlich morgen nicht zusammen mit Vertretern der anderen Städte, die diesen Pakt unterschrieben haben, vor dem Landtag stehen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Nein, Herr Ministerpräsident und Herr Innenminister, Sie lassen die Kommunen im Stich. Und schlimmer noch, Herr Ministerpräsident: In Berlin unterschreiben Sie auch noch Verabredungen zulasten Dritter, und das sind in diesem Fall die Kommunen. Das setzt dem Ganzen sozusagen die Krone auf.

(Beifall von der SPD)

Koalitionsvertrag und Schuldenbeschleunigungsgesetz: Das gesamte Steuerpaket der Koalition bedeutet ab 2011 ein Minus von 12 Milliarden € für die Länder, Jahr für Jahr, ein Minus von 2,4 Milliarden € für NRW. Und das betrifft Land und Kommunen.

Sie sind dafür verantwortlich, dass es mit den Kommunen noch weiter bergab gehen wird. Das ist eine der größten Problembaustellen in diesem Land. Dazu werden wir den Menschen in diesem Wahlkampf einiges sagen. Darauf können Sie sich verlassen, Herr Ministerpräsident.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Und das alles nur, weil Sie glauben, dass die Wirtschaft angekurbelt wird, wenn Sie jetzt Steuerergeschenke machen! Ich zitiere dazu – mit Erlaubnis des Präsidenten –: Eine typisch neoliberale Doktrin ist die Vorstellung von den Steuersenkungen, die automatisch zu mehr Arbeitsplätzen führen. – Ein bisschen weiter: Die Wirklichkeit sieht anders aus. – Ein bisschen weiter: Es gibt eben keine eindimensionalen Wirkmechanismen. – Wer das geschrieben hat?

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Ein kluger Mann!)

– Ein kluger Mann, ja. Das hat Jürgen Rüttgers 2007 in seinem Buch „Die Marktwirtschaft muss sozial bleiben“ geschrieben. Dem ist nichts hinzuzufügen, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, alle Daten und Fakten, die wir hier heute noch einmal aufgelistet haben, zeigen, wie miserabel Ihre Schlussbilanz ausfällt. Quer durch alle politischen Bereiche steht NRW keinesfalls besser da als 2005. In vielen Bereichen ist dieses Land zurückgefallen. Sie wollten den Aufbruch, Sie haben an vielen Stellen einen Einbruch bewirkt.

Jetzt ist es zu spät, um das Ruder rumzuwerfen. Die Zeit läuft uns davon. Die strukturellen Veränderungen brauchen wir hier und heute und jetzt. Die Wählerinnen und Wähler werden im Mai das

Wort haben. Wir freuen uns auf diese Auseinandersetzung, denn wir haben den Mut, diese notwendigen Strukturveränderungen im Bildungsreich und in vielen anderen Bereichen vorzunehmen. Wir haben die besseren Konzepte und die besseren Lösungen. Deshalb werden wir gewinnen. Glück auf!

(Langanhaltender Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Kraft. – Als nächster Redner spricht für die CDU deren Fraktionsvorsitzender, Herr Stahl.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Abschiedsrede! – Gerda Kieninger [SPD]: Kommt wieder die alte Rede?)

Helmut Stahl (CDU): Das Jahresende kommt, es kommt Weihnachten. Dann ist man eigentlich so gestimmt, dass man ein wenig Zurückhaltung an den Tag legen möchte, ein wenig sanfter mit den Themen umgehen möchte.

(Reinhard Jung [SPD]: Sie machen das gleich!)

Aber dazu haben die letzten Wochen, so wie Sie agitiert haben, und die heutige Rede, die Ihre Vorsitzende gehalten hat, wahrlich keinen Anlass gegeben.

(Beifall von der CDU)

Frau Kraft, ich werde Ihnen im Verlaufe meiner Rede beweisen – dazu haben Sie mich und uns ja eingeladen –, dass Ihre Art, mit Zahlen und Fakten umzugehen, skandalös ist. Das werde ich Ihnen gleich beweisen.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich werde mich Ihnen diesbezüglich liebevoll zuwenden. Ich werde Ihnen beweisen, dass das, was Sie hier vortragen, nichts anderes ist als Worthüllen, Skandalisierungen und Lügen.

(Beifall von der CDU)

All das hat nur einen Zweck: zu verdecken, dass Sie kein Politikangebot an die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmelzer [SPD]: Gut, dass das die Menschen beurteilen und nicht Sie!)

Deshalb fliehen Sie in maßlose Attacken, in Manipulation, in Verdrehen von Sachverhalten. Ich werde Ihnen das beweisen.

(Horst Becker [GRÜNE]: Bis jetzt war noch kein Beweis da!)

Sie wollen die Menschen in Nordrhein-Westfalen glauben machen, dass diese Landesregierung,

dass diese Koalition nicht genug täte zur Abfederung der gewaltigen Krise, in der wir stecken.

(Beifall von Horst Becker [GRÜNE] – Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

Die Menschen wissen, wie falsch das ist. Im November dieses Jahres, also im letzten Monat, hat die Zahl der arbeitslosen Menschen abgenommen – nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern in ganz Deutschland. Sie hat in Nordrhein-Westfalen mehr als im Bundesdurchschnitt abgenommen. Das ist ein Beleg dafür, dass diese Landesregierung, dass wir effektiv sind bei der Bekämpfung der Krise.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir haben das Konjunkturprogramm II unmittelbar wirksam an die Kommunen durchgeleitet. Dafür haben wir selbst von sozialdemokratischen Verantwortungs- und Mandatsträgern volles Lob erhalten. Hätten wir uns wie Sie verhalten und mehr und immer mehr hineingepulvert, hätte sich nichts verändert außer den Preisen. Die Preise wären nach oben gegangen, und darunter hätten die Kommunen real gelitten.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie wollen den Eindruck erwecken und die Leute glauben machen, dass unsere Haushaltspolitik so unseriös sei

(Gisela Walsken [SPD]: Richtig!)

wie zu Ihren roten Zeiten. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen wissen: In den Jahren 2000 bis 2005 haben die realen Ausgaben die Haushaltsansätze in jedem Jahr bei Weitem überschossen. Wenn Sie 20 Milliarden oder 22 Milliarden Mehreinnahmen an Steuern mit dem, was an Schuldenabbau erfolgt ist, gegenrechnen, dann, Frau Kollegin Kraft, führen Sie die Leute in die Irre.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Denn Sie verschweigen, dass Sie uns allein im Jahr 2005 6,8 Milliarden € an Schulden hinterlassen haben, die erst einmal abgebaut werden müssen, bevor man auf den Boden kommt.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie verschweigen auch, dass Sie uns fast 5 Milliarden € jährlich für Schuldendienste hinterlassen. Das sind alleine 11 Milliarden €, die wir abarbeiten müssen, weil Sie uns diese Lasten hinterlassen haben.

(Thomas Trampe-Brinkmann [SPD]: Eine Beleidigung für das Milchmädchen!)

Und anders zu argumentieren, das ist unseriös!

(Beifall von der CDU)

Wenn Sie den Finanzminister einen Schuldenminister zeihen, dann verschweigen Sie und belügen damit die Menschen, dass 85 bis 86 % der Schulden,

die dieses Land hat, Ihnen zuzurechnen sind – ausschließlich Ihnen!

(Beifall von der CDU)

Sie wollen die Menschen glauben machen, dass der Justizvollzug in Nordrhein-Westfalen unsicherer geworden sei. Das Gegenteil ist richtig. Von 2000 bis 2005 hat es 36 Ausbrüche aus Haftanstalten in Nordrhein-Westfalen gegeben, seit 2005 nur noch sechs.

(Beifall von CDU und FDP)

Davon ist sicherlich jeder einer zu viel.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Jeder Einzelne liegt in der Verantwortung von Frau Müller-Piepenkötter! Eine unverantwortliche Personalführung!)

Aber Sie belügen die Menschen, weil Sie einen anderen Eindruck erwecken!

(Beifall von CDU und FDP)

Sie erwecken den Eindruck, als habe diese Landesregierung, als hätten wir bei Bildung gespart.

(Svenja Schulze [SPD]: Haben Sie auch!)

Wie kommen Sie dazu? – Wir haben seit 2005 fast 3 Milliarden € mehr in Bildung und Wissenschaft investiert als Sie bis zum Jahre 2005.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Ute Schäfer [SPD])

Die Zahl der Klassen mit mehr als 30 Kindern hat sich aufgrund dessen massiv und nachhaltig verringert: in den Grundschulen halbiert, in den Hauptschulen halbiert,

(Zurufe von der SPD)

in den Realschulen um 226, in den Gesamtschulen um 132 Klassen verringert.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie sind ein Blender!)

Das ist Fakt! Sie aber erwecken den Eindruck des Gegenteils! Das ist unredlich, das ist unseriös!

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Unverantwortlich sind Ihre Beispiele!)

Nordrhein-Westfalen gibt 40,5 % seiner Haushaltsmittel für Bildung aus. Diese Zahl ist – wie wir jetzt wissen – nicht von der Landesregierung, sondern vom Statistischen Bundesamt und aus dem Bildungsfinanzbericht des Bundes. Das ist der höchste Anteil, den ein Bundesland für die Bildung verausgibt. Genau das wollen Sie vergessen machen und verschweigen!

(Beifall von CDU und FDP)

Sie, verehrte Kollegin Kraft, machen sich darüber lustig, dass sich meine Fraktion mit der Frage beschäftigt,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Mit Bekämpfung von Lehrern, mit Bekämpfung von Schülern, mit Bekämpfung von Eltern!)

wie Lernen eigentlich funktioniert, was in einem Kind vorgeht, das lernt, wie wir bestmögliche Rahmenbedingungen für die Entfaltung von Kindern schaffen können,

(Unruhe von der SPD)

wie wir die Ergebnisse der Lebenswissenschaften, der Forschung übertragen können in die Vermittlungswissenschaft, in die Pädagogik. Da nämlich liegt der Hund begraben und nicht bei der Frage, ob wir diese oder jene Schulform wählen! Daran müssen wir arbeiten!

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Und deswegen bekämpft Frau Sommer die Schüler im Gymnasium!)

Wenn Sie das nicht sehen, dann sind Sie – sorry! – zumindest diesbezüglich dumm.

(Unruhe von der SPD – Zuruf von Sören Link [SPD] – Widerspruch von der CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Bleibt mal ruhig da hinten!)

Sie wollen die Menschen glauben machen – das haben Sie gerade versucht –, dass junge Leute in Nordrhein-Westfalen nicht gerne studieren wollten. Unter anderem führen Sie das auf die Studienbeiträge zurück; darauf werde ich gleich noch kommen. Fakt ist, wir haben in diesem Wintersemester die höchste Anzahl an Studienanfängern in Nordrhein-Westfalen: 77.600, die höchste, die wir in Nordrhein-Westfalen je hatten!

(Beifall von CDU und FDP – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Keine Ahnung von Statistik!)

Und nicht nur das: Wir haben seit 2005 einen Anstieg der Absolventenquote – das ist ja das Wichtige; denn es muss hinten auch etwas herauskommen, wenn vorne etwas hineingeht – an unseren Hochschulen um 22 % zu verzeichnen.

(Beifall von CDU und FDP)

Weil Ihnen alles das wehtut,

(Lachen von der SPD)

weil es Fakten sind, ist Ihnen alles recht, die Menschen zu verunsichern, den Eindruck zu erwecken, als sei das, was hier in Düsseldorf in Politik geschieht, skandalträchtig, skandalbehaftet.

Wissen Sie, wenn beispielsweise ein Herr Jäger die Vertraulichkeit bricht

(Ralf Jäger [SPD]: Oh, vorsichtig!)

und aus einer vertraulichen Sitzung des Rechtsausschusses berichtet,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie stehen auf dünnem Eis!)

dann ist das und nur das Skandal zu nennen.

(Beifall von CDU und FDP – Ralf Jäger [SPD]: Das müssen Sie zurücknehmen! – Unruhe von der SPD)

Wissen Sie, Opposition geht auch anders. Opposition geht auch so, dass sich eine Fraktion, eine Partei ein Politikangebot an die Menschen erarbeitet, dass sie vor die Bürger tritt mit realen Alternativen, zu denen sie sich durchgerungen hat.

(Sören Link [SPD]: Sie haben die Bürger doch belogen vor der Wahl!)

Und das war unser Vorteil. Deshalb haben uns die Menschen in 2005 ihr Vertrauen gegeben.

Unter unserem damaligen Oppositionsführer, der das Amt des Ministerpräsidenten nicht nur erreicht hat, sondern es auch bestens ausfüllt,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Der sagt ja nie was!)

hatten wir als Fraktion ein Schulgesetz in der Schublade,

(Zuruf von der SPD: Das hätten Sie besser in der Schublade gelassen!)

hatten wir eine Hochschulreform weitgehend vorbereitet, hatten wir uns beim subventionierten Abbau der Steinkohle zu einer Position durchgerungen. Das war hart für uns und für die Kolleginnen und Kollegen in unserer Fraktion. Wir haben Familienzentren konzeptionell entwickelt. Wir haben Vorstellungen über die Modernisierung der Verwaltung des Landes entwickelt.

(Achim Tüttenberg [SPD]: Den Sozialabbau!)

Wir haben Anreize diskutiert, Instrumente entwickelt und erarbeitet, wie wir die Wachstumskräfte in Nordrhein-Westfalen, unserem Bundesland, stärken können. Wir haben für die innere Sicherheit gearbeitet und den Bürgern gesagt und gezeigt, was wir wollen und was wir können.

(Carina Gödecke [SPD]: Sie haben Gutachter arbeiten lassen!)

Und wir haben auch seriös Wege beschrieben, wie es uns in Nordrhein-Westfalen gelingen kann, aus der Verschuldungsspirale herauszukommen, die uns immer tiefer in die Erde bringt. Das sind einige Beispiele von vielen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir haben den Bürgern ein Angebot von Politik gemacht mit Inhalten. Und weil wir das gemacht haben, sind wir gewählt worden. Als wir gewählt

worden sind, ist es uns gelungen, nahezu aus dem Stand heraus handlungsfähig zu sein.

(Sören Link [SPD]: Das glauben Sie doch selbst nicht, was Sie da erzählen!)

Wir haben dieses Land innerhalb kürzester Zeit systematisch, zügig und solide reformiert und mit dem Mehltau aufgeräumt, den Sie uns hinterlassen hatten.

(Beifall von CDU und FDP)

Was ich spannend fände, wäre, eine Antwort auf die Frage zu erhalten: Wofür steht eigentlich die SPD in NRW? Wofür?

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Dann müssen Sie öfter zuhören! – Unruhe von der SPD)

Wofür? – Für Wahlbetrug in Dortmund, dafür steht die SPD in NRW!

(Beifall von CDU und FDP)

Für die Abschaffung von Gymnasien und Realschulen – von Ihnen am 17. August 2007 auf Ihrem Landesparteitag beschlossen! Dafür steht die NRW-SPD!

(Beifall von CDU und FDP)

Da hat sie nicht einmal ein Alleinstellungsmerkmal, denn die Grünen wollten das schon lange. Das ist alles, was wir als Profil der NRW-SPD erkennen. Politik ohne Inhalte, das bieten Sie den Bürgern an. Und das wird Ihnen am 9. Mai von den Bürgern heimgezahlt werden. Da bin ich mir absolut sicher.

(Beifall von CDU und FDP)

Jetzt gucken Sie in Ihre Wahlkampfarsenale und stellen auf einmal fest: Mein Gott, die sind ja leer, da ist ja nichts drin, was wir den Bürgern an Politikangebot unterbreiten können! – Und weil das so ist, flüchten Sie in maßlose Aufblähungen von Sachverhalten, machen aus jedem Fliegenschiss einen Misthaufen eines Elefanten. Das ist Ihr System, mit dem Sie arbeiten.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie wollen um Ihre Inhaltsleere herum einen Sichtschutz bilden, ein Gespinst aus Worthülsen, Skandalisierungen und Lügen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben?)

Daran, Frau Kraft, spinnen Sie schon lange. Eine Methode – das haben Sie gerade unter Beweis gestellt –, mit der Sie an diesem Gespinst spinnen, ist Folgende: Sie setzen einfach Zahlen in die Welt, Zahlen, von denen niemand weiß, woher sie kommen. Die können Sie vom Wetteramt oder aus der Glaskugel haben. Niemand weiß, wo die Zahlen abgeleitet sind.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn man einmal Ihre Reden seit 2005 durchflöht, findet man jede Menge Belege. Ich will Ihnen nur ein Beispiel nennen. Am 22. August 2007 haben Sie der Landesregierung vorgeworfen – ich zitiere –: „Die investiven Mittel für den Ausbau des Ganztags im Grundschulbereich haben Sie gekürzt.“ Dann guckt man nach – und findet nichts. Das Gegenteil ist der Fall. Eine Kürzung wäre auch völlig unplausibel. In 2004/2005 gab es 670 Grundschulen mit einem offenen Ganztagsbetrieb. In 2010/2011 werden es 2.722 sein.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Es ist doch völlig unplausibel und unmöglich, dass da Mittel gekürzt sind. Aber Sie behaupten es. Und das hat System. Sie setzen falsche Zahlen in die Welt,

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

erwarten, dass die Medien über diese falschen Zahlen berichten, erwarten, dass die Leute das lesen, erwarten, dass sich das setzt – und zum Schluss glauben Sie selber daran.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Ute Schäfer [SPD])

Wenn man so weit ist, dann hat man den Kontakt zur Realität verloren. Das ist einfach so. Dann lebt man in einem Gespinst von Lügen, Worthülsen und Skandalisierung, aus dem man selbst nicht mehr heraus kommt.

(Beifall von CDU und FDP – Gisela Walsken [SPD]: Wie ist das denn bei Ihnen selber? – Ralf Jäger [SPD]: Eine nackte panische Reaktion! – Wolfgang Jörg [SPD]: Die Menschen kriegen das doch mit!)

Die gleiche Methode setzen Sie bei Behauptungen aller Art ein – in der Hoffnung und Erwartung: Darüber wird berichtet, das setzt sich bei den Leuten fest. Und zum Schluss glauben Sie es selbst.

Ich will ein Beispiel nennen. Vor ziemlich genau zwei Jahren, als hier der Verkauf der LEG diskutiert wurde, haben Sie tough und kess behauptet: Dieser Kündigungsschutz ist löchrig. – Einfach so! Wahr ist – das wissen wir seit Herbst dieses Jahres aus einem Gutachten einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft –, dass der Käufer keinesfalls die ihm zustehenden Möglichkeiten zu Mieterhöhungen genutzt hat. Er ist weit darunter geblieben.

Der Käufer hat auch keinesfalls massiv verkauft, wie Sie alle es hier dargelegt und befürchtet hatten, sondern der Käufer ist deutlich unter dem geblieben, was er hätte verkaufen können.

Damit sind alle Ihre Vorwürfe zu Ausverkauf und mangelndem Mieterschutz gehaltlos. Aber ich bin mit absolut sicher, dass Sie, obwohl Sie das jetzt wissen, gleich herausgehen und dies wie eine Schaltplatte oder CD wieder erzählen werden, um

die Leute weiterhin zu verunsichern. Genau so wird es sein.

(Beifall von CDU und FDP – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Reden Sie doch mal mit den Leuten! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Gehen Sie doch mal hin! Sie waren doch noch nie da!)

Das Gleiche gilt für Ihre Behauptungen über die WestLB. Welche Chuzpe braucht man dazu als jemand, der diese rote Bank, diesen roten Baron zu verantworten hat! Über Jahre haben Sie diese Bank heruntergewirtschaftet!

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Haben Sie Wahrnehmungsstörungen? Sind Sie derjenige, der immer sagt: „Wer schreit, der lügt“? – Weitere Zurufe von der SPD)

Nun wird Ihr Schutt abgeräumt. Das ist Fakt. Überlegen Sie einmal, was passiert wäre, wenn wir Ihnen gefolgt und bei der LBBW eingestiegen wären.

(Zurufe von der CDU: Wow!)

Wow kann ich da nur sagen.

(Gisela Walsken [SPD]: Sachsen wolltet Ihr kaufen!)

Wir wären abkassiert worden. Nichts mehr wäre hier bei uns in Nordrhein-Westfalen! Keine Chance, diese Bank noch in trockene Tücher zu bekommen! Aber Sie haben so getan, als würde die Welt untergehen, nur weil wir vernünftig waren.

(Beifall von CDU und FDP)

Lehrerversorgung! Am 27. August 2008 haben Sie hier im Plenum erklärt – es geht um zusätzliche Lehrerstellen –:

Aber gehen wir einmal davon aus, es wären 4.000 bis 5.000. Dabei müssen die Menschen draußen im Land allerdings bedenken: 4.000 bis 5.000 neue Lehrerinnen und Lehrer – wir haben damals in der letzten Legislaturperiode 8.100 geschaffen ...

Ein Gelächter in den Reihen hier, weil jeder weiß: Das kann doch gar nicht stimmen! Tatsache ist: 2.000 Stellen haben Sie in 2004 auf 2006 beginnend kw-gestellt, also künftig wegfallend. Frau Schäfer hat gesagt – dpa-Kulturdienst 12/2004 –: Wir wollen 16.000 Lehrerinnen und Lehrerinnen abschaffen!

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP – Sören Link [SPD]: Sie haben die doch abgeschafft, Herr Stahl! – Andrea Asch [GRÜNE]: Das ist Theater! – Weitere Zurufe von der SPD)

Sie kritisieren jetzt Frau Sommer wegen „G8“, also wegen der Verkürzung der Schulzeit in Gymnasien. Was ist denn damals bei Ihnen gelaufen? – Sie haben „G8“ eingeführt, die Anzahl der Unterrichtsstun-

den erweitert und gleichzeitig Lehrer(innen)stellen abgebaut. Das haben Sie gemacht! Und heute kritisieren Sie Frau Sommer! Mein Gott!

(Beifall von CDU und FDP- Zurufe von der SPD)

Bei der Lehrereinstellung haben Sie auf die Bremse getreten, eine Vollbremsung gemacht. Gleichzeitig haben Sie Ausbildungskapazitäten an den Universitäten stillgelegt.

(Zuruf von der SPD: Stimmt nicht!)

Darunter leiden wir heute! All das verschweigen Sie den Menschen! Sie erwarten, dass man Ihnen Ihre dünnen Geschichten abnimmt! Das ist skandalös!

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Können Sie überhaupt noch in den Spiegel gucken bei der Rede?)

Die Wahrheit ist:

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Sie reden von Wahrheit? – Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie sollten das Wort „Wahrheit“ nicht in den Mund nehmen!)

Für das Schuljahr 2004/2005 standen im Haushalt 144.955 Planstellen. In diesem Haushalt stehen 152.512 Planstellen. Wenn man noch die etwa 300 Stellenäquivalente für Ersatzschulen hinzuzählt, dann sind wir bei exakt 7.874 zusätzlichen Stellen an unseren Schulen.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Sören Link [SPD])

Das haben wir in unserem Wahlprogramm nicht einmal versprochen, das haben wir in unserer Koalitionsvereinbarung nicht einmal anzugehen gewagt; aber wir haben es gemacht, und das ist gut so. Das ist gute Politik, denn es ist Zukunftspolitik, weil es um die Köpfe und die Herzen unserer Kinder geht. Das haben wir gemacht!

(Beifall von CDU und FDP)

Ein letztes Beispiel dafür, wie Sie mit Sachverhalten umgehen. Sie haben vor einem Monat Ihr kulturpolitisches Programm vorgestellt, „Kulturpolitische Leitlinien der NRWSPD“. Das ist ja in Ordnung. Ziemlich am Schluss schreiben Sie einen Satz dort hinein – ich zitiere, Herr Präsident –:

Kunst und Kultur stehen so auch in Zukunft im Zentrum sozialdemokratischer Politik.

Lassen Sie uns das Zentrum doch einmal miteinander ausleuchten: Von 2001, als die Kulturausgaben 104 Millionen € betragen, haben Sie diese Ausgaben bis 2005 auf 70 Millionen € heruntergefahren.

(Beifall von der CDU)

Weil Sie die Kommunen immer wie ein Schutzschild vor sich hertragen, zeige ich Ihnen einmal eine Dar-

stellung, die sich auf die Zuschüsse für kommunale Bibliotheken in Nordrhein-Westfalen bezieht.

(Der Redner hält ein Balkendiagramm mit roten Balken auf der linken und schwarzen Balken auf der rechten Seite hoch.)

Das ist Rot, das ist Schwarz, besser gesagt, Schwarzgelb.

(Beifall von der CDU – Zuruf von der FDP: Genau!)

Das ist Fakt. Aber Sie tun so, als ob das alles nicht geschehen wäre.

Fakt ist: Wir haben das getan, was der Ministerpräsident versprochen hat. Wir haben die Mittel für Kultur mit diesem Haushalt gegenüber dem miesen Ausgangsniveau, das Sie uns hinterließen, verdoppelt.

(Beifall von der CDU)

Für wie dumm halten Sie eigentlich die Kulturschaffenden, die Kulturinteressierten und die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen?

(Beifall von der CDU)

Ich fasse zusammen: Ihr Versuch, einen Sichtschutz um Ihre inhaltliche Leere zu errichten, ist gescheitert. Dieser Sichtschutz aus Worthülsen, Lügen und Skandalisierungen erfüllt seinen Zweck nicht. Es sind durchsichtige Akte purer Not bei Ihnen.

Sie, Frau Kraft, sind jetzt seit mehr als vier Jahren Vorsitzende Ihrer Fraktion.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Eine gute Vorsitzende!)

Sie haben es seit mehr als vier Jahren nicht vermocht, ein belastbares Politikangebot für unsere Bürgerinnen und Bürger vorzulegen. Sie haben sich vier Jahre lang mit sich selbst beschäftigt.

(Beifall von der CDU)

Frau Kraft, das waren vier verlorene Jahre für die SPD in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der CDU)

Die SPD in Nordrhein-Westfalen steht da wie ein Torso: ohne Kopf, ohne Kompetenz. Frau Kraft, Sie sind ein glatter Ausfall. Ihnen ist die Zeit davongelaufen, nicht uns. Ihnen ist die Zeit davongelaufen!

(Beifall von CDU und FDP)

Was unser Land braucht, ist solide, verlässliche politische Führung,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Deswegen gibt es im Mai einen Wechsel!)

gerade in der Krise, wie wir sie gegenwärtig erleben, die wir bisher alles in allem gut durchlaufen haben, die aber bei Weitem noch nicht durchge-

standen und überwunden ist. In dieser Situation haben die Menschen eine Sehnsucht danach, dass es in der Politik seriös und stabil zugeht,

(Zuruf von Ute Schäfer [SPD])

dass Politik Voraussetzungen schafft, um eine neue Sicherheitskultur, eine neue Sicherheit in Nordrhein-Westfalen wachsen zu lassen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das war der Grund für den Wechsel!)

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen wissen und spüren: Dabei haben sie mit dieser Landesregierung, mit dieser Koalition einen guten, einen haltbaren Anker. Das wissen die Menschen in Nordrhein-Westfalen!

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Was nützt der Anker, wenn die Kette gerissen ist?)

Unser Ministerpräsident, diese Landesregierung, diese Koalition kämpfen um jeden Arbeitsplatz für die Menschen, ob in kleinen und mittleren oder in großen Unternehmen wie Opel und anderen.

Dieser Ministerpräsident, diese Landesregierung, diese Koalition kämpfen für bessere Kindertagesstätten, für bessere Schulen und Hochschulen, für bessere und mehr Forschungseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen, denn das ist Zukunft. Was sonst kann Zukunft sein, als in die Herzen und Köpfe der Kinder und jungen Menschen zu investieren?

(Beifall von CDU und FDP)

Dieser Ministerpräsident, diese Landesregierung sind ein Pfand für den sozialen Frieden in schwieriger Zeit.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Dieser Ministerpräsident schmiedet Verantwortungsgemeinschaften,

(Reinhard Jung [SPD]: Fragen Sie mal die Inder!)

und dies über Branchendialoge, über Zukunftsforen, über Allianzen wie die für Innovation und Nachhaltigkeit. Das ist es, was den Bürgerinnen und Bürgern guttut, was dem Land guttut. Das ist es, was für unser Zusammenleben gut, wichtig und richtig ist. Die Menschen wissen, dass sie gerade in der Krise und auf dem Weg in eine gute Zukunft gute Hände brauchen, in die sie ihre politischen Erwartungen legen können.

Wir brauchen diese Stabilität in Nordrhein-Westfalen weiß Gott. Wir brauchen gerade unter den Vorzeichen der Krise den Mut, den Wagemut von jungen Leuten, von Unternehmerinnen und Unternehmern, von Gründern, die die Produkte von morgen entwickeln und marktreif machen. Wir brauchen Belegschaften, wir brauchen Unternehmer, Manager, Betriebsräte, die weiter zusammenstehen, die weiter zusammenhalten, die gemeinsam der Krise

trotzen. Wir brauchen sie, damit wir in unseren Betrieben über die Flaute der Aufträge, über das Kurzarbeitergeld hinweg Brücken in neue, in sichere Beschäftigung, in neue Arbeitsplätze bauen können.

(Zuruf von Thomas Stotko [SPD])

Ich bin sicher: Wenn die Krise durchgestanden ist, dann werden viele im Ausland nicht nur nach Deutschland gucken. Viele im In- und Ausland werden nach Nordrhein-Westfalen gucken, weil wir diejenigen sein werden, die die Krise am besten meistern konnten, weil wir am weitesten nach vorn gekommen sein werden, weil wir am stärksten aus der Krise hervorgehen.

(Beifall von CDU und FDP)

Natürlich brauchen wir auch starke Schultern, die Schwache tragen – starke Schultern, die zu bürgerlichem Engagement bereit sind. Das ist wichtiger denn je in unserer Geschichte.

Deshalb ist es Gift, wenn versucht wird, in einer so schwierigen Situation unsere Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen zu spalten.

(Achim Tüttenberg [SPD]: Das machen Sie doch! Das ist Ihr Alltagsgeschäft!)

Das ist Gift. Da müssen wir gemeinsam gehalten.

(Beifall von der CDU)

Wenn jetzt Neid, Missgunst und gar Klassenkampf zum politischen Programm in Nordrhein-Westfalen würden, würde das uns allen schaden; denn dies würde uns in immer neue Krisen zurückkatapultieren, obwohl die alte Krise noch nicht einmal ausgestanden ist.

Das ist auch nichts Abstraktes, einfach einmal Dahingesagtes. Diese Gefahr ist real. Ihr Bundesvorsitzender, Herr Gabriel, hat ja über Rot-Rot in Nordrhein-Westfalen schwadroniert. Er hat das gesagt, was Sie denken, Frau Kraft: dass nämlich Rot-Rot möglich ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Haben Sie mit Ihrem neuen Vorsitzenden, den Sie ja öfter sehen, niemals darüber geredet? Das wollen Sie uns doch nicht weismachen. Deshalb war Ihr Dementi auch so schlapp. Wenn Sie mit ihm aber wirklich nicht darüber geredet haben sollten, dann nimmt er Sie genauso wenig ernst, wie die Menschen in Nordrhein-Westfalen Sie ernst nehmen.

(Beifall von CDU und FDP)

Dafür spricht auch, dass er jetzt hierher kommen und sich in die Vorbereitungen Ihres Wahlkampfes einschalten will. Das ist wohl Hinweis und Zeichen genug.

(Sören Link [SPD]: Schauen Sie einmal unter dem Rednerpult nach! Da sitzt das Niveau und schämt sich!)

Frau Kraft, solange Sie nicht Rot-Rot in Nordrhein-Westfalen ausschließen, so lange lassen Sie die reale Gefahr offen, dass ideologische Betonköpfe und Chaoten – das ist nicht meine Wortwahl, sondern die der Linken aus Berlin – hier in Nordrhein-Westfalen Gestaltungsmacht in der Politik erlangen. Das wäre für unser Land wahrscheinlich der allergrößte Schaden, den wir uns gegenwärtig vorstellen können.

(Beifall von CDU und FDP)

Wer investiert denn in Arbeitsplätze, wenn er weiß, dass die Frucht seiner Arbeit ihm enteignet werden kann? Welcher Starke hilft Schwachen, wenn ihm die Beine weggehauen werden? Genau das droht am 9. Mai, wenn die Leute falsch wählen und ihr Kreuz an der falschen Stelle machen – nämlich bei Ihnen.

(Lachen von der SPD – Sören Link [SPD]: Von Gottes Gnaden gibt es nur eine Partei! – Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Das ist auch ganz einfach zu erklären. Die Menschen stützen ihre Entscheidungen auf ihre Erwartungen. Die Erwartungen – läuft es gut, oder läuft es nicht gut? – sind Taktgeber ihres Handelns, nichts anderes. Warum soll ich mir Mühe geben, wenn ich weiß, dass der Erfolg meiner Mühen wegsozialisiert wird? Wer soll in Arbeitsplätze investieren, wenn er Gefahr läuft, enteignet zu werden? So dumm wird doch niemand mehr sein.

Deshalb brauchen wir auch in dieser Frage klare Kante, Frau Kraft. Im Übrigen wäre das das erste Mal, dass der von Ihnen gern verwendete Ausdruck „klare Kante“ wirklich einen realen Inhalt hätte. Das wäre auch ein Fortschritt für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Land braucht nicht nur Stabilität, neue Sicherheit und politische Verlässlichkeit,

(Zuruf von Thomas Trampe-Brinkmann [SPD])

sondern auch Professionalität in der politischen Führung.

(Sören Link [SPD]: Blockflötenpolitik machen Sie doch schon!)

Frau Kraft, in diesem Zusammenhang haben wir ja Erfahrungen mit Ihnen als Ministerin für Wissenschaft und Forschung. Sie haben vorhin das Thema Studiengebühren angesprochen und deren Abschaffung gefordert. Ich sage Ihnen: Das ist ein glattes Ablenkungsmanöver. Sie wollen nämlich von der Tatsache ablenken, dass die Einführung von Studiengebühren mit Ihrem Namen verbunden ist.

2004 haben Sie in Nordrhein-Westfalen Studiengebühren eingeführt.

(Beifall von CDU und FDP – Minister Dr. Ingo Wolf: Und wo ist das Geld gelandet? Im Haushalt!)

Das waren aber nicht einmal Studiengebühren, sondern Strafsteuern –

(Beifall von Walter Kern [CDU])

Strafsteuern für junge Leute, die, aus welchen Gründen auch immer, nicht in der Regelzeit mit ihrem Studium fertig geworden sind.

(Ute Schäfer [SPD]: 14 Semester hatten sie Zeit!)

Übrigens war das das ungerechteste und unsozialste Modell, das es in Deutschland zum Thema Studiengebühren gab.

(Beifall von Walter Kern [CDU] – Zuruf von Ute Schäfer [SPD])

Außerdem war es ein Bürokratiemonster. Selbst Gerichte haben Ihnen attestiert, dass es überhaupt nicht vollzugsfähig sei.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Das Amtsgericht Gelsenkirchen hat Ihnen das testified. Das ist der Ausweis Ihrer Qualität und Ihrer Professionalität.

(Zuruf von der SPD: Ablenken und Nebelkerzen werfen!)

Kein Cent der Mittel, die den Studierenden damals abgeknöpft wurden, ist bei den Hochschulen gelandet. Kein Cent wurde in die Verbesserung von Studienbedingungen investiert – kein einziger.

(Zuruf von Marc Jan Eumann [SPD])

Jeder Cent ist in den Kassen von Herrn Steinbrück und Herrn Dieckmann gelandet, die damals SPD-Finanzminister in Nordrhein-Westfalen waren.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie haben die Studenten betrogen – und die Hochschulen obendrein. Nichts ist dorthin gegangen.

(Sören Link [SPD]: Langer Rede kurzer Sinn: Die Gebühren müssen weg!)

Heute üben Sie Kritik an miserablen Studienbedingungen in Nordrhein-Westfalen. Das haben Sie in Ihrer Pressemitteilung vom 10. Dezember 2009 getan und heute Morgen hier wiederholt.

(Thomas Stotko [SPD]: Es ist schlimm, dass man dafür auch noch bezahlen muss!)

Sie tun nichts anderes, als auf der Welle der Studierendenproteste zu surfen.

Ihre Kritik ist auch schlicht unverschämt. Das werde ich Ihnen jetzt beweisen.

(Gisela Walsken [SPD]: Dann einmal los!)

Frau Kraft, Fakt und Tatsache ist, dass Sie als Wissenschaftsministerin die Weichen für die Einführung der neuen Studiengänge gestellt haben. Sie haben die Studienbedingungen an unseren Hochschulen genauso mitverantworten, wie Sie auch das Chaos zu verantworten haben, was Sie an den Hochschulen hinterlassen haben.

(Beifall von der CDU)

Damals konnte Ihnen die Einführung der neuen Studiengänge gar nicht schnell genug gehen. Im Landtagsprotokoll vom 29. September 2004 kann man nachlesen, dass Sie Druck bis zum Abwinken gemacht haben, damit die Hochschulen die Veränderung endlich in Angriff nehmen. Dabei haben Sie die Hochschulen bei dieser Herkulesaufgabe auch noch alleingelassen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Die Hochschulen werden von Ihnen alleingelassen!)

Nicht nur das! Sie haben sie nicht nur alleingelassen, sondern ihnen gleichzeitig auch 2.000 Stellen weggenommen, die sie dringend gebraucht hätten, um neue Studiengänge tatsächlich einzuführen.

(Beifall von der CDU)

Diese Stellen haben Sie ihnen weggenommen. Bei Ihnen hieß das damals Qualitätspakt, Frau Kraft. In den Hochschulen lautete der Name dafür Qualpakt. Qualpakt haben die Hochschulen Ihren sogenannten Qualitätspakt genannt.

Dazu – dies nur als Aperçu – gab es den sogenannten Krebs-Erlass, der in Wirklichkeit ein Kraft-Erlass war. Dieser Erlass legte fest und dekretierte schneidig, dass maximal 10 % der Studien- und Lehrressourcen an den Fachhochschulen und maximal 20 % der Studien- und Lehrressourcen an den Universitäten einschließlich Promotionen in die Masterausbildung gesteckt werden durften. 20%! Was glauben Sie, was heute los wäre, wenn das Wirklichkeit geworden wäre, was Sie damals dekretiert haben?

(Beifall von CDU und FDP)

Dann hätten wir an unseren Hochschulen wirkliche Bambule.

(Sören Link [SPD]: Da haben Sie uns aber richtig einen eingeschenkt!)

Zum Schluss, verehrte Frau Kollegin Kraft, eine durchaus persönliche Erinnerung: Ich werde nie die Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung vom 27. November 2003 vergessen. Damals haben Sie Ihr Hochschulkonzept NRW 2010 vorgestellt. Während der Sitzung habe ich mich immer aufs Neue in den Arm gekniffen. Manfred Kuhmichel saß neben mir. Der kann es bestätigen. Ich wollte schlicht nicht glauben, was dort abließ.

Sie haben eine Planungswahnvorstellung aufgelegt, die ich seit 30 Jahren als überholt ansah. Wenn man das heute nachliest, versteht man auch, warum Sie gegenüber der Linken gar nicht so ablehnend sind. Denn die macht ganz genau den gleichen Mist, den Sie damals machen wollten.

(Beifall von CDU und FDP)

Es ging um Studienkapazitäten und deren Verteilung, mit Formelkram und völlig seelenlos, gestützt auf Prognosen für die nächsten 30 Jahre. Heute weiß noch nicht einmal jemand, wie in den nächsten zwei Jahren der Arbeitsmarkt für Akademikerinnen oder Akademiker aussehen mag.

In den Unterlagen gab es ein schönes Beispiel, dass man nämlich etwa die Überkapazitäten in der Elektrotechnik für Ingenieurinnen und Ingenieure, die man hätte, bis zum Jahre 2010 um durchaus 10 % abschmelzen könnte. Wir machen mittlerweile MINT-Initiativen, um Ingenieurinnen und Ingenieure zu gewinnen. Sie hätten die Studiengänge zugemacht.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Verantwortlichen aus den Hochschulen haben dieses Konzept in der Luft zerrissen, und zwar völlig zu Recht.

(Horst Becker [GRÜNE]: Kommen Sie doch einmal in die Gegenwart!)

Ich habe heute noch hohen Respekt vor dem Kollegen Kessel, der damals Ihr wissenschaftspolitischer Sprecher war. Der hat Ihnen nämlich die Brocken vor die Füße geworfen, weil er das nicht mehr ausgehalten hat, was Sie da veranstaltet haben. Genauso war es.

(Beifall von CDU und FDP)

Statt unsere Hochschulen zu ordnen, sie fit zu machen für die Zukunft, haben Sie an unseren Hochschulen ein Chaos angerichtet. Das ist die Qualität Ihrer Professionalität, die hier festzustellen ist. Die Kanzler, Rektoren und sonstige Verantwortliche in den Hochschulen haben drei Kreuze hinter Ihnen geschlagen, als Sie gegangen sind. Sie haben sich auf Professor Pinkwart gefreut, der kommen sollte. Das war die reale Situation an den Hochschulen.

Die Menschen – dessen bin ich mir sicher – wissen –: Wenn sie am 9. Mai ihre beiden Kreuzchen an der richtigen Stelle machen, können ein solcher Unfug und ein solches Unheil nie wiederkommen.

Frau Kraft, Sie haben bewiesen: Sie können es nicht, professionell nicht, konzeptionell nicht und inhaltlich nicht. Wir haben mit diesem Ministerpräsidenten, dieser Landesregierung und dieser Koalition bewiesen: Wir können es! Ich geh frohgemut in das kommende Jahr, stelle mich selbstbewusst den Bürgerinnen und Bürgern und bin voller Optimismus für die Wahlentscheidung am 9. Mai. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall von CDU und FDP – Die Abgeordneten der CDU erheben sich von ihren Plätzen.)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Stahl. – Für die FDP hat nun der Vorsitzende der Fraktion, Herr Dr. Papke, das Wort.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, dass die Menschen in Nordrhein-Westfalen von einer politischen Generaldebatte zum Landeshaushalt Auskunft über die Lage unseres Landes erwarten und von uns, den verantwortlichen Politikern im Landtag von Nordrhein-Westfalen, und der Landesregierung hören möchten, wie wir Nordrhein-Westfalen in eine gute Zukunft führen wollen. Ich bin mir sicher, dass die Menschen von einer solchen Debatte entschieden mehr erwarten als eine Krawallaufführung mit verdrehten Fakten, wie Sie sie hier geboten haben, Frau Kraft.

Da Sie in einer geradezu oberlehrerhaften Art und Weise die Leistungen der Mitglieder der Landesregierung bewertet haben, will ich Ihnen sagen: Wenn Sie dieselben Maßstäbe, die Sie vorgetragen haben, einmal an sich selber in dieser oberlehrerhaften Art, mit der Sie das hier zum Besten gegeben haben, anlegen würden, kann man mit Blick auf das, was die SPD in den letzten Jahren geleistet hat, nur zu einer Bewertung kommen: Frau Kraft, setzen, „6“! Etwas anderes ist nicht möglich.

(Beifall von FDP und CDU)

Eine Versetzung ist leider unmöglich. Da hilft auch die neue soziale Durchlässigkeit des nordrhein-westfälischen Schulsystems nicht mehr weiter.

(Hannelore Kraft [SPD]: Neue Durchlässigkeit?)

Ihre Nervosität, Frau Kollegin Kraft, die sich in dieser Krawallrhetorik ausdrückt, ist verständlich und nachvollziehbar.

(Gisela Walsken [SPD] weist mit dem Finger auf den Abgeordneten Stahl: Das war Krawallrhetorik!)

Das Jahr 2009 geht langsam zur Neige, ein Jahr, in dem Sie drei krachende Niederlagen mit der nordrhein-westfälischen SPD erlitten haben, Frau Kollegin Kraft: Sie haben bei der Europawahl, bei der Kommunalwahl und bei der Bundestagswahl in Nordrhein-Westfalen die schlechtesten Wahlergebnisse in der langen Geschichte der nordrhein-westfälischen SPD eingefahren, Frau Kollegin Kraft.

Angesichts dessen fände ich es etwas angemessener, wenn Sie etwas selbstkritischer in eine solche Debatte gehen würden, anstatt 40 Minuten derart nur mit den Fingern auf andere zu zeigen. Ich fände es ohnehin angemessener, Frau Kollegin

Kraft, wenn Sie dann wenigstens stellenweise bei dem bleiben würden, was Sie zu Beginn Ihrer Rede eingefordert haben, nämlich sich hier an den Fakten zu orientieren.

Ich will mal mit einem Beispiel beginnen – ich konnte gar nicht so schnell mitschreiben, wie Sie Ihre vermeintlichen Pointen gesetzt haben –, und zwar mit Ihrer Aussage, bei der WestLB hätte diese Landesregierung jetzt dafür gesorgt, dass die WestLB vom Tafelsilber zum Restposten geworden wäre.

(Gisela Walsken [SPD]: Genau so!)

Darf ich Ihre Erinnerung wiederbeleben, dass die WestLB AG in den letzten drei Jahren Ihrer Regierungsverantwortung – 2002, 2003 und 2004 – summa summarum Verluste von 4,8 Milliarden € eingefahren hat, Frau Kollegin Kraft? 4,8 Milliarden € – da war die Finanzmarktkrise noch nicht mal am fernen Horizont erkennbar. Sie können sich doch nicht allen Ernstes hier hinstellen und dieser Landesregierung und der sie tragenden Koalitionsfraktionen den Schwarzen Peter für den desaströsen Zustand der WestLB zuweisen.

Das Gegenteil ist der Fall. Ich will dem Finanzminister ausdrücklich Dank dafür sagen, dass es ihm gelungen ist, in sehr schwierigen monatelangen Verhandlungen – abgesehen letzte Woche Freitag in der Eigentümerversammlung der WestLB – ein Modell zu finden, dass dazu führt, dass die wirklich problembehafteten Papiere endlich aus der Bilanz der WestLB in Form einer sogenannten Bad Bank herausgenommen werden können und sich der Bund endlich auch zu seiner Mitverantwortung für die Zukunft der Landesbanken bekannt hat.

(Beifall von FDP und CDU)

Dazu, Herr Minister Linssen, haben Sie wesentliche Beiträge geleistet. Ich sage das mit Blick auch auf das, was uns die Bayern und Baden-Württemberger jahrelang erzählt haben; die wären jetzt heilfroh, wenn sie mit ihren Landesbanken schon so weit wären, wie wir es hier in den letzten Monaten geschafft haben.

(Beifall von FDP und CDU)

Ich erinnere mich auch noch sehr gut daran, wie uns vor zwei Jahren SPD und Grüne einen Antrag nach dem nächsten präsentiert haben, wir sollten doch schleunigst die Fusion mit der baden-württembergischen LBBW vollziehen; alles andere wäre verantwortungslos. Haben Sie sich mal angeschaut, was momentan bei der LBBW los ist? Die stehen ganz kurz vor dem Abgrund und marschieren mit Tempo nach vorne. Wir können heilfroh sein – dafür sollten Sie ein Wort des Dankes an die Landesregierung richten –,

(Beifall von FDP und CDU)

dass wir uns nicht haben drängen lassen, die WestLB der LBBW in die Arme zu werfen. Genau das wollten Sie. Sie sollten sich bei uns dafür bedanken, dass wir nicht das gemacht haben, was Sie von uns gefordert haben, Frau Kollegin Kraft.

(Beifall von FDP und CDU)

Jetzt schauen wir uns den Haushalt 2010, um den es heute geht, noch einmal etwas näher an. Wir sind nach wie vor, meine Damen und Herren, mitten in der schlimmsten Wirtschaftskrise, die Deutschland nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs erlebt hat – mit einem bisher unbekanntem Wachstumseinbruch, der am Ende des Jahres zwischen 4 und 5 % betragen wird. In einer solchen Situation einen Haushalt aufzustellen, das ist für jeden Finanzminister, für jede Regierungskoalition eine geradezu grausame Aufgabe, der man sich aber stellen muss, wenn man Verantwortung trägt. Denn die Einnahmen brechen weg, auch noch in 2010 durch die nachlaufenden Steuereinnahmen. Auf der anderen Seite erfordert eine solche historische Wirtschaftskrise auch Gegenmaßnahmen, die dann natürlich auch auf der Ausgabenseite zu Buche schlagen.

Trotz dieser einmalig besonderen Herausforderung für die Aufstellung eines Landeshaushalts haben wir heute ein Zahlenwerk zur Verabschiedung vorliegen, das sich sehen lassen kann, das, seriös wie immer, vom Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen durchgerechnet ist und mit dem wir – trotz der Wirtschaftskrise – als Ausdruck neuer Stärke des Landes Nordrhein-Westfalen hervorragend gerüstet in die nächsten Jahre gehen werden.

Ich habe mir mal angesehen, was denn die SPD im Rahmen dieser Haushaltsberatung an konkreten Vorschlägen unterbreitet hat, weil die SPD in den letzten Wochen gerade mit Blick auf die sogenannte Schuldenbremse gefordert hat, es müssten jetzt alle Fakten auf den Tisch, die Dinge müssten offengelegt werden.

Was sind die Vorschläge der SPD zum Haushalt? – Das, meine Damen und Herren, was die Sozialdemokraten seit Jahrzehnten bei der Haushaltsplanung immer gemacht haben. Die erste Maßnahme: Wir setzen die Steuereinnahmen einfach mal etwas höher an. Die zweite Maßnahme: Wir setzen die Zinsausgaben einfach mal niedriger an. Schon haben wir eine wundersame Einnahmeverbesserung, die man dann ja „verbraten“ kann. Das Ende vom Lied: In all den Jahren sozialdemokratischer Regierungsverantwortung gab es immer einen Nachtragshaushalt mit zusätzlich kreditfinanzierten Schulden.

(Beifall von FDP und CDU)

So etwas, meine Damen und Herren, machen wir in der Tat nicht, Herr Finanzminister. Das machen wir nicht, sogar in dieser historisch einmalig schwierigen Situation nicht.

Ich hatte eigentlich erwartet, Frau Kollegin Kraft – Wo ist sie denn unterwegs? – ...

(Zuruf von der CDU: Sie ist geflohen! – Hannelore Kraft [SPD]: Sie trinkt gerade ein Glas Wasser!)

– Also das typische Fluchtverhalten von Sozialdemokraten, wenn es um seriöse Haushaltspolitik geht. Dann sind die einfach weg.

(Beifall von der FDP – Zuruf von der SPD: Die holt sich ein Glas Wasser!)

– Okay. Ich höre, Sie kommt gleich wieder.

(Hannelore Kraft [SPD]: Ich bin immer noch hier! Ich habe Sie auch gerade angesprochen! Sie müssen mal die Ohren aufstellen!)

– Frau Kollegin Kraft, ich bitte um Entschuldigung. Ich konnte Sie nicht mehr sehen; Sie waren hinter den Kulissen verschwunden. Ich darf Sie doch bitten, mit diesen wirklich oberlehrerhaften Reaktionen etwas vorsichtiger umzugehen.

(Edgar Moron [SPD]: Oberlehrerhaft sind Sie doch!)

Das kennen wir ansonsten doch eigentlich nur von den Grünen. Frau Kollegin Kraft, fangen Sie nicht auch noch damit an.

(Beifall von der FDP)

Ich hätte mir sehr gewünscht – ich bin ja froh, dass Sie jetzt wieder da sind –, dass wir gerade mit Blick auf die Haushaltsverabschiedung von Ihnen noch mehr gehört hätten. Wir haben bis auf einen kleinen Halbsatz praktisch gar nichts zu dem Thema gehört, das wir gestern hier bereits debattiert haben, zu dem Thema Schuldenbremse.

Wir sind uns in der Koalition aus CDU und FDP einig, dass wir nach dem Ende der Wirtschaftskrise sehr schnell wieder auf den Kurs der haushaltspolitischen Konsolidierung zurückkehren werden, den wir seit unserer Regierungsübernahme 2005 sehr konsequent verfolgt haben. Der Ministerpräsident hat das nach seinem Besuch bei uns in der FDP-Fraktion selbst noch einmal ausdrücklich unterstrichen. Und diese Konsolidierungspolitik war erfolgreich.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Was haben Sie denn konsolidiert? Die Schulden?)

Das können Sie wegzuwischen versuchen; es wird Ihnen nicht gelingen. Wenn wir es schaffen, von der Nettokreditaufnahme unter Rot-Grün von 6,7 Milliarden € in 2005 bis zum Ende des Jahres 2008 sogar einen Haushaltsüberschuss zu erwirtschaften, dann sind das die Fakten, Frau Kollegin Kraft, die Sie hier nicht vorgetragen haben. Wir haben gezeigt, dass wir den Haushalt konsolidieren können.

(Beifall von FDP und CDU)

Daran werden wir unmittelbar nach Überwindung der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise wieder anknüpfen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Unglaublich!)

Als besonderes Zeichen unserer Entschlossenheit zu konsolidieren hat die Landesregierung in Abstimmung mit den Koalitionsfraktionen gestern den Vorschlag unterbreitet, die bereits im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse ausdrücklich in die Verfassung unseres Landes Nordrhein-Westfalen aufzunehmen, meine Damen und Herren.

(Beifall von FDP und CDU)

So etwas hat es in der Landespolitik bisher noch nie gegeben, dass nämlich die regierenden Parteien bereit sind, sich eine verfassungsrechtliche Selbstbindung aufzuerlegen,

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

die ihre eigenen Gestaltungsmöglichkeiten, Politik kreditfinanziert zu organisieren, radikal beschränkt.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Das hat es noch nie gegeben.

(Hannelore Kraft [SPD]: Sie wissen, dass Sie bald nicht mehr regieren! Das müssen Sie trotzdem einhalten!)

Ich glaube, dass die Schuldenbremse, die CDU und FDP einführen wollen, ein Beleg für unsere ernsthafte Konsolidierungsabsicht ist. Wir wären dann verfassungsrechtlich verpflichtet, spätestens 2020 keine neuen Schulden mehr zu machen. Allen ist klar – der Finanzminister hat gestern darauf hingewiesen –, dass wir natürlich sofort damit anfangen müssen, um dieses Ziel bis 2020 zu erreichen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Und die mittelfristige Finanzplanung?)

Wir wollen es im Laufe der nächsten Wahlperiode erreichen. Aber dass wir für die Schuldenbremse sind, macht klar: Wir sind bereit, uns dieser Selbstverpflichtung zu unterwerfen.

Es ist sehr bemerkenswert, Frau Kollegin Kraft, dass die Sozialdemokraten nicht bereit sind – von den Grünen haben wir nichts anderes erwartet, die interessieren sich nicht für Schulden –,

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

diese Initiative für eine Schuldenbremse in Nordrhein-Westfalen zu unterstützen. Sie sind nicht dazu bereit.

Bemerkenswerterweise haben Sie heute nichts dazu gesagt. Was Sie in den ersten Tagen gesagt haben, enthielt überhaupt keine ernsthaften Argumente. Frau Kraft, so lese ich hier bei dpa, verlangt einen schonungslosen Kassensturz. Na, her damit! Deshalb debattieren wir den Landeshaushalt. Wo sind denn Ihre Anträge?

(Hannelore Kraft [SPD]: Die liegen Ihnen vor! Sie müssen sie nur lesen! Erst können Sie nicht hören, jetzt können Sie auch nicht mehr lesen!)

Wo sind Ihre Fragen? Stellen Sie sie! Bringen Sie sie in die Debatte ein! Dann heißt es bei dpa, Frau Kraft habe grundsätzliche Zweifel, dass ein Festschreiben der Schuldenbremse in der Verfassung der richtige Weg sei.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP] und Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Das finde ich sehr bemerkenswert. Sie wollen das nicht. Dazu darf ich Ihnen einmal sagen, was Peer Steinbrück am 29. Mai dieses Jahres zum Thema Schuldenbremse gesagt hat. Dass ich den mal zitiere, hätte ich auch nicht gedacht. Damals war er bekanntlich noch Finanzminister. Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten: Diese Koalition wird

mit der Verankerung einer neuen Schuldenbremse eine Entscheidung von historischer Tragweite treffen, eine Entscheidung ..., die die finanzielle Handlungsfähigkeit des Staates insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Generationengerechtigkeit sichern und nicht einschränken soll.

(Beifall von FDP und CDU – Marc Jan Eumann [SPD]: Und der Schäuble macht gerade 100 Milliarden € Schulden!)

So der damalige Bundesfinanzminister Peer Steinbrück.

Sie sind nicht bereit, diesen Weg hier mitzugehen. Sie machen selbst in der Opposition so weiter, wie Sozialdemokraten über Jahrzehnte Haushaltspolitik betrieben haben: Was morgen kommt, interessiert uns nicht, wir wirtschaften auf Kosten der nachfolgenden Generation. – Das ist – das erschreckt mich sehr – offenbar nach wie vor das Credo der Sozialdemokraten. Wir werden Ihnen das nicht durchgehen lassen, Frau Kollegin Kraft.

Meinen Sie nicht, dass das Thema Schuldenbremse gewissermaßen jetzt schon abgehakt sei! Bis zum 9. Mai werden Sie sich immer wieder dazu einlassen müssen, weshalb diese Schuldenbremse nicht wollen und Sie weiterhin auf eine Verschuldungspolitik zulasten kommender Generationen setzen.

(Vereinzelt Beifall von FDP und CDU – Hannelore Kraft [SPD]: Spärlicher Applaus!)

Ich darf zu einem nächsten Punkt kommen. Beim Thema Kommunalfinanzen sind Sie schon seit Wochen unterwegs und verdrehen die Fakten. Das haben Sie auch heute wieder durchscheinen lassen. Die Botschaft, die Sie und Herr Groschek – er sitzt zwar jetzt in Berlin, trommelt hier aber immer noch und äußert sich zu Haushaltsfragen, was ich bemerkenswert finde – zur Lage der Kommunalfi-

nanzen vorgetragen haben, ist grundfalsch. Ich sage noch einmal, weil Sie ja Fakten eingefordert haben: Den Kommunen ging es in Nordrhein-Westfalen noch nie so gut wie in diesen Jahren. Das ist die Realität.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP] – Lachen von Hannelore Kraft [SPD])

Von 2006 auf 2007 sind die Zuweisungen des Landes aus dem Steuerverbund um 15,6 % gestiegen, von 2007 auf 2008 um 12,7 % und von 2008 auf 2009 nochmals um 18,7 %. Im Zeitraum von 2005 bis 2009 haben die Kommunen in Nordrhein-Westfalen unter unserer Regierungsverantwortung fast 13 % mehr an Zuweisungen aus dem Steuerverbund bekommen als im Zeitraum von 2000 bis 2004 unter Ihrer Regierungsverantwortung. Die Zuweisungen, die es in den letzten Jahren für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen gegeben hat, sind die höchsten in der gesamten Geschichte Nordrhein-Westfalens. Das ist die Realität.

(Beifall von FDP und CDU)

Hinzu kommt – das haben die kommunalen Spitzenverbände ausdrücklich positiv festgestellt –, dass wir mit dem kommunalen Investitionsprogramm fast jeden Euro an die Kommunen weitergegeben haben.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Fast!)

Mit 2,4 Milliarden € sind 84 % an die kommunale Familie weitergeleitet worden – so viel wie in keinem anderen Bundesland. Diese Mittel kommen in diesem und im nächsten Jahr, letztlich auch mittelfristig, den Kommunen für Investitionen in Bildung und Infrastruktur vor Ort direkt zugute.

Das Land Nordrhein-Westfalen hilft den Kommunen, wo es kann. Aber der Innen- und Kommunalminister hat zu Recht darauf hingewiesen, dass wir von den Kommunen auch eigene Konsolidierungsbemühungen erwarten.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ach, machen die ja auch nicht!)

Anders kann das wohl auch nicht funktionieren. Vor dem Hintergrund, Frau Kollegin Kraft, ist es bemerkenswert, dass sich überwiegend diejenigen Kommunen beschweren, die in besonderen Haushaltsnöten sind. Das sind in aller Regel die, die besonders lange von SPD und Grünen regiert werden.

(Beifall von FDP und CDU – Lachen bei den GRÜNEN)

Wenn man sich diese einzelnen Kommunen einmal anschaut – Oberhausen, Bochum, Herne –, sind sie in der Pro-Kopf-Verschuldung ganz oben mit dabei.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Fragen Sie mal Herrn Jung aus Wuppertal! Fragen Sie mal in Solingen nach!)

Das sind diejenigen, die ihre eigenen kommunalen Haushalte in Grund und Boden gewirtschaftet haben, jetzt nicht mehr weiterkönnen und sagen: Das Land ist schuld; die sollen uns gefälligst mehr Geld geben. – So wird das nicht funktionieren.

Zu dieser Kette von Beispielen sozialdemokratischer Kommunen gehört natürlich auch Dortmund. Das, was wir dort nach der Kommunalwahl erlebt haben, dass 24 Stunden nach der Kommunalwahl eine Haushaltssperre verhängt werden muss, weil über Nacht ein 100-Millionen-€-Loch aufgetaucht ist, passt sich ein in die verheerende Haushaltspolitik sozialdemokratisch geführter Kommunen.

Dieses Beispiel erwähne ich hier noch einmal, Frau Kollegin Kraft, weil es ja einen besonderen Bezug dieser Vorkommnisse aus Dortmund zu Ihrer Führungsverantwortung in Nordrhein-Westfalen im Landtag, aber auch zu Ihrer Rolle als Vorsitzende der nordrhein-westfälischen SPD gibt.

Es ist erkennbar – die Presse hat ausführlich darüber berichtet –, dass der unter Vortäuschung falscher Tatsachen gewählte Dortmunder Oberbürgermeister Sierau entschlossen war, sein Amt niederzulegen, und dann durch Sie persönlich in einer Nacht- und Nebelaktion – Sie sind nach Dortmund gefahren – mit Durchhalteparolen dazu gebracht worden ist, wider besseren Wissens und besserer Überzeugung weiterzumachen, Frau Kollegin Kraft.

(Beifall von der FDP)

Das hat die Presse im Einzelnen recherchiert. Sie haben in einer Situation, in der die Menschen in Dortmund gesagt haben „Wir sind betrogen worden“, Durchhalteparolen ausgegeben. Sie haben die Dortmunder SPD in Ihrer Bunkermentalität bestärkt. Deshalb ist das, was dort passiert ist, auch Ihre persönliche Verantwortung, Frau Kollegin Kraft.

(Beifall von FDP und CDU)

Dass Sie sich hinterher hinstellen und sagen, der neue Dortmunder OB sei ja ein Paradebeispiel für neue Offenheit und Transparenz,

(Lachen von der CDU)

setzt dem Ganzen wirklich noch die Krone auf. Wir werden ja sehen, meine Damen und Herren, wie die Menschen bei der Neuwahl darauf reagieren werden. Jetzt geben Sie wieder Durchhalteparolen aus. Ich bin der Überzeugung, die Menschen werden sehr differenziert mit dem umgehen, was ihnen die Sozialdemokraten vor der Kommunalwahl dort aufgetischt haben.

Ich finde es auch bemerkenswert, dass die SPD in dieser Debatte kein einziges Wort zu ihrem Verhältnis zur Linkspartei gesagt hat. Das ist ja keine Kleinigkeit, meine Damen und Herren. Wir stehen ein halbes Jahr vor der Landtagswahl. Die Men-

schen in Nordrhein-Westfalen wollen doch wissen, wofür die einzelnen Parteien stehen. Sie wollen die Parteien inhaltlich verorten können, aber natürlich auch strategisch. Bei uns wissen die Bürgerinnen und Bürger, woran sie sind. CDU und FDP wollen die erfolgreiche Koalition der zurückliegenden viereinhalb Jahre auch nach dem 9. Mai fortsetzen.

(Beifall von FDP und CDU)

Was, Frau Kollegin Kraft, will die SPD? – Sigmar Gabriel war da in der Tat offener. Er hat in Berlin vor Dutzenden von Journalisten gesagt, er sehe da gar kein Problem. Die SPD in Nordrhein-Westfalen habe doch mit den Grünen und der Linkspartei eine eigene klare Machtoption. So Ihr neuer Parteivorsitzender in Berlin. Meines Erachtens spricht er das aus, was in der SPD in Nordrhein-Westfalen längst verabredet ist. Sie sind bereit, und darüber werden die Menschen am 9. Mai auch entscheiden, hier mit einer wirren Truppe von kommunistischen Sektierern zusammenzugehen, die mit Fug und Recht seit Jahren vom Verfassungsschutz beobachtet werden

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Besser, als mit einer ex-braunen Truppe!)

und die von der eigenen Linkspartei in Berlin als Hort des Wahnsinns bezeichnet wird.

Ich darf Ihnen einmal vorlesen – ich finde, dass ist kaum zu toppen –, was Gregor Gysi gesagt hat, als ihn die „Bild“-Zeitung nach seiner Haltung zum Wahlprogramm der Linkspartei in NRW befragt hat. Da war die Reaktion von Gregor Gysi – ich zitiere ihn nach der „Bild“-Zeitung –:

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Die „Bild“-Zeitung lügt!)

Es muss klar sein, dass wir aus der Geschichte gelernt haben.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Und Sie lügen auch!)

Es muss auch klar sein, dass eine Diktatur mit uns nicht mehr machbar ist, unter keinen Umständen. Und dass wir gegen sie kämpfen würden, selbst wenn sie sich links nennt.

Gregor Gysi höchstselbst ist offenbar so erschrocken über das, was die Linke hier in Nordrhein-Westfalen will,

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Das hat er nie gesagt!)

dass er vor demokratiefeindlichen Tendenzen ausdrücklich warnt, Herr Kollege Sagel.

(Beifall von FDP und CDU)

Und mit solchen Leuten wollen Sie zusammenarbeiten, mit den Sagels & Co., Frau Kollegin Kraft?

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

– Herr Kollege Becker, die Grünen sind auch nicht besser.

(Beifall von FDP und CDU)

Die Grünen veranstalten ja auch so einen Schleiertanz. Letztlich – das sage ich auch hier in aller Deutlichkeit – wird das gelten, was Ihre „heilige Johanna“ Bärbel Höhn dazu vor einem halben Jahr auch der „Bild“-Zeitung gesagt hat. Wir werden erleben, welche Bedeutung diese Aussage auch von Frau Höhn in einem Jahr bekommen wird. Frau Höhn in einem Interview mit der „Bild“-Zeitung – ich zitiere –:

Wir Grüne müssen abwägen, in welchen Konstellationen wir unsere Ziele in NRW am besten durchsetzen können.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Genau, das werden wir tun!)

Wenn das in einer rot-grün-roten Koalition ist – warum nicht?

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Genau!)

Und weiter:

Wenn Rot-Grün-Rot möglich wäre, aber nicht zustande kommt, liegt das nicht an den Grünen.

So Bärbel Höhn.

(Beifall von FDP und CDU)

Das ist die Ausgangslage.

(Horst Becker [GRÜNE]: Alles besser als Papke!)

Frau Kollegin Löhrmann, Sie haben ja gleich Gelegenheit – Sie haben ja noch 45 Minuten Redezeit –, deutlich zu machen, dass die Grünen inzwischen über diese Position hinaus sind und eine Koalition mit Linksextremisten in Nordrhein-Westfalen für sie nicht infrage kommen wird.

Ich kann Ihnen versichern, wir gehen am 9. Mai des nächsten Jahres voller Optimismus und guten Mutes in die nächste Landtagswahl, und zwar ganz einfach deshalb, weil wir eine hervorragende Bilanz unserer Arbeit vorlegen können.

(Beifall von FDP und CDU)

Wir wissen, dass wir in fünf Jahren nicht all das bereinigen können, was in zehn Jahren Rot-Grün in unserem Land Nordrhein-Westfalen hinterlassen worden ist. Daran haben wir aber auch nie einen Zweifel gelassen. Wir haben von vornherein gesagt: Wir fangen jetzt mit dieser Herkulesaufgabe an, aber wir werden mehr als eine Wahlperiode benötigen. Aber die Zwischenbilanz, mit der wir uns dem Votum der Menschen in Nordrhein-Westfalen stellen werden, kann sich wirklich blicken lassen.

Und weil Sie, Frau Kollegin Kraft, wieder einmal versucht haben, die Dinge hier zu verdrehen, will ich nur einige ganz wesentliche Daten nennen, die

auch wirklich belastbar sind, die Sie dem Haushalt entnehmen können:

(Horst Becker [GRÜNE]: Jetzt kommt er zum Haushalt!)

eine Steigerung bei den Bildungsausgaben im Bereich Schule um 17,3 % von 11,88 Milliarden auf 13,94 Milliarden € – 8.124 Lehrerstellen mehr als 2005! Das ist im Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen nachzulesen, meine Damen und Herren:

(Beifall von FDP und CDU)

8.124 zusätzliche Lehrerstellen. Ich schicke Ihnen gerne die Stelle aus dem Haushaltsplan zu, Frau Kollegin Kraft, damit Sie nicht weiterhin Gefahr laufen, so einen Unsinn zu erzählen wie heute, es seien angeblich 5.000 Lehrerstellen entfallen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Ich habe nicht gesagt, dass die entfallen sind! Da haben Sie nicht zugehört!)

Es sind 8.124 zusätzliche Lehrerstellen.

(Beifall von der FDP)

Sie wollten 16.000 streichen; das habe ich Ihnen in früheren Debatten auch schon vorgelegt.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

Sie wollten 16.000 streichen; wir haben 8.124 Lehrerstellen hinzugefügt.

Im Bereich Hochschule: ein Plus von 600 Millionen €, das ist eine Steigerung um 22 %. Ich darf noch einmal zitieren, weil Sie gerade eine Brandrede gegen Studienbeiträge gehalten und insinuiert haben, die Hochschulen wären unterfinanziert. Natürlich wollen die Hochschulen gerne weitere Mittelzuwächse haben. Dafür wollen wir im Rahmen unserer Möglichkeiten auch Sorge tragen. Ich darf aus einem der Subjektivität und der Parteilichkeit unverdächtigen Dokument zitieren, aus dem Memorandum der nordrhein-westfälischen Hochschulrektoren zum Bologna-Prozess:

Durch die in den letzten Jahren verbesserte Finanzsituation der Universitäten in Nordrhein-Westfalen auch durch die Erhebung von Studienbeiträgen und die großen laufenden Anstrengungen der Landesregierung im Bereich des Hochschulbaus haben sich auch die allgemeinen Studienbedingungen in nur wenigen Jahren in einem ersten Schritt bereits verbessert.

(Beifall von der FDP)

Das ist doch wohl eine Aussage, die an Klarheit nichts zu wünschen übrig lässt, und sie wird durch einen weiteren Satz ergänzt:

Die Universitäten in Nordrhein-Westfalen nutzen daher ihre gewachsenen finanziellen Spielräume bereits jetzt für die Einstellung zusätzlichen

Lehrpersonals und werden dies in Zukunft noch weiter verstärken.

Das ist persönlich unterzeichnet von den Rektorinnen und Rektoren aller großen nordrhein-westfälischen Hochschulen.

Ich stelle Ihnen gerne, Frau Kollegin Kraft, dieses Dokument noch einmal zur Verfügung, damit Sie eine klare Orientierung haben, wie die Hochschulen die Situation sehen. Sie sind der neuen Landesregierung, die das unter Federführung des Innovationsministers Prof. Pinkwart hinbekommen hat, zu tiefst dankbar für die zusätzlichen Gestaltungsmöglichkeiten, die wir ihnen mit diesem Mittelzuwachs – auch über die Studienbeiträge – in den zurückliegenden Jahren ermöglicht haben. Das ist die Realität.

(Beifall von FDP und CDU)

Das gilt selbstverständlich auch für den Bereich der frühkindlichen Bildung: 11.800 Betreuungsplätze für unter Dreijährige in 2005. 2010 werden es 100.500 sein. Von 11.800 Betreuungsplätzen auf über 100.000 – das ist ein Zuwachs, den kein anderes Bundesland zu bieten hat.

(Beifall von Walter Kern [CDU])

2013 werden wir bei 144.000 sein. Dann haben wir eine Betreuungsquote von über 32 %. 2,8 % bei Ihnen, über 32 % bei uns, das sind Unterschiede, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen.

(Beifall von FDP und CDU)

Was die Bildungsausgaben insgesamt angeht, liegt Nordrhein-Westfalen jetzt an der Spitze aller Bundesländer. Die Bildungsausgaben machen bei uns inzwischen 40,5 % des Gesamthaushalts aus. Das ist der höchste Wert aller Bundesländer. Wir haben vor der Wahl gesagt: Unser Ziel ist es, Nordrhein-Westfalen zum Bildungsland Nummer eins zu machen. Wir sind auf dem Weg, das auch umzusetzen.

(Beifall von der FDP)

Wir jetzt schon das Land mit den höchsten Bildungsausgaben im Landeshaushalt, deutlich mehr als Bayern, deutlich mehr als Baden-Württemberg. Von anderen Ländern wie Sachsen-Anhalt will ich hier gar nicht sprechen.

Wir wissen auch: Wir haben noch viel zu tun. Wir haben den Unterrichtsausfall mehr als halbiert. Aber wir sind damit nicht zufrieden.

(Lachen von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Wir wollen die Klassen verkleinern. Wir wollen die Grundvoraussetzung dafür schaffen, dass die Kinder bei uns bestmöglich gefördert werden. Die Grundvoraussetzung dafür ist, die Schüler-Lehrer-Relation weiter zu verbessern. Es ist nicht in erster Linie eine Frage von Schulstrukturdebatten, ob die Kinder bestmöglich gefördert werden können, son-

dern in erster Linie eine Frage der Betreuungsrelation.

(Beifall von der FDP)

Je mehr Zeit der einzelne Pädagoge zur Verfügung hat, um sich um ein einzelnes Kind zu kümmern, desto besser sind hinterher die Bildungsergebnisse. Deshalb werden wir genau dort weitermachen, woran wir in den letzten Jahren gearbeitet haben.

Das gilt natürlich auch für die Verbesserung der Wachstums- und Investitionsbedingungen. Ich will auch darauf hinweisen: In einer Situation, in der die Wirtschaftskrise noch nicht überwunden ist, wird es in den nächsten Monaten eine wesentliche Aufgabe der Landesregierung, unterstützt durch die Koalitionsfraktionen, bleiben, alles zu tun, damit Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen erhalten bleiben und die Wachstumsdynamik in Nordrhein-Westfalen sich wieder stärker entfalten kann, damit weiter auch neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

(Beifall von der FDP)

Aber ich weise darauf hin, wo wir 2005 standen. Im Mai 2005 gab es in Nordrhein-Westfalen 1.061.066 Arbeitslose. Das war die höchste Arbeitslosigkeit in der langen Geschichte Nordrhein-Westfalens. Jetzt, im November 2009, mitten in der schlimmsten Wirtschaftskrise, die unser Land je erlebt hat, haben wir 777.589 Arbeitslose. Das sind immer noch zu viele, aber es sind mitten in der Wirtschaftskrise 27 % weniger Arbeitslose als am Ende Ihrer Regierungszeit.

(Beifall von FDP und Walter Kern [CDU])

Das sind Fakten, die wir den Menschen auch verdeutlichen werden.

Der Grund dafür ist: Nordrhein-Westfalen ist wieder auf dem Weg zu alter Stärke. Wir haben vor der letzten Wahl gesagt: Dieses Land bleibt bei Weitem unter seinen Möglichkeiten. Das lag nicht an den Menschen. Die waren immer mindestens genauso leistungsstark wie die in den anderen Bundesländern. Es lag an der schlechteren Regierung, es lag an den schlechteren Rahmenbedingungen, unter denen die Menschen ihre Potenziale und ihre Kreativität nicht haben entfalten können.

Diese Rahmenbedingungen haben wir verändert. Das schlägt sich in allen Bewertungsmaßstäben nieder: bei der Bildung, auf dem Arbeitsmarkt, bei der Wachstumsdynamik. Wenn ich mir anschau, dass wir jetzt – das war uns ein besonderes Anliegen – 32 % weniger jugendliche Arbeitslose unter 25 Jahren haben, Herr Minister Laumann, als noch im Frühjahr 2005, muss das hier auch einmal Erwähnung finden: 32 % weniger!

(Beifall von FDP und Walter Kern [CDU])

Ob Sie das nun mögen oder nicht, Frau Kollegin Kraft – ich kann nachvollziehen, dass Sie es nicht mögen –: Unsere Bilanz ist hervorragend. Wir wer-

den mit einer Zwischenbilanz unserer Arbeit in die Landtagswahl gehen, die die Menschen auch durchaus kritisch bewerten sollen. Wir werden offen sein für die Diskussion darüber, was wir hätten besser machen können und was wir in der nächsten Legislaturperiode noch besser machen sollen. Wir behaupten nicht, dass wir in der Lage sind, in jedem Gestaltungsbereich der Landespolitik immer sofort das Optimum herauszufiltern. Das haben wir nie gesagt. Wir haben gesagt, dass wir um die Grundausrichtung der Politik wissen und nicht auf Staatswirtschaft, sondern auf soziale Marktwirtschaft setzen. Wir haben unsere Koalitionsvereinbarung mit „Freiheit vor Gleichheit“, „Privat vor Staat“ und „Erwirtschaften vor Verteilen“ überschrieben.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

– Ja, Frau Kollegin Löhrmann, diese Politik war erfolgreich. Das sage ich Ihnen jetzt am Ende der Wahlperiode. Das haben wir uns nicht nur vorgenommen, sondern das ist das Resultat einer Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung. Das Resultat lautet, dass wir in Nordrhein-Westfalen fast 300.000 zusätzliche Arbeitsplätze haben. Das ist das Ergebnis von Wachstumspolitik.

(Beifall von FDP und Helmut Stahl [CDU])

Die SPD hat dem nichts entgegenzusetzen – gar nichts! Frau Kollegin Kraft, wir haben auch heute wieder vergeblich auf Alternativvorschläge von Ihnen gewartet. Das Einzige, was Sie im Landtagswahlkampf plakatieren können, ist: Ob Sonne, Schnee oder Regen – die SPD ist immer dagegen.

Wir haben jetzt viereinhalb Jahre auf Ihre Alternativvorschläge gewartet, und Sie sind sie uns sogar in der letzten Generaldebatte dieser Wahlperiode immer noch schuldig geblieben. Das Einzige, was Sie wie eine Monstranz vor sich hertragen, ist, dass wir spätestens 2012 den Sockelbergbau fahren müssen. Wissen Sie, dass in diesem Land außer Ihnen keiner mehr vom Sockelbergbau redet? Das Thema ist durch.

(Beifall von FDP und CDU)

Es gibt keine Mehrheit in Deutschland für den Irrsinn eines Sockelbergbaus, der jedes Jahr mindestens 1,6 Milliarden € kosten würde. Vergessen Sie das! Sagen Sie den Bergleuten endlich die Wahrheit. Die Wahrheit lautet, dass der subventionierte Steinkohlebergbau ausläuft. In der nächsten Wahlperiode werden wir schauen müssen, ob wir diesen Ausstieg unter der Bedingung der Sozialverträglichkeit – niemand soll entlassen werden – nicht noch weiter beschleunigen können. Denn jeder Monat, den wir früher Schluss machen mit dem subventionierten Steinkohlebergbau, verbessert die investierten Möglichkeiten für Bildung, für Forschung und Technologie in Nordrhein-Westfalen weiter.

Zum Schluss darf ich noch auf einen Punkt hinweisen, den ich in Ihrer Rede, aber auch in den letzten Monaten enttäuschend fand: Ihre Haltung zur Industriepolitik in Nordrhein-Westfalen, Frau Kollegin Kraft. Wir hatten über viele Jahre und Jahrzehnte einen Konsens, wenn es um industriepolitische Grundfragen des Landes Nordrhein-Westfalen ging. Auch in der letzten Wahlperiode, als wir noch in der Opposition waren, haben wir Wolfgang Clement und Peer Steinbrück bei diesen Grundfragen immer unterstützt. Davon haben Sie sich jetzt verabschiedet. Ihre eigenen Leute, die Gewerkschaften, verstehen nicht, weshalb die SPD die Regierung nicht bei ihren Bemühungen unterstützt, dass das neue Kohlekraftwerk in Datteln gebaut werden kann.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir wollen, dass dieses Projekt realisiert wird. Das Planverfahren muss nachgearbeitet werden; das ist gar keine Frage. Wir wollen, dass auch in Zukunft neue Kohlekraftwerke in Nordrhein-Westfalen gebaut werden können. Die besten Kohlekraftwerke mit dem höchsten Wirkungsgrad und den geringsten CO₂-Emissionen gehören nach Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Unter 50 % Wirkungsgrad!)

Dieses klare Bekenntnis zu unserem Industriestandort haben Sie wieder einmal vermissen lassen; von denen Grünen ist das ohnehin nicht zu erwarten. Ich darf darauf hinweisen, dass die Grünen jetzt in ihr Landtagswahlprogramm geschrieben haben: Neue Kohlekraftwerke in Nordrhein-Westfalen sollen überhaupt nicht mehr gebaut werden dürfen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Das fordern Sie in einem Industrieland, dessen Wohlstand akut gefährdet wäre, wenn das, was Sie, meine Damen und Herren von den Grünen, ankündigen, Realität würde. Das wäre das Ende des Energie- und Industrielandes Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir alle wollen, dass der Anteil erneuerbarer Energien ausgebaut wird. Das kann man aber nicht mit Gewalt von heute auf morgen erzwingen. Sonst ist der Wohlstand Nordrhein-Westfalens akut bedroht. Mit uns wird es eine solche Politik nicht geben. Ganz im Gegenteil: Wir stehen auch in Zukunft für Verlässlichkeit in der Energie- und Industriepolitik. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Papke. – Ich möchte eine **Rüge** aussprechen. Sie betrifft den fraktionslosen Abgeordneten **Rüdiger Sagel**.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Danke!)

Der Ausruf „Sie lügen auch!“ ist unparlamentarisch, Herr Kollege Sagel. Deshalb erteile ich hiermit die Rüge.

(Beifall von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Wir kommen zur nächsten Rednerin. Ich kündige für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen deren Vorsitzende, Frau Löhrmann, an.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Umdeutung der Wirklichkeit geht bei der FDP so weit, dass sie sogar beim Fußball nicht halt macht. Ein Spiel hat bekanntermaßen zwei Halbzeiten. Herr Papke hat gerade so getan, als wäre mit einer Legislaturperiode von CDU und FDP erst die erste Halbzeit vorbei. Das Spiel ist aber vorbei. Sie haben nicht noch eine Halbzeit, sondern es wird abgerechnet, was Sie diesem Land viereinhalb Jahre lang angetan haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Stahl, Sie haben sich in einem gesteigert, und zwar in der Lautstärke.

(Gisela Walsken [SPD]: Ausschließlich!)

Aber ich habe den Eindruck, dass diese Mischung aus Durchhalteparolen und dem Abarbeiten an der Vorgängerregierung nur einem dienen sollte: dass Sie sich mit dem, was dieser Haushalt 2010 für das Land bedeutet, nicht auseinandersetzen müssen. Dafür war Ihre Rede ein Beleg.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das gleiche Motiv steckt doch hinter dieser Schuldenbremse. Seit dem Beitrag von Herrn Papke ist die Melodie, auf die wir uns einstellen können, klar. Sie verantworten heute einen Haushalt mit der höchsten Neuverschuldung, die es in der Geschichte Nordrhein-Westfalens je gegeben hat. 132 Milliarden € Defizit hat es in diesem Lande noch nicht gegeben. Und Sie reden von einer Schuldenbremse, der sich die Opposition verweigert. Nähmen Sie doch Ihre Ankündigung ernst und würden die mittelfristige Finanzplanung etwas seriöser darstellen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Gisela Walsken [SPD]: Seite 77!)

Damit wäre dem Land mehr gedient, als dass Sie sich an Ihrem Phantom der Schuldenbremse abarbeiten.

Ich habe schon gestern in der Debatte gesagt: Herr Steinbrück hat über den Bund gesprochen, der

bekanntermaßen über eigene Steuer- und Einnahmemöglichkeiten verfügt, die er schaffen und gestalten kann. Das mit einem Landeshaushalt zu vergleichen, der bekanntermaßen nur über sehr wenige eigene Steuerungsmöglichkeiten verfügt,

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

zeigt schon, wie unseriös Sie dieses Vorhaben angehen. – So viel zum Thema Schuldenbremse.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Papke, Sie haben sich meistens an der SPD, ein bisschen aber auch an uns abgearbeitet und das Schreckgespenst der grünen Radikalinskis an die Wand gemalt. Herr Krautscheid ist jetzt nicht da. Sie scheinen nicht miteinander zu reden; sonst hätte Herr Krautscheid Ihnen wohl erläutert, warum man sich im Rhein-Sieg-Kreis für die Grünen als Partner und nicht für die FDP entschieden hat, obwohl das rechnerisch möglich gewesen wäre.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Das sollte Ihnen doch zu denken geben. Vielleicht tauschen Sie sich darüber einmal aus, warum die Grünen für viele Menschen offenbar eine gute Wahl sind – siehe Telgte – und warum die Grünen für viele offensichtlich ein gefragter Regierungspartner sind, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN – Widerspruch von Rüdiger Sagel [fraktionslos] – Horst Becker [GRÜNE]: Eine Koalition der Mitte und der Vernunft!)

Frau Kraft hat mit einem Zitat aufgehört, das ich an den Anfang meines Beitrags stellen möchte.

(Zuruf von Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers)

– Das Zitat passt Ihnen nicht mehr.

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Doch!)

Das glaube ich Ihnen gerne, Herr Rüttgers. – Das Zitat lautet:

Eine typisch neoliberale Doktrin ist die Vorstellung von den Steuersenkungen, die automatisch zu mehr Arbeitsplätzen führen. Das Problem ist nur: Die Wirklichkeit sieht anders aus.

Das ist die Lebenslüge Nummer eins, formuliert von Ministerpräsident Rüttgers. Das stammt nicht von Oscar Lafontaine als Kommentar zum Koalitionsvertrag oder von Jürgen Trittin zum Wachstumsbeschleunigungsgesetz. Nein, das stammt von demselben Jürgen Rüttgers, der gerade die Steuergeschenke der schwarz-gelben Koalition im Bund vehement verteidigt, weil sie angeblich Wachstum und Arbeitsplätze schaffen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das ist derselbe Jürgen Rüttgers, der uns weismachen will, er könne die 885 Millionen € Minderein-

nahmen für NRW mal eben aus der Portokasse zahlen.

Herr Ministerpräsident, wie wäre es, wenn Sie sich mal entscheiden würden? Was denn nun: Hüter der sozialen Marktwirtschaft oder neoliberaler Doktrinär? Arbeiterführer oder Interessenvertreter der Besserverdienenden? Ordnungspolitiker oder Klientelbediener? Alles gleichzeitig funktioniert nicht, Herr Ministerpräsident.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie müssten sich eigentlich endlich einmal entscheiden, damit die Menschen wissen, woran sie bei Ihnen sind.

Ich will Ihnen die Antwort sagen: Sie haben keinen ordnungspolitischen Kurs. Sie sind ein Mann ohne Eigenschaften. Die Koordinaten Ihrer Koalition, die wir heute für die vergangenen fünf Jahre bilanzieren, waren schon immer falsch: „Privat vor Staat“ und all das, was Herr Papke gerade noch einmal wiederholt hat. Angesichts der Krisen, mit denen wir konfrontiert werden, wird immer offensichtlicher, wie brüchig Ihre Aufstellung hier in Nordrhein-Westfalen ist. Sie sind im Grunde genommen mit Ihrem Latein am Ende. Sie haben keinen Zukunftsentwurf für Nordrhein-Westfalen. Darum handeln Sie planlos. Darum handeln Sie verantwortungslos.

Herr Ministerpräsident, wenn Sie morgen im Bundesrat für diese unsinnigen und unbezahlbaren Steuergeschenke stimmen, ist das auch eine Entscheidung. Damit entscheiden Sie sich gegen die soziale Marktwirtschaft,

(Beifall von der SPD)

gegen die Interessen der Menschen und gegen jede steuerpolitische Vernunft.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Dann folgen Sie genau der neoliberalen Doktrin, die Sie selbst in Ihrem Buch als Lebenslüge Nummer eins bezeichnet haben. Das ist die Widersprüchlichkeit des Ministerpräsidenten des größten Bundeslandes, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das ist nicht glaubwürdig, sondern Show. Das hat keine Substanz. Es ist alles Image, kein Programm. Das Haushaltskapitel der Staatskanzlei bekommt die Überschrift: Preise, Pomp und Propaganda.

Der Haushaltsentwurf ist die Bilanz dieser Regierung. Wie sagte doch der Finanzminister so schön zu Beginn seiner Amtszeit bei der Einbringung des Nachtragshaushalts für 2004/2005 – ich zitiere –:

... eine Bilanz hat im Geschäftsleben unter anderem die Funktion, bei Kapitalgebern und Kunden für das nötige Vertrauen in die Seriosität des Unternehmens zu sorgen. Das gelingt aber nur dann, wenn die Bilanzzahlen stimmen und die

Geschäftsprognosen nachher der rauen Wirklichkeit auch tatsächlich standhalten.

Der Finanzminister des Jahres 2009 sagt: Wir werden nicht genötigt sein, die Nettoneuverschuldung des Jahres 2010 zu erhöhen. – Wollen Sie ernsthaft behaupten, Herr Dr. Linssen, dass das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, das eigentlich Schuldenbeschleunigungsgesetz heißen müsste, mit seinen Milliardenverlusten für Nordrhein-Westfalen keinerlei Auswirkung auf den Landeshaushalt hat? Wollen Sie das ernsthaft behaupten, Herr Finanzminister?

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Solche Aussagen sind weder seriös, noch sorgen sie für Vertrauen.

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Sagen Sie doch mal, warum!)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist nicht zu fassen. Noch nie hat eine Landesregierung die Interessen Nordrhein-Westfalens gegenüber Berlin so verraten wie die Regierung Rüttgers-Pinkwart –

(Beifall von den GRÜNEN)

und alles nur, damit Sie bis zum Mai 2010 Ruhe haben. Das ist die einzige Erklärung, die einigermaßen plausibel ist. Alles andere ist nicht zu erklären.

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Sie haben es – heute Morgen konnte ich es nachlesen – in schonungsloser Offenheit in einem Interview in der „Westdeutschen Zeitung“ zugegeben, Herr Ministerpräsident. Dort steht als Überschrift: „Bis Mai herrscht in Berlin Ruhe“.

(Gisela Walsken [SPD]: Jetzt haben wir es schriftlich!)

Das ist das Ziel. Darum haben Sie auch nicht – anders als andere Ministerpräsidenten – versucht zu retten, was zu retten ist.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das Paket, dem Sie morgen im Bundesrat Ihren Segen geben wollen, belastet Nordrhein-Westfalen in Milliardenhöhe: das Land genauso wie die vor dem Ruin stehenden Städte und Gemeinden. Sie unterhöheln mit dieser Politik systematisch die Handlungsfähigkeit des Staates. Sie versuchen, die Öffentlichkeit zu täuschen. Die Belastungen von Nordrhein-Westfalen, vom Ministerpräsidenten höchstselbst in einer Pressekonferenz auf 885 Millionen € allein für 2010 beziffert, tauchen im Haushaltsentwurf nicht auf. Das ist Haushaltspolitik voller Trug, Tricks und Täuschungen, meine Damen und Herren.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Sie müssen zuhören!)

Wie war das mit dem Kaufmannsgehabe zu Beginn der Legislatur? Dazu taugen Sie nicht mehr. Sie sind kein ehrlicher Kaufmann, Herr Dr. Linssen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Selbst wenn Ihre Tricks und Täuschungen funktionieren, wenn Sie also mehr Einnahmen haben, als bislang prognostiziert, selbst wenn Sie ein bisschen von den milliardenschweren Mindereinnahmen durch die Bundesregierung auffangen können, bleibt Fakt: Auch diese Mehreinnahmen fließen wiederum nicht in den Abbau der Neuverschuldung, wie in grauer Vorzeit von dieser Regierung angekündigt, sondern in Steuergeschenke der schwarz-gelben Bundesregierung.

Da hilft noch einmal ein Blick zurück in Ihre Regierungserklärung aus dem Jahr 2005. Danach haben Sie nicht mehr viele Regierungserklärungen abgegeben; das haben Sie nicht mehr hinbekommen.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Ich zitiere:

Wir werden den Haushalt des Landes sanieren. Das geht nicht in einer Legislaturperiode, aber es geht. Deshalb gibt es auch keine politischen Geschenke. Deshalb gibt es keine Konjunkturprogramme. Deshalb gibt es keine Leuchtturmprojekte.

Herr Ministerpräsident, was, wenn kein Steuergeschenk für eine kleine Gruppe, ist denn der gesenkte Mehrwertsteuersatz für Hotelübernachtungen? Was ist das denn anderes, Herr Ministerpräsident?

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Was ist denn mit den reichen Erben? Auch das ist doch ein politisches Geschenk. Ein weiteres Zitat aus Ihrer Regierungserklärung:

Die neue Landtagsregierung vertritt die Interessen aller Menschen Nordrhein-Westfalens, nicht nur einzelner Gruppen.

Ja, glauben Sie eigentlich, dass es die Menschen nicht merken, dass Sie sie auf den Arm nehmen, auch beim Kindergeld? 480 € pro Jahr für Kinder von Spitzenverdienern, 240 € für Kinder von Normalverdienern, 0,0 € für Kinder aus Hartz-IV-Familien. Das heißt es, wenn Sie sagen, Sie begünstigen keine einzelnen Gruppen. Das ist es, was diese Kindergelderhöhung in Wirklichkeit für die Menschen bedeutet.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das folgt der Devise: Was schert uns die Armut? Jetzt sind mal die Reichen dran. – Das ist die Politik von Schwarz-Gelb, und das, Herr Dr. Rüttgers, ist auch Ihre Politik.

(Zuruf von Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Mein Gott!)

– Ja, Sie müssen sich schon damit auseinandersetzen, ob Sie die Versprechen, die Sie zu Beginn der Legislaturperiode gegeben haben, eingehalten haben oder nicht. Dazu dienen heute diese Abschlussbilanz und diese Debatte.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich erinnere an ein weiteres Versprechen: „Es gibt keine politischen Geschenke.“

Noch ein Satz aus Ihrer Regierungserklärung entpuppt sich angesichts der vergangenen fünf Jahre als eine Unverschämtheit:

Wir müssen die Wirklichkeit wieder so zur Kenntnis nehmen, wie sie ist. Verteilt werden kann nur das, was vorher erwirtschaftet wird. Das weiß jeder Privatmann. Und auch der Staat muss das wieder lernen. Wir müssen aufhören, mit ungedeckten Schecks zu bezahlen.

Auch das sagte Jürgen Rüttgers.

Herr Rüttgers, hören Sie auf damit. Keine Regierung hat jemals derart ungeniert ungedeckte Schecks über zig Milliarden Euro ausgestellt, wie es die Regierung Merkel/Westerwelle mit Ihrer Billigung und mit Ihrer Zustimmung gerade macht.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das ist sozusagen Ihr Beitrag zu den Koalitionsverhandlungen in Berlin: voller Einsatz für mehr Schulden für unser Land. – Sie sind in einem hohen Maße leichtfertig im Umgang mit politischen Geschenken, die sich Schwarz-Gelb auf Bundesebene ausdenkt.

Den Kuhhandel, den Sie mit der Bundesregierung für Ihre Zustimmung geschlossen haben – vor dem Herr Pinkwart gewarnt hat, zu dem es in den letzten Tagen gleichwohl gekommen ist –, hat die „Süddeutsche Zeitung“ gestern treffend kommentiert – ich zitiere –:

Mit diesem Gegengeschäft wird das Projekt aber noch grotesker, als es ohnehin schon ist. Die Bundesregierung macht Geschenke, die sie sich wegen des prekären Zustandes der Staatsfinanzen eigentlich gar nicht leisten kann. ... Die Regierung kompensiert also Mindereinnahmen, die es ohne sie erst gar nicht gegeben hätte. Damit aber werden die Geschenke für den Bund selbst noch teurer als gedacht, ... Am Ende werden die Steuerzahler die Rechnung bezahlen müssen ... Der Beschenkte zahlt also sein Geschenk selbst.

Das ist die ganze Wahrheit über den Kuhhandel und über die stümperhafte Regierungs- und Steuerpolitik, die in Berlin stattfindet.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Darüber hinaus steckt in diesem Kuhhandel ein riesiger Statistikswindel. Vor einem Jahr, beim ersten Bildungsgipfel, lag der zusätzliche Bedarf für Bildung und Forschung bei 60 Milliarden €. Jetzt

sind es auf einmal nur noch 15 Milliarden €, weil Sie einfach die Kosten für Pensionen, Bafög und fiktive Mieten für Schul- und Hochschulgebäude zu den bisherigen Bildungsausgaben dazugerechnet haben.

Damit versündigen Sie sich an der Zukunft unserer Kinder und an der Zukunft der Wissensgesellschaft. Das ist wirklich unerhört. Die Kanzlerin lädt zu einem Bildungsgipfel nach dem anderen, und dabei weiß sie ganz genau, sie ist eine Königin ohne Land. Mit dem Kooperationsverbot kann sie in der Bildungspolitik eigentlich gar nicht vernünftig handeln. Es wird immer deutlicher, dass das vorne und hinten nicht funktioniert. Sie haben keine Antwort darauf, wie diese vollmundig gegebenen Versprechungen einzulösen sind.

Wie Sie gegenüber Berlin aufgetreten sind, haben wir Grüne bei allen Haushaltskapiteln deutlich gemacht: Sie sind nach dem Motto „Wenn Ihnen noch etwas Unsinniges einfällt, packen Sie es in Nordrhein-Westfalen obendrauf, wir kriegen das schon irgendwie hin“ dort hingegangen. 885 Millionen € an Belastungen kommen im nächsten Jahr allein durch diesen Steuerwurfs auf Nordrhein-Westfalen zu.

Ja, meine Damen und Herren, wenn das so leicht zu verkraften ist, sollten Sie etwas anderes tun. Das beste Wachstumsbeschleunigungsgesetz für NRW wäre die sofortige Streichung der Studiengebühren. Das Geld würde nämlich von den Familien, die jetzt die Studiengebühren zahlen müssen, ausgehen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das würde sofort und direkt wirken, und es würde weniger als ein Drittel kosten.

Der Mehrwertsteuersatz für Hotelübernachtungen soll auf 7 % sinken. Das kostet 1 Milliarde €; für NRW ist der entsprechende Anteil zu berechnen – reine Klientelbedienung für einen bayerischen Provinzpolitiker und für die FDP, die das zur Bedingung für die Bildung der Koalition gemacht hat. Wenn man sich genau anguckt, ob das Investitionen auslöst, stellt man fest, es ist ein bürokratisches Monster.

Wir bekommen doch die Rückmeldung aus dem Hotelgewerbe: Der Mehrwertsteuersatz von 7 % für Hotelübernachtungen führt zu doppelter Rechnungsstellung. Die Wirtschaft beschwert sich schon, und es wird gesagt, es sei absurd, dass zwei Rechnungen ausgestellt werden müssten.

Eigentlich könnten Sie sich nun hierhin stellen und allen Hotelkunden ein richtig tolles Versprechen geben: Ihr bekommt für den gleichen Betrag bald die doppelte Anzahl Rechnungen. – Herr Ministerpräsident, das ist Ihr Beitrag zur Wachstumsbeschleunigung. Wachstumsbeschleunigung der Zet-

telwirtschaft – das ist meine Zusammenfassung dieser Absurdität.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Dieser Unfug wird wirklich nur noch vom Betreuungsgeld übertroffen. Herr Rüttgers, Herr Pinkwart, Herr Laschet, Sie wissen doch, dass das absoluter Quatsch ist. Das haben Sie in Interviews selbst erzählt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist eine Bildungsverhinderungsprämie. Alle Welt redet davon, dass die Kita zu einer Bildungseinrichtung werden muss und dass wir großen Wert darauf legen sollten, dass alle Kinder eine Kita besuchen. Wir wollen, dass die Kinder dort angemeldet werden; denn wir wissen, dass es auf den Anfang ankommt.

Und Sie, meine Damen und Herren, beschließen eine Prämie, die dafür sorgt, dass die Kinder zu Hause bleiben. Das, was Sie hier verantworten, und die Tatsache, wem Sie damit die Hand reichen, ist sozial- und bildungspolitisch eine Katastrophe.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es ist die ganz alte „Heimchen am Herd“-Politik, die Sie damit machen. Es ist wirklich nicht zu fassen, dass man sich im Jahr 2010 noch mit solch einem Blödsinn auseinandersetzen muss. Aber dazu schweigen Sie, die selbst ernannten Modernisierer der NRW-CDU. Von wegen „NRW kommt wieder“! NRW geht wieder – zurück in die Vergangenheit.

(Zuruf von der SPD)

All das wird sich massiv auf den Haushalt des Landes auswirken. All das hat mit Konjunkturförderung nichts, aber auch gar nichts zu tun.

2010 wird ein sehr hartes Jahr für Nordrhein-Westfalen. Herr Rüttgers, Sie geben auf der einen Seite den Sozialbeschwichtigten, aber in Wirklichkeit setzen Sie diese absurde Klientelpolitik mit durch. Milliarde um Milliarde wird als Belastung auf das Land gepackt und steht eben nicht für mehr Innovation, für mehr Bildung, für mehr Klimaschutz, für starke Kommunen zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, ich war gestern als örtliche Abgeordnete dabei, als wir die Petition von „Wuppertal wehrt sich“ entgegengenommen haben. Zehntausend Menschen haben unterschrieben. Sie wollen nicht länger zusehen, wie ihre Stadt schleichend vor die Hunde geht. Und morgen kommt auch der Wuppertaler Oberbürgermeister, Ihr Parteifreund, Jung, mit den anderen Nothaushaltskommunen aus dem Bergischen Land und dem Ruhrgebiet zur Landesregierung.

Herr Ministerpräsident; Herr Papke hat eben gesagt, die wären so lange von Rot-Grün angiert worden, die sollten sich mal ein bisschen anstrengen, dann ginge das schon. Das ist zynisch.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Zynisch!)

Das ist wirklich zynisch. Herr Ministerpräsident, nach den Gesprächen mit den Kommunalvertretern, gerade auch mit vielen CDU-Bürgermeistern, die wir führen, offenbar intensiver als Sie, haben wir den Eindruck gewonnen: Die Kommunen können nicht mehr. Sie werden sich mit schönen Worten auch nicht mehr abspeisen lassen. Sie brauchen eine Kommunalstrategie. Sie brauchen keine neue Kommunikationsstrategie für dieses Problem. Da müssen Sie systematisch dran.

Unsere Antwort heißt: Wir brauchen einen Altschuldenfonds für die überschuldeten Kommunen. Die soziale Spaltung der Städte muss systematisch angegangen werden.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wir brauchen endlich einen Rettungsschirm für unsere Kommunen, und zwar schnell. Wir müssen mit Blick darauf, was im nächsten Jahr noch zusätzlich auf die Kommunen zukommt, vorbeugen. Sie müssen doch wissen, was an konjunkturellen Einbrüchen kommen wird. Die Kommunen werden nicht mehr investieren können, weil das nächste Jahr für die Kommunen dramatisch bitter wird.

Im Regierungsbezirk Arnsberg werden im nächsten Jahr 80 % der Kommunen einen Nothaushalt haben. Statt dass Sie aufstehen und statt dass der Ministerpräsident wie Carstensen und andere in Berlin sagt: „Das geht nicht mehr, das können unsere Kommunen nicht tragen“, kuschen Sie mit Blick auf den Mai. Wenn die Landtagswahl vorbei ist, dann wird das ganze Elend sichtbar werden.

Noch einmal ein paar Zahlen: 2005 hatten wir kommunale Kassenkredite in Höhe von 10,2 Milliarden €. Am Ende dieses Jahres, nach vier Jahren, in denen Sie regieren, sind diese Kassenkredite von 10,2 auf 17 Milliarden € angestiegen. Jeden Monat kommen 250 Millionen € dazu. Herr Laumann, Sie können doch nicht abtun, dass das ernst zu nehmende Zahlen sind, die deutlich machen, dass die Kommunen aus diesen Problemen nicht herauskommen. Das ist eine bittere Situation, und Sie packen immer noch etwas oben drauf.

Ich habe noch nie eine Landesregierung erlebt, die die ökonomischen Interessen dieses Landes und seiner Kommunen gegenüber Berlin derartig verraten und hintangestellt hat, wie es diese Landesregierung tut.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Unabhängig von diesem Nichtangriffspakt mit der Kanzlerin haben Sie diesem Land Schaden zugefügt. Ja, Herr Ministerpräsident, Sie haben zu Beginn der Amtszeit versprochen, dass sich das Land verändern wird. Da haben Sie ausnahmsweise Wort gehalten. Das Land hat sich verändert, aber besser ist es nicht geworden.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Und zur Bilanz gehört auch dazu, was sich konkret jenseits der Frage, was mit den Steuern und der Berliner Seite ist, getan hat. Der Ministerpräsident versprach wörtlich: Bildungschancen dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

Kurze Zeit später führt der FDP-Hochschulminister Studiengebühren ein. Diejenigen, die sich, aus ärmeren Verhältnissen kommend, bis zum Abitur vorgekämpft haben, werden vom Studium abgeschreckt, weil sie vor den Schulden, die die Studiengebühren bedeuten, zurückschrecken. Dann wieder dieser Neusprech, den diese Regierung anwendet: Das ist kein Hochschulfreiheitsgesetz, das ist ein Bildungsabschreckungsgesetz, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Es gefällt Ihnen nicht, dass Sie die Zahlen auf den Tisch bekommen, dass eben 5.000 potenzielle Studierende nicht studieren, obwohl sie es könnten.

Noch ein schöner Satz: Kinder brauchen Aufmerksamkeit. Sie müssen gefördert und auch gefordert werden. Viele Kinder sind heute aber sich selbst überlassen. Ihnen fehlen Anregungen und Anleitungen. – Klasse! Doch die Wirklichkeit ist das Turbo-Abi. Das Gymnasium wird abgekoppelt von den anderen Schulen: noch mehr Selektion, noch weniger Durchlässigkeit, noch mehr Beschämung und noch mehr Ausgrenzung, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wir hatten ein anderes Modell. Wir, SPD und Grüne, hatten vom Grundsatz her ein völlig anderes Modell, in dem die Schulzeitverkürzung in die Jahrgangsstufe 11 gelegt worden wäre, was nicht dazu geführt hätte, dass Schulen über Nacht sozusagen zu Ganztagschulen werden, obwohl sie darauf überhaupt nicht vorbereitet sind, an denen es kein vernünftiges Essen gibt und anderes. Nach unserem Modell wären die Kinder älter gewesen. Jetzt sind die Kinder in den Klassen 6 und 7 mit dem Lehrstoff überfordert.

Bildung braucht Zeit, Zeit zum Lernen, Zeit zum Leben, Zeit zum Spielen und auch Zeit zur Muße. Aber Ihre Turbo-Ideologen, die das mit der Brechstange durchgezogen haben, haben davon keine Ahnung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es ist und bleibt ein bildungspolitischer und ein sozialpolitischer Skandal, dass Kinder in unserem Land vom Ganztage abgemeldet werden, weil die Eltern sich das Mittagessen nicht leisten können. Das ist und bleibt ein bildungspolitischer Skandal, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Rüttgers sagte in seiner Regierungserklärung, dass das Gelingen der Integration für die Zukunft unserer Gesellschaft entscheidend sei. Was ist passiert? Wen hat man da im Blick? Alle Mittel für den Flüchtlingsrat Nordrhein-Westfalen wurden gestrichen, Mittel für Flüchtlingsberatung in Abschiebehaftanstalten gekürzt, und dann gibt es noch das Kopftuchverbot an Schulen. Nordrhein-Westfalen ist in Ihrer Zeit weniger weltoffen geworden.

Rüttgers fordert: Nordrhein-Westfalen soll auch in Zukunft das soziale Gewissen Deutschlands sein. – Doch wie sieht die Wirklichkeit aus? Die Schere zwischen Arm und Reich ist größer geworden. Obdachlose bekommen fast keine Landeshilfe mehr. Arbeitslosenzentren schließen reihenweise, weil das Land ihnen kein Geld mehr gibt.

In Pulheim kostet der Kindergartenplatz bis zu 270 €, in Solingen bis zu 360 €, in Bochum bis 770 €, in Wülfrath bis 840 €. In Wesseling müssen Eltern mit einem Jahreseinkommen bis zu 40.000 € nichts für den Kindergartenplatz bezahlen, in Geldern kostet der Platz schon ab 0 € Einkommen Geld. In Düsseldorf wird der Beitrag abgeschafft. Das zeigt, wie weit die Spreizung bei den Kindergartenbeiträgen in diesem Land geworden ist, weil Sie eine Steuerung durch das Land abgeschafft haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Damit haben Sie den Kommunen etwas aufgebürdet, und Sie haben vor allem völlig ungleiche Verhältnisse in Nordrhein-Westfalen geschaffen. Nordrhein-Westfalen ist unsolidarischer geworden. Die Kluft zwischen reichen und armen Gemeinden wächst. Die soziale Spaltung hat zugenommen.

Mit Blick auf Innenminister Wolf sollte sich die marktradikale FDP nicht nur Sorgen um ihr „F“ für Freiheit machen, sondern auch um ihr „D“ für Demokratie.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Dr. Gerhard Papke [FDP]: Oho! Was ist das für ein unglaublicher Blödsinn!)

Der Innenminister hat die Stichwahlen abgeschafft. Er hat die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst drastisch beschnitten. Er hat sich an der Online-Überwachung versucht. Er hat das Widerspruchsverfahren beseitigt.

(Fortgesetzt Unruhe)

Er hat den Kommunen Milliarden geraubt, und er hat die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen massiv eingeschränkt.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das stimmt doch nicht!)

All dafür ist der Innenminister dieses Landes verantwortlich, ob Sie das hören wollen oder nicht.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich weiß, dass Sie das nicht so gerne hören wollen. Guido Westerwelle hat uns versprochen, er würde einmal Kult. Ich finde, er ist nur Kult geworden in der Tatsache, dass er sich vom Verfassungsgericht eine Klatsche nach der nächsten abholt. Wenn das der Kultstatus ist, den Sie meinen, dann gute Nacht FDP.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Dr. Gerhard Papke [FDP]: Sie haben doch die Klatsche bekommen!)

Mit dieser FDP an der Macht ist Nordrhein-Westfalen undemokratischer geworden.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Sie sind doch vor dem Verfassungsgericht gescheitert, Frau Kollegin!)

– Ach, lieber Herr Papke,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: „Lieber“?)

das wissen Sie doch selbst, dass das eine miese Bilanz ist. Deswegen hört man auf den Fluren, dass Ingo Wolf ausgetauscht wird und dass Sie diesem Land als Wirtschaftsminister drohen, wenn es denn zu einer Fortsetzung von Schwarz-Gelb in Nordrhein-Westfalen kommt.

(Unruhe – Rainer Schmeltzer [SPD]: Dann geht es ja noch weiter bergab!)

Freuen Sie sich doch, dass ich so ein bisschen zu Ihrer Karriere beitrage.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das habe ich nicht verdient!)

– Das haben Sie nicht verdient. Das haben Sie sich vielleicht auch nicht gewünscht, Herr Dr. Papke.

(Zurufe von der SPD)

– Die haben schon Angst. Die kriegen schon das Grausen auf der linken Seite.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das kriege ich auch, wenn ich Ihnen so zuhöre!)

Herr Ministerpräsident, Sie haben ein weiteres Versprechen gemacht, die Menschen würden gesünder leben in Nordrhein-Westfalen. Die Wirklichkeit sieht anders aus: PFT im Trinkwasser, Zerschlagung der Umweltbehörden, Bayer-CO-Pipeline, Gehampel beim Thema Umweltzonen, Gammelfleischskandal, keine Ampelkennzeichnung bei Lebensmitteln. Wo der Staat Menschen präventiv schützen müsste, da haben Sie „Privat vor Staat“ zum Motto gemacht und das voll und ganz durchgezogen. Es ist wirklich fatal, was Sie im Bereich Umweltschutz angerichtet haben. NRW ist ungesünder, giftiger und gefährlicher geworden, meine Damen und Herren. Das ist die Bilanz von Herrn Uhlenberg.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Minister Karl-Josef Laumann: Oho!)

Die Haushaltszahlen sind eindeutig. Ich nehme für die schwarz-gelbe Bilanz dieselben Kennziffern, die Finanzminister Linssen 2005 für seine Bilanz von Rot-Grün genommen hat. Gesamtverschuldung: 30. Juni 2005 106,8 Milliarden €, Ende 2010 mindestens 130 Milliarden €. Das ist ein Plus von 23,2 Milliarden € in fünf Jahren. Die Pro-Kopf-Verschuldung steigt seit 2005 kontinuierlich an, um über 1.100 € auf 7.249 € im Jahr 2010. Dann reden Sie von Schuldenbremse, um von dieser Verschuldung abzulenken, die Sie systematisch in die Höhe getrieben haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Haushaltsvolumen: 2005 waren es noch 49,4 Milliarden €, 2010 sind es 53,1 Milliarden €, eine Steigerung von 7,5 % in nur fünf Jahren. Das hätten wir uns mal trauen sollen!

Die laut Finanzminister Linssen viel zu geringe Investitionsquote von Rot-Grün ist unter Jürgen Rüttgers und Herrn Pinkwart nicht angestiegen. Richtig gehört: gar nicht! Im Gegenteil, in den Jahren 2006 und 2007 ist sie sogar zurückgegangen.

Diese Zahlen sind für eine Regierung, die mit dem Versprechen angetreten ist, Haushaltssanierung zu betreiben, eine desaströse Bilanz, meine Damen und Herren. Höchste Ausgaben aller Zeiten, höchste Verschuldung aller Zeiten, höchste Zinslast aller Zeiten – und das trotz dieses Raubzuges durch die Kommunen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Auch dazu möchte ich die Zahlen noch einmal nennen: In den Jahren 2000 bis 2004 hat Rot-Grün den Kommunen 34,4 Milliarden € über das GFG zugewiesen. Das ist genauso viel wie bei Schwarz-Gelb von 2005 bis 2009. Allerdings hatte Rot-Grün in dieser Zeit 174,6 Milliarden € an Steuereinnahmen und Schwarz-Gelb 192,7 Milliarden €. Das verschweigen Sie nämlich immer ganz gerne, wie viel Steuereinnahmen Sie mehr hatten. Das sind nämlich 18 Milliarden € bzw. 10 % mehr.

Davon haben die Kommunen in Nordrhein-Westfalen nichts abbekommen. Dazu kommt das Kinderförderungsgesetz, die Schülerfahrtkosten, die Kita-Beiträge, die Investitionen für Krankenhäuser. Ich könnte diese Liste fortsetzen, was Sie den Kommunen sozusagen durch Nebengesetze zusätzlich aufgebürdet haben.

Viele, auch aus Ihren Reihen, sagen und stöhnen: Sie sind die kommunalfeindlichste Landesregierung, die es in Nordrhein-Westfalen gegeben hat, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zuruf von der CDU: Das ist Unsinn!)

Und Sie sind auch dafür verantwortlich: Schwimmbäder schließen, Theater machen zu, Sportplätze

liegen brach, Spielplätze vermodern, Schulen und Kindergärten werden nicht saniert.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Unglaublich!)

Von Haushaltsehrlichkeit – siehe Steuergeschenke der Bundesregierung – keine Spur!

Nordrhein-Westfalen ist ärmer geworden.

Zu einem Thema hat der Ministerpräsident im Jahr 2005 gar keine Versprechungen gemacht: zum Klimaschutz. Dieses Wort kam damals in seiner Regierungserklärung erst gar nicht vor.

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Bis heute nicht!)

– Und bis heute auch nicht. – Auch hier schießt die für Nordrhein-Westfalen unselige FDP den Vogel ab. Da sprechen Abgeordnete im Parlament davon, dass es kein Grundrecht auf ein gleichbleibendes Klima gebe,

(Holger Ellerbrock [FDP]: Richtig!)

dass es auch auf dem Mars Klimawandel gebe und dort ja keine Menschen lebten.

Apropos FDP! Angesichts des Mottos „Privat vor Staat“: Was ist denn die staatliche Beschränkung der Höhe von Windrädern, die faktisch den modernen Ausbau der Windkraft verhindert? Was ist denn das anderes als staatliche Regelungswut, meine Damen und Herren?

(Holger Ellerbrock [FDP]: Menschenschutz!)

Ich glaube kaum, dass der CDU dieses Niveau gefällt.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Wir haben gestern gemerkt, wie peinlich es vielen Kolleginnen und Kollegen der FDP-Fraktion beim Thema Inklusion und bei dem verhinderten Kompromiss gewesen ist. Es war einmal mehr sichtbar, wie sehr die CDU-Kollegen im Grunde nicht so ganz glücklich sind mit dem, was sie sich da antun und was sie manchmal aushalten müssen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aber Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, haben eben auch nichts unternommen. Wir haben fünf verlorene Jahre beim Thema Erneuerbare Energien, fünf verlorene Jahre für die Kraft-Wärme-Kopplung und fünf verlorene Jahre für die energetische Gebäudesanierung. Stattdessen will diese Regierung um jeden Preis Klimakiller wie das größte europäische Kohlekraftwerk in Datteln ermöglichen und macht dafür eigene Gesetze.

Lieber Herr Wittke, der Weg nach Kopenhagen führt eben nicht über Datteln, sondern er führt über die drei „E“: Er führt über Einsparung, Effizienz und Erneuerbare. Meine Damen und Herren, das ist der Weg nach Kopenhagen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wer immer noch glaubt, es gebe Arbeitsplätze nur in Großkraftwerken und nicht auch in Kleinkraftwerken, der hat wirklich nicht verstanden, worauf es ankommt, wenn der Bundespräsident von einer grünen industriellen Revolution spricht, die wir voranbringen wollen und müssen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen verliert bei den Feldern der Zukunft den Anschluss. Das ist das Ergebnis von fünf Jahren Rüttgers/Pinkwart. Nordrhein-Westfalen wird schlecht regiert. Das ist die Bilanz der schwarz-gelben Politik.

Und das Personal? – Reichlich angeschlagen und verbraucht, schon nach einer Spielzeit! Über die Kriterien der Personalauswahl war ja ein sehr bezeichnender Satz zu lesen: Nur wegen Unfähigkeit tauscht Jürgen Rüttgers keinen Minister aus. – Ja, das merkt man.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Manfred Palmen [CDU]: So ein Quatsch!)

– Das stand in der Zeitung zu lesen. Ich halte das auch für Quatsch, aber es wurde so berichtet.

Das mag ja gut für Ihren Seelenfrieden sein, Herr Ministerpräsident. Das ist sogar gut für die Opposition, weil Sie uns immer so schöne Angriffsflächen bieten. Aber das ist natürlich schlecht für das Land.

Es gibt ja die schöne Volksweisheit: Wie der Herr, so's Gscherr. – So wird es wohl sein. Aber bei Ihnen, Herr Ministerpräsident, wird andersherum ein Schuh daraus: Wie's Gscherr, so der Herr. – Dass Ihnen das alles im nächsten Jahr mal nicht auf die Füße fällt!

(Beifall von den GRÜNEN – Dr. Gerhard Papke [FDP]: Machen Sie sich keine Sorgen! – Manfred Palmen [CDU]: Ist gut, dass Sie erst mal was trinken!)

Der Ministerpräsident hat mir heute Morgen so nett eine neue Sachlichkeit bescheinigt. Das passt in die Zeit, da haben Sie recht.

(Christian Weisbrich [CDU]: Gestern hat er das gesagt!)

Was vielleicht als Kompliment gemeint sein sollte, das zeigt in Wahrheit aber nur eines – darum ja auch die ganze Aufregung bei den Rednern der Regierungsfractionen –: Sie scheinen ganz genau zu wissen, Herr Ministerpräsident, dass Ihre Regierung in diesem Land im Moment keine Mehrheit mehr hat. Das ist auch gut so, und das soll sich noch steigern. Natürlich wollen die Grünen regieren. Aber um falschen Interpretationen vorzubeugen, Herr Rüttgers: Wir Grüne arbeiten jetzt und in den

nächsten Wochen und Monaten daran, dass Sie und Ihre Regierung abgewählt werden.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wir stehen nicht dafür zur Verfügung, Ihre verfehlt Politik fortzusetzen. Nicht dass Sie sich über die Weihnachtszeit irgendwelche Illusionen machen!

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinter)

Gern will ich mich einem Internet-User anschließen, der aus Anlass der Wüst-Affäre einen für die ganze FDP/CDU-Regierung treffenden Satz bei „www.wdr.de“ schrieb – ich zitiere –: „Ich hoffe, Herr Rüttgers & Co. werden im Mai 2010 nur noch ein Irrtum der Geschichte gewesen sein.“ Wenn Rüttgers und Co. Geschichte sind, wird es für Nordrhein-Westfalen nicht nur anders, dann wird es besser.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Löhrmann. – Meine Damen und Herren, das Wort hat der Ministerpräsident.

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Löhrmann, zu den Illusionen, die ich mir über die Weihnachtszeit machen sollte: Keine Sorge. Lieber gucke ich mir Ochs und Esel in der Krippe an, als dass ich mir Illusionen über Sie mache.

(Heiterkeit und Beifall von CDU und FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Werte Kolleginnen und Kollegen! Zuerst ein Wort an Frau Kraft. Frau Kraft, ich habe jetzt fünf Jahre darauf gewartet, dass Sie bei unseren Haushaltsdebatten irgendwann einmal eigene Konzepte präsentieren. Sie hatten heute die letzte Chance in dieser Legislaturperiode. Sie haben sie vertan. Ihre Rede hatte – das finde ich am schlimmsten – nichts mit der Wirklichkeit zu tun.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Doch, ausschließlich! – Gisela Walsken [SPD]: Das hätten Sie gerne!)

Wer die Wirklichkeit nicht zur Kenntnis nimmt, der scheitert.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Eben!)

Dass Sie in diesem Jahr die größten Kracher in der Geschichte Nordrhein-Westfalens hingelegt und drei Wahlen hintereinander verloren haben, hat genau mit diesem Punkt zu tun.

(Beifall von CDU und FDP)

Wer glaubt, man könne sich, indem man Zahlen verfälscht, die Wirklichkeit verdrängt und darüber hinaus sogar noch versucht, mit Diffamierungen andere Menschen in ihrer Ehre und ihrer Würde zu beschädigen,

(Wolfgang Jörg [SPD]: Der kann nicht Ministerpräsident bleiben! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie sprechen doch gerade von sich!)

einen Regierungsauftrag abholen, wer das glaubt, der wird auch im kommenden Mai eine krachende Niederlage erfahren.

(Beifall von CDU und FDP)

Wahrscheinlich ist es genau so, wie Ihr Bundesvorsitzender das festgestellt hat – Zitat –: Die SPD ist in einem katastrophalen Zustand.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Sie auch!)

Ich gehe davon aus, dass die Aufräumarbeiten eine Aufgabe für eine Generation sein werden. – Weiterhin viel Glück in der Opposition, Frau Kraft!

(Beifall von CDU und FDP)

Ich habe hier einige Zettel – es ist ganz interessant, dass sich noch mehrere Kollegen dieser Aufgabe gewidmet haben – nur mit Zahlenvergleichen. Es ist immer dasselbe: Behauptet wurde falsch, wahr ist ... Ich weiß nicht, ob ich das jetzt noch bringen soll. Ich bin eigentlich etwas merkwürdig berührt. Ich habe eben versucht, das in Ihrem Redemanuskript nachzulesen, aber an der Stelle sind Sie davon wohl abgewichen, wenn ich das richtig gesehen habe, Frau Kraft. Sie haben hier gesagt: Es fehlen 5.000 Lehrer.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Noch mehr! – Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Ich krieg's nicht in den Kopf. Sie haben es mit diesen Geschichten ja schon einmal versucht. Übrigens ist das bei den 5 Millionen Stunden Unterrichtsausfall genau das Gleiche. Sie haben das mehrfach gesagt und mehrfach versucht, es kampagneartig vorzutragen.

Ich habe mir noch einmal die Zahlen von Anfang November 2009 geben lassen. Damals hatten wir insgesamt 151.000 Lehrerstellen an öffentlichen Schulen. Davon waren 350 nicht besetzt; 0,2 % der Stellen waren unbesetzt.

Liebe Frau Kraft, merken Sie eigentlich nicht, dass Sie das bisschen Renommee, das Sie vielleicht in den eigenen Reihen noch haben, mit solchen Tricks systematisch zerstören?

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das würde ja bedeuten, dass die Zahlen von Frau Sommer nicht stimmen!)

– Alle diese Statistiken sind öffentlich. Wie hoch der Unterrichtsausfall ist, kann mit demselben System nachgerechnet werden, mit dem Sie diese Dinge in Ihrer Regierungszeit berechnet haben; da ist nichts passiert.

Was ist das Ergebnis? Bei Ihnen waren es 4,4 % – das waren die Zahlen, die wir damals genannt haben –, und jetzt sind es 2 %. Das ist nach Adam

Riese eine Absenkung von mehr als der Hälfte. Wie kommen Sie überhaupt auf eine solche Idee, sich dann hinzustellen und zu sagen, es habe sich nichts getan?

(Beifall von CDU und FDP)

Wie kommen Sie auf eine solche Idee? Es ist mir völlig unbegreiflich, wie man das machen kann.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Fakten, Fakten, Fakten aus Ihrem Bildungsministerium!)

Ebenso unbegreiflich ist mir, wie man sich hier hinstellen und aus dem Bundesfinanzbericht – da mag es ja auch irgendetwas geben, was vielleicht nicht so günstig ist – zitieren, dabei aber übersehen kann, dass dieser aktuelle Bundesfinanzbericht vom Statistischen Bundesamt der Bundesrepublik Deutschland feststellt, dass wir eine Steigerung der Kosten im Bereich Bildung von 36,7 % im Jahre 2005 auf 40,5 % im Jahre 2009 haben und Nordrhein-Westfalen damit Spitzenreiter ist. Dann kann man sich doch nicht hier hinstellen und sagen: Das ist überall zurückgegangen. – Zumindest an dieser Stelle sind die Mittel nicht zurückgegangen, und das ist doch wohl die wichtigste Zahl, die belegt, dass mehr Geld zur Verfügung gestellt worden ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Dies könnte man jetzt fortsetzen. Als wir von Ihnen übernommen haben, gab es den Ganzttag nur an Gesamtschulen.

(Widerspruch von der SPD)

Inzwischen gibt es sie an allen Schulformen. Es ist doch wohl gerecht, dass Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien genauso behandelt werden!?

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP)

Da wird gesagt, bei der Kinderbetreuung sei alles ganz furchtbar geworden.

(Zuruf von der SPD: Das ist wahr!)

Wir haben dafür in diesem Haushalt 1,26 Millionen € veranschlagt. Das sind 81,5 Millionen € mehr als in diesem Kindergartenjahr

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Plus die Mehrbelastungen in den Kommunen! Die dürfen Sie nicht außer Acht lassen!)

und 313 Millionen € mehr als 2005. Ja, was muss man denn noch tun, damit es besser wird, als Geld zur Verfügung zu stellen und darauf zu hoffen, dass die Menschen daraus etwas Tolles machen?

(Beifall von CDU und FDP)

Wissen Sie, ich glaube, ich mache jetzt Schluss;

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist gut!)

das könnte man aber auch fortführen.

(Demonstrativer Beifall von der SPD)

– Nein, es ist okay. Wenn Sie wollen, können wir gerne weitermachen. Wir können weitermachen; das ist überhaupt kein Problem.

(Beifall von der CDU)

Da gibt es übrigens bei manchen Leuten einen Mechanismus: Wenn Sie hier zuhören wollen, dann machen Sie bitte vorher den Mund zu.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Bei Ihnen gibt es nur einen Mechanismus, nämlich dass Sie sich grundsätzlich nur mit Ihrer Koalition unterhalten und nicht mit der Opposition!)

Jetzt will ich Ihnen einmal etwas dazu erzählen, wie Sie mit Ihren Haushalten umgegangen sind. Ich nenne einfach Zahlen; sie sind alle in Statistiken nachzulesen.

Für 2001 war im Ursprungshaushalt eine Nettoneuverschuldung von 3,1 Milliarden € geplant. Herausgekommen sind 5,4 Milliarden €.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

2002: geplant 3,4 Milliarden €, herausgekommen 4,1 Milliarden €.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

2003: geplant 3,8 Milliarden €, herausgekommen 6,6 Milliarden €.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

2004: 5,2 Milliarden €. – Ja, Sie haben es doch gewollt. Ich sollte doch weitermachen.

(Zuruf von der SPD: So wenig Zukunft war noch nie!)

2004: geplant 5,2 Milliarden €; herausgekommen 6,7 Milliarden €.

2005: geplant 3,8 Milliarden € – das war vor der Wahl, da musste das herunter –; herausgekommen sind dann 6,7 Milliarden €.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Jetzt nenne ich die Zahlen von uns: 2006 waren 5,6 Milliarden € Nettoneuverschuldung geplant; herausgekommen sind 3,2 Milliarden €.

(Beifall von CDU und FDP – Sören Link [SPD]: Wie haben sich denn die Steuern entwickelt, Herr Rüttgers?)

2007: geplant 3,2 Milliarden €; herausgekommen 1,9 Milliarden €.

(Beifall von CDU und FDP – Sören Link [SPD]: Sagen Sie mal etwas zu den Mehreinnahmen!)

2008: geplant 1,8 Milliarden €; herausgekommen 1,1 Milliarden €.

(Sören Link [SPD]: Wie haben sich denn die Steuern entwickelt, Herr Rüttgers? Sagen Sie doch dazu mal etwas!)

Ich weiß es noch nicht, aber ich vermute, auch 2009 wird der Haushaltsabschluss wahrscheinlich unter den Planzahlen liegen. Das ist gut so, und das zeigt, wie man solide wirtschaftet, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Billiger geht es nimmer! – Zuruf von der SPD: Beachten Sie die Steuerentwicklung!)

Kommen wir einmal zu den wichtigen Dingen.

(Zuruf von der SPD: Wie wäre es denn mal mit Fakten, Herr Rüttgers?)

Die wichtigen Dinge sind, dass 2009 ein hartes Jahr war, dass die Wirtschafts- und Finanzkrise unser Land mit voller Wucht getroffen hat,

(Zuruf von der SPD: 2008 war besser!)

dass die Unternehmen, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und dass auch alle öffentlichen Haushalte massiv unter dem Wachstumseinbruch leiden. Aber wahr ist auch, werte Kolleginnen und Kollegen, dass wir bisher besser durch die Krise gekommen sind,

(Sören Link [SPD]: Sie sind die Krise!)

als alle – auch alle Fachleute – noch Anfang dieses Jahres erwartet haben.

(Sören Link [SPD]: Das ist doch nicht Ihr Verdienst, Herr Rüttgers! Sie haben überhaupt keinen Einfluss darauf gehabt!)

– Sagen Sie einmal, sind Sie eigentlich so blöd, wie Sie immer dazwischenrufen, Herr Kollege?

(Beifall von CDU und FDP)

Es mag ja sein, dass Sie, wenn bei Ihnen jemand versucht, über ein Problem zu reden, immer nur überlegen, ob er über sich rede. Ich rede über das Land, nicht über mich.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich finde es toll, dass es besser geworden ist, als alle Fachleute erwartet haben.

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie schwadronieren und lenken ab! Sie werfen Nebelkerzen und nennen keine Fakten!)

Wir hatten uns Anfang des Jahres, werte Kolleginnen und Kollegen, ein gemeinsames Ziel gesetzt, nämlich so viele Unternehmensstandorte und so viele Arbeitsplätze zu retten, wie es irgendwie möglich wäre.

(Sören Link [SPD]: Dafür würgen Sie sogar einen Chinesen, wenn es sein muss!)

Jetzt komme ich zu einem zumindest in meinem Verständnis von Politik sehr wichtigen Punkt: Für dieses Ziel haben im letzten Jahr die Unternehmer, die Arbeitnehmer und die Politik an einem Strang gezogen. Dies halte ich für eine unglaublich gute Sache und unglaublich wichtig, nicht nur in dem jetzt zu Ende gehenden Jahr. Ich sage das auch in der Hoffnung, dass wir das im gesamten kommenden Jahr wieder so hinbekommen, dann übrigens trotz des Wahlkampfes, den wir irgendwann nach Ostern – zumindest nach meiner Vorstellung – auch machen werden. Ich hoffe, dass wir es jenseits der politischen Auseinandersetzungen im Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen hinbekommen, dass die Arbeitgeber, dass die Gewerkschaften, dass die Politik, dass die gesellschaftlichen Gruppen alles versuchen, um Arbeitsplätze zu retten, zu sichern und Unternehmensstandorte hier in Nordrhein-Westfalen zu erhalten.

(Beifall von CDU und FDP – Sören Link [SPD]: Dazu gehört, dass die Stadt Duisburg nicht mehr ausbilden darf!)

Ich weiß auch, dass die Krise noch nicht vorbei ist. Zumindest nach Aussage der Fachleute werden wir in diesem Winter noch einige harte Monate bekommen – vor allen Dingen auf dem Arbeitsmarkt. Gerade in einer solchen Zeit sind dieses Zeichen und dieser Wille zur Gemeinsamkeit wichtig.

Es ist in der Tat erstaunlich und jenseits aller bisherigen Erfahrung – darauf ist eben schon hingewiesen worden –, dass wir im November dieses Jahres noch einmal einen Rückgang der Arbeitslosenzahlen in Nordrhein-Westfalen haben, und zwar den höchsten Rückgang aller Bundesländer. Irgendwann wird diese Entwicklung wahrscheinlich nicht mehr so weitergehen – nicht nur wegen des Winters, sondern auch, weil die Auswirkungen der Finanzkrise in der Realwirtschaft ankommen.

Ich will auch ausdrücklich sagen, dass ich die Anstrengungen, die die Arbeitgeber in diesem Land unternommen haben – mit denen wir übrigens im Gespräch stehen; im Rahmen des Branchendialogs treffen wir uns regelmäßig –, um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter so lange wie möglich zu halten, als eine unglaublich starke Leistung empfinde. Das ist ein Beweis für die soziale Partnerschaft in diesem Land.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von der SPD: Das war das Verdienst von Herrn Scholz!)

Vielleicht hat das etwas mit dem Ergebnis der außerhalb der Politik durchgeführten Umfrage zu tun, von der ich heute Morgen gelesen habe. Dabei ging es um die Frage, ob die Menschen den nächsten Monaten zuversichtlich entgegensehen oder ob sie große Angst haben. Ich weiß natürlich, dass viele Sorgen haben. Das will ich auf keinen

Fall schönreden. Ich finde es aber gut, dass wir in Nordrhein-Westfalen im Vergleich der Bundesländer an der Spitze derjenigen liegen, die sagen, dass wir das schon zusammen hinbekommen, und mit einem Stückchen Optimismus an die Aufgabe herangehen. Jeder weiß doch, dass man dann, wenn man ein Stückchen Optimismus hat, auch mehr bewegen kann.

Heute kam auch die Botschaft, dass die Tarifparteien einen Vertrag für das Ruhrgebiet geschlossen haben, der es ermöglicht, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auszutauschen. Damit schafft man über das Kurzarbeitergeld hinaus – das ja vielleicht nicht mehr trägt, weil man es finanziell nicht mehr leisten kann – zusätzliche Möglichkeiten, Mitarbeiter in festen Arbeitsverträgen zu halten, statt sie freisetzen zu müssen. Dass Tarifparteien zu so etwas in der Lage sind, ist eine tolle Leistung.

(Beifall von CDU und FDP)

Bisher haben die ergriffenen Maßnahmen funktioniert. Ende September hatten wir 13.200 Unternehmen mit 236.000 Beschäftigten in Kurzarbeit. Damit wurden 78.000 Arbeitsplätze gesichert. Wir haben diskutiert und diskutieren immer noch, ob es noch andere Möglichkeiten gibt – „kleines Kurzarbeitergeld“ ist eines der Stichworte –, auf die sich die Tarifparteien verständigen können, um noch weitere flankierende Möglichkeiten zu erreichen. Wichtig ist auch, dass es inzwischen gelungen ist, in der Wirtschaftspolitik so etwas wie einen Grundkonsens zwischen den Unternehmen, den Gewerkschaften und der Politik herzustellen.

Die Landesregierung tut jedenfalls alles, um gerade auch den kleinen und mittleren Betrieben in diesem Land zu helfen. Seit Anfang dieses Jahres haben wir bereits rund 11.000 kleine und mittlere Unternehmen mit entsprechenden Hilfen unterstützt. Wir haben Bürgschaften mit einem Volumen von 601 Millionen € zur Verfügung gestellt. Die NRW.BANK hat bis Ende Oktober 2009 insgesamt 9.726 Unternehmen mit Förder- und Kreditprodukten im Wert von 1,8 Milliarden € versorgt.

Diese beiden Zahlen nenne ich lediglich deshalb, damit klar ist, dass es nicht nur um die Rettung von Finanzinstituten und von großen Unternehmen geht, sondern dass uns vor allen Dingen der Erhalt der mittelständischen Struktur in Nordrhein-Westfalen am Herzen liegt. Sie ist wichtig – auch für den Aufschwung, der irgendwann einmal kommen wird.

(Beifall von CDU und FDP – Sören Link [SPD]: Aber die Sparkassen machen Sie kapputt!)

Das darf man gerade in der Aufschwungphase nicht vernachlässigen. Heute Morgen habe ich einem Gutachten entnommen, dass Anfang des Jahres 2010 die Rezession überwunden sein wird und wir Wachstum bekommen werden. Das ist

übrigens kein Widerspruch zu dem, was ich eben in Bezug auf den Arbeitsmarkt und weiteren Schwierigkeiten in verschiedenen Sektoren gesagt habe. Einen Rückgang von 5 % beim Bruttoinlandsprodukt steckt man nicht so einfach weg. Diese Geschichte werden wir wahrscheinlich noch mehrere Jahre in den Knochen haben.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Warum erzählen Sie das eigentlich nur Ihren Leuten? Wussten die das alle nicht?)

Dennoch ist jetzt Wachstum wichtig. Deshalb ist es erforderlich, dass es in einer Wachstumsphase bei uns auch genügend Kreditmöglichkeiten für kleine und mittlere Unternehmen gibt.

(Sören Link [SPD]: Das gewährleisten unter anderem die Sparkassen, die Sie kaputt machen!)

Deshalb will ich hier ausdrücklich sagen: Nach meiner Auffassung ist es Pflicht und Schuldigkeit der Banken, die vom Steuerzahler mit Steuergeld stabilisiert und gerettet worden sind, jetzt dafür zu sorgen, dass kleine und mittlere Unternehmen Kredite bekommen. Die großen Unternehmen können sich über Anleihen mit Geld versorgen. Sie alle brauchen diese Mittel, um Arbeitsplätze zu erhalten und zusätzlich investieren zu können.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich eine Bemerkung zum Thema Opel machen, das uns alle dieses Jahr sehr beschäftigt hat. Das Ganze ist natürlich noch nicht gelöst. Wir sind aber einen Schritt weiter gekommen. Es war eine gute Nachricht, dass General Motors den Standort Bochum erhalten will. Das ist für die industriellen Strukturen in unserem Land wichtig.

Übrigens will ich denjenigen, die da auf Überkapazitäten verweisen, nur einmal sagen: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es kann doch nicht sein, dass in Amerika der Präsident General Motors mit fast 60 Milliarden US-Dollar unterstützt und wir hier jetzt über die These diskutieren, dass am besten einige Standorte geschlossen würden, weil das angeblich ordnungspolitisch richtig ist.

(Hannelore Kraft [SPD]: Da müssen Sie zur FDP schauen!)

Das hat mit Ordnungspolitik nichts zu tun. Vielmehr geht es darum, dass gerade die internationalen ...

(Markus Töns [SPD]: Wen meinen Sie denn damit? – Rainer Schmeltzer [SPD]: Gucken Sie nicht hierher! Dort drüben sitzt der Ansprechpartner! – Zuruf von Bodo Wißen [SPD])

– Sind Sie etwa dagegen, dass wir da etwas tun? Was soll denn diese Debatte? Seien Sie doch froh, dass ich es sage. Was soll das denn? Wollen Sie Wahlkampf führen? Oder wollen Sie etwas für die

Opel-Mitarbeiter tun? Darum geht es an dieser Stelle doch.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Bedanken Sie sich bei Herrn Papke, der deswegen gerade nicht klatscht!)

Jeder weiß: Wir werden in Bochum und auch an allen anderen Standorten ein Restrukturierungsprogramm bekommen. Es wird auch einen Abbau von Arbeitsplätzen geben. Das ist angekündigt. Es hat mich natürlich gefreut, dass nach den jetzt bekannt gewordenen Plänen – das hat uns auch der neue Opel-Chef Reilly in der Staatskanzlei gesagt – mit 1.800 wegfallenden Arbeitsplätzen der Arbeitsplatzabbau geringer ausfällt, als das ursprünglich in anderen Konzepten geplant war. Das ist gut so. Ich bleibe allerdings bei der Auffassung, meine Damen und Herren: Was da an Anpassungen erfolgt, muss sozialverträglich erfolgen. Es darf keine betriebsbedingten Kündigungen geben.

(Beifall von CDU, Hannelore Kraft [SPD] und Carina Gödecke [SPD])

Ich will hinzufügen: Ich glaube – das sage ich im Interesse der Arbeitnehmer von Opel –, dass spätestens Mitte Januar die Restrukturierungspläne fertig und prüffähig sein müssen, die dann in den normalen Verfahren diskutiert werden können. Ich glaube, wir dürfen jetzt keine Zeit mehr verlieren. Das gilt sowohl für die Vorlage der Prüfungsergebnisse wie für die Prüfungen selbst.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Es scheint mit der FDP nicht abgesprochen zu sein!)

Werte Kolleginnen und Kollegen, dieses Jahr wird in die Geschichtsbücher als das Jahr einer globalen Wirtschaftskrise eingehen. Bei allen Problemen – ich brauche nichts mehr zur WestLB und anderen großen Themen zu sagen, die eben schon diskutiert worden sind – wird es trotzdem die gute Erinnerung geben: Nordrhein-Westfalen ist stark. Es war auch richtig, zu Beginn dieser Legislaturperiode mit einer Politik der Erneuerung zu starten, denn Erneuerung führt zu Stabilität. Das war richtig, und das hat zu den guten Ergebnissen dieses Jahres beigetragen.

(Beifall von CDU und FDP – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Welche Erneuerungen? – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Was denn für Erneuerungen?)

Wir dürfen jetzt nicht nachlassen. Wir müssen – auch in Zusammenarbeit mit der Bundesregierung – alles tun, um Wachstumskräfte zu mobilisieren. Dazu gehört auch das Steuerentlastungspaket. Übrigens muss ich sagen, dass es so falsch doch gar nicht gewesen sein kann, wenn ich mir überlege, was ich in dem Kontext gerade alles gehört habe. Vielleicht haben die Kollegen von der SPD vergessen, dass sie noch in der Großen Koalition ein großes Steuerentlastungsprogramm verab-

schiedet haben, das zum 1. Januar nächsten Jahres in Kraft tritt.

Man muss nicht zu jedem Punkt, der im Wachstumsbeschleunigungsgesetz steht „Jubilate!“ brüllen. Aber so zu tun, als hätten Steuersenkungen an sich nicht etwas mit Wachstum zu tun, ist falsch.

Ich finde es gut, dass es Kollegen in diesem Landtag gibt – sogar schon so hohen Ranges wie Frau Kraft und Frau Löhrmann –, die sich weiterbilden und deshalb mein Buch gelesen haben. Das ist okay.

(Beifall von der CDU)

Ich bleibe übrigens bei dem, was Sie vorgelesen haben: Steuerentlastung alleine schafft keine Arbeitsplätze. – Wer etwas anderes behauptet, sagt etwas Falsches. Aber daraus den Schluss zu ziehen, dass Steuerentlastungen immer falsch sind, ist genauso Unsinn und steht da auch nicht drin. Das muss vielmehr durch eine Haushaltskonsolidierungspolitik flankiert werden. Deshalb habe ich gestern noch darauf hingewiesen, dass wir zwar 2010 den Hebel nicht umlegen können, aber 2011 mit dem Konsolidierungskurs erneut beginnen müssen. Außerdem muss es Investitionen in Zukunft geben, das heißt in Bildung, in Forschung und in Wissenschaft, damit gleichzeitig die Zukunftskräfte gestärkt werden. Das hat sich in dieser Legislaturperiode bewährt, und das wird sich auch in der kommenden Legislaturperiode bewähren.

(Beifall von CDU und FDP)

Deshalb ist es richtig, dass in diesem Haushalt nicht nur mehr als 45 Millionen € für die neuen Fachhochschulen zur Verfügung gestellt werden. Lieber Kollege Pinkwart, Sie haben mir gerade noch einmal tolle Zahlen gezeigt: 7,2 % mehr Studienanfänger in den MINT-Fächern.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Passen Sie auf, dass Sie gleich nicht ausrutschen!)

Wir haben jahrelang über die Schließung der Lücke bei den Ingenieuren und in den naturwissenschaftlichen Fächern diskutiert. Jetzt zeigt sich, dass wir auch da ganz vorne liegen. Das ist wichtig und eine gute Meldung.

(Beifall von CDU und FDP)

Es ist wichtig, dass die Spitzenförderung nicht nur bei der Exzellenzinitiative, sondern zum Beispiel auch beim Hochleistungsrechner in Jülich mehr Geld bekommt. Es ist wichtig, dass der Hochschulpakt planmäßig 33 Millionen € mehr bekommt. Man könnte diese Liste verlängern. Das macht dieses Land zukunftsfähig genauso wie das, was wir für Bildung, für Schule und für frühkindliche Bildung zur Verfügung stellen.

Sie können im Haushalt nachlesen, dass wir mit unserem neuen Kinderbildungsgesetz die frühkindliche Bildung erheblich verbessert haben und jetzt

noch einmal richtig zulegen. Wenn es richtig ist, dass die Zahl der Betreuungsplätze für unter Dreijährige inzwischen auf mehr als 100.000 Plätze aufgestockt werden kann, wenn es richtig ist, dass Nordrhein-Westfalen im Vergleich zu allen anderen Bundesländern das Bundesland ist, das seit 2007 die meisten zusätzlichen Plätze geschaffen hat, ist das eine Sache, über die man sich nicht aus parteipolitischen Gründen ärgern sollte, sondern zu der man sagen sollte: Gut, dass wir jetzt auf dem richtigen Weg sind.

(Beifall von CDU und FDP)

Dazu gehört genauso, dass – warum Sie das einfach ausblenden, Frau Löhrmann, habe ich nicht verstanden – die Mittel für „Kein Kind ohne Mahlzeit“ noch einmal um 4,25 Millionen € erhöht werden. Es ist richtig, dass wir dafür sorgen müssen, dass die Kinder, die ohne Frühstück in die Schule kommen, etwas zu essen bekommen. Es ist auch richtig, dass wir im Schulbereich extra ein Programm aufgelegt haben, damit Mensen gebaut werden usw. Wir machen das, was wir können. Leider geht nicht so viel, wie wir wollen. Aber es ist weitaus mehr, als Sie in Ihrer Regierungszeit je gemacht haben, Frau Löhrmann.

(Beifall von CDU und FDP)

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch einmal ein Wort zu den Themen Kinderarmut, Hartz IV und Sozialhilferegulungen für Kinder sagen.

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Ministerpräsident, es gibt eine Zwischenfrage.

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Nein.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Wir kämpfen seit Langem für die Ausweitung der Hartz-IV-Regelsätze für Kinder. Sie, werte Kolleginnen und Kollegen, wissen, dass der Arbeitsminister dazu auch eine entsprechende Initiative im Bundesrat ergriffen und damit auch Erfolg gehabt hat. Wir haben eine allgemeine Anhebung des Regelsatzes zum 1. Juli gehabt, wir haben eine Erhöhung der Regelleistungen im Rahmen des Konjunkturpakets für Kinder von sechs bis 13 Jahren um monatlich 35 € gehabt, und wir haben ein Schulbedarfspaket von 100 € für jeden Schüler bis zur zehnten Klasse gehabt.

(Minister Karl-Josef Laumann: Eine ganze Menge!)

Aber ich will hinzufügen, dass ich nicht der Auffassung bin, dass das reicht, sondern ich glaube, dass da mehr passieren muss, dass wir vor allen Dingen jetzt sehr bald eine vernünftige Neuregelung der Leistungsbemessung für bedürftige Kinder brauchen.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE] – Rainer Schmeltzer [SPD]: Die Union hat damals die Bemessungsgrenze heruntergeschraubt!)

Ich bin froh, dass das Bundesverfassungsgericht dazu im Januar ein Urteil fällen wird, und ich bin sicher, dass das Bundesverfassungsgericht im Interesse der bedürftigen Kinder im Land entscheiden wird.

Der Punkt ist mir wichtig, und ich will ihn deshalb genau so angesprochen haben, weil ich glaube,

(Zuruf von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

dass wir an der Stelle etwas tun müssen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zum Thema Industrieland kommen.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Hartz muss weg! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Sagen Sie doch mal was zu SGB II! Sie waren doch gerade bei der Sache!)

Ich habe eben davon gesprochen, dass es inzwischen eine Verabredung – wenn Sie wollen, ein Manifest – über die notwendigen Ziele gibt, die wir in diesem Land in den nächsten Jahren durchsetzen und erreichen müssen.

Diese Ziele lauten: Nordrhein-Westfalen ist Industrieland und muss Industrieland bleiben.

(Zuruf von Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD])

Nordrhein-Westfalen ist Exportland und muss Exportland bleiben.

Keiner bleibt zurück, jeder braucht die Chance zum sozialen Aufstieg, und Leistung muss sich lohnen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Deswegen stimmen Sie auch permanent gegen die Mindestlöhne!)

Es sind einfache Sätze, aber sie sind schwierig umzusetzen. Mir liegt daran, dazu noch etwas zu sagen, weil das auch Gegenstand der Debatte bisher gewesen ist.

Wer sagt, ich bin für Industrieland, der muss in der Sache Kraftwerke anderes sagen, als hier heute gesagt worden ist.

(Beifall von CDU und FDP – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das ist sehr verkürzt!)

Mich bewegt die Frage, ob die SPD noch dazu steht, dass das Kraftwerkserneuerungsprogramm umgesetzt werden soll.

(Edgar Moron [SPD]: Wenn Sie dazu stehen, wir ja! – Bodo Wißsen [SPD]: Sie müssen nur anständig regieren!)

Ich stelle Ihnen die Frage, ob Sie dem Gesetzentwurf, der dazu vorliegt, zustimmen werden. Diese Frage müssen Sie nach meiner Auffassung dann mit ja beantworten, wenn Sie glaubwürdig sind.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD] – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Absolutes Murks-Gesetz!)

Sie wissen: Es geht nicht nur um Datteln, sondern auch noch um andere Standorte. Ich will Ihnen, Frau Kraft, sagen, dass ich kein Verständnis für die Einlassung Ihres SPD-Vizefraktionsvorsitzenden im Deutschen Bundestag, Ulrich Kelber, habe, der am Montag bei „dpa“ gesagt hat:

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Es ist das völlig falsche Signal, denn Deutschland wird mit neuen Kohledreckschleudern international unglaubwürdig.

Jeder hier im Saal kennt die Zahlen, wenn er sie gelesen hat und sie zur Kenntnis nehmen will. Jeder weiß, dass das Klimaziel, das wir uns gesetzt haben, nur dann umzusetzen ist, wenn es gelingt, die alten Kraftwerke durch neue hochmoderne und auch weniger CO₂ emittierende Kraftwerke zu ersetzen.

(Zuruf von Sören Link [SPD] – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das war aber nicht Ihre Idee!)

Nur dann ist das Ziel zu erreichen.

(Beifall von CDU und FDP)

Deshalb finde ich es schon mehr als beachtlich, dass in dem Entschließungsantrag zum Zweiten Gesetz zur Änderung der gesetzlichen Befristungen im Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, den SPD und Bündnis 90/Die Grünen hier vorgelegt haben, kein Wort zum Thema Kraftwerkserneuerung steht.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sollen wir Ihnen mal alles aufzählen, wozu Sie nichts gesagt haben?)

– Ich frage das zuerst mal sine ira et studio, also ganz ruhig, weil das natürlich eine Weichenstellung wäre, wenn jetzt plötzlich der Konsens, der da war ...

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Es gab keinen Konsens!)

Ich weiß noch gut, wie ich als Oppositionsführer – das war übrigens auch relativ kurz vor einer Wahl –

(Zuruf von der SPD)

hier vor der Frage gestanden habe: Wie stellen wir uns auf dieses Programm ein?

Schon damals war klar, dass dieses Programm an einer Stelle einen dicken Fehler hat. Dieser dicke Fehler war, dass es keine Verabredungen über die Stilllegung der Altanlagen gab. Die jetzige Landesregierung – Christa Thoben ist seit Anfang dieser Legislaturperiode dabei – versucht, darüber nachträglich Vereinbarungen herzustellen. Das ist immer verdammt schwer.

Aber ich bleibe dabei, dass die Politik richtig ist: moderne Kraftwerke bauen und die alten stilllegen. Und nur dann geht das.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

– Wer aber, Frau Löhrmann, eine Politik vertritt, die besagt, Kohlekraftwerke dürften überhaupt nicht mehr gebaut werden, auch keine mit neuer, effizienter Technik, der schadet der weiteren Entwicklung der regenerativen Energien und dem Ziel des Energieeinsparens.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Denn in einem Industrieland braucht man beides. Man braucht sowohl große Kraftwerke als auch ein dezentrales Angebot von regenerativen Energien,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das schaffen Sie nicht!)

Einsparmöglichkeiten und Effizienzprogrammen. Alles das braucht man, und alles das war bisher Konsens.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Wenn Sie diesen Konsens aufkündigen, dann – sage ich Ihnen – tun Sie etwas, was diesem Land und der Umwelt nicht guttut.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich glaube, dass es möglich ist, die CO₂-Emissionen in Nordrhein-Westfalen – wie ausgerechnet, angekündigt und beschlossen – um 81 Millionen t zu reduzieren.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Das sind rund 44 % des Einsparvolumens, das die Bundesregierung bis 2020 anstrebt – übrigens nicht nur die neue, sondern auch die alte Regierung. Das waren immer unstrittige Zahlen, und die sollen jetzt in Kopenhagen verankert werden. Ich sage Ihnen: Das ist und bleibt das Ziel dieser Landesregierung und der Koalitionsfraktionen. Gerade weil das so ist, setzen wir uns für diese Gesetzesänderung ein, wobei es nicht richtig ist – wie behauptet wird –, dass damit irgendetwas gegen erneuerbare Energien, gegen Energieeffizienz unternommen wird.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Warum verhindern Sie es denn dann?)

Hier wird etwas gemacht, was wirklich nicht in Ordnung ist. Da wird etwas zur Lüge umgedeutet, bloß weil man sich parteipolitisch davon einen Vorteil verspricht.

(Beifall von CDU und FDP – Frank Sichau [SPD]: Wie war das mit der Lüge?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch ein letztes Thema aufgreifen, das von mehreren Vorrednern angesprochen worden ist.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Ich habe eben schon gesagt, dass alle öffentlichen Haushalte zurzeit in einer mehr als schwierigen Situation sind. Das gilt für den Bundeshaushalt; die Zahlen haben wir gerade vernommen; sie sind gerade in dieser Woche im Bundestag diskutiert worden. Das gilt für unseren Landeshaushalt; wir diskutieren ihn gerade in dritter Lesung. Ich habe zu den Konsolidierungszwängen das Notwendige gesagt. Das gilt unbestreitbar auch für alle kommunalen Haushalte.

Mir kommt es schon ein bisschen darauf an, dass wir die Fakten nicht aus dem Auge verlieren. Nach den aktuellen Modellrechnungen werden wir im Jahr 2010 im Rahmen des Finanzausgleichs eine Summe von 7,6 Milliarden € für die Kommunen aufbringen. Nachdem die Zahlen im Rekordjahr 2009 noch etwas höher lagen, ist dies die zweit-höchste jemals gezahlte Summe.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Investitionen in unsere Zukunft – Stichwort: Schul- und Bildungspauschale – bleiben mit 600 Millionen € unverändert hoch.

Es ist richtig, dass nach den Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden, wenn ich die gesamten Beträge zusammennehme, soweit ich sie richtig im Kopf habe, zusätzlich 900 Millionen € – Stichwort: Abrechnungen Ost/West – zur Verfügung gestellt werden.

Richtig ist auch, dass 84 % der Mittel aus dem Konjunkturpaket unmittelbar an die Kommunen weitergeleitet worden sind.

Ich sage das deshalb, weil die Zahlen zunächst einmal für sich selber sprechen. Deshalb will ich sie auch gar nicht kommentieren. Aber wir müssen weiter darüber reden. Jeder hier im Saal weiß ...

(Horst Becker und Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Nein, handeln!)

– Wie sollte man denn in solch einer Situation handeln, wenn man nicht zuvor mit dem Partner darüber redet und versucht, Einvernehmen zu erzielen?

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Herr Rüttgers, das ist eine Vertröstung!)

– Entschuldigung, aber ich rede jetzt von Vereinbarungen, die wir mit den Kommunen getroffen haben. Gerade Sie, Herr Becker, wissen, dass wir verabredet haben, über ein neues Gemeindefinanzierungsgesetz zu reden,

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

dass es ein Gutachten dazu gibt und dass es Leute gibt, die zurzeit darüber diskutieren.

(Sören Link [SPD]: Deswegen kommen die morgen auch zum Diskutieren hierher! Morgen kommen die „zum Verhandeln“ vor den Landtag!)

Jeder, der ein bisschen Ahnung hat – das habe ich von Ihnen bisher immer angenommen –, weiß, dass das nicht übers Knie gebrochen werden kann, weil es natürlich um die Gesamtstrukturen der Gemeindefinanzierung geht. Auch über den entsprechenden Zeitraum gibt es Einvernehmen. Sie sollten jetzt nicht behaupten, da könne gehandelt werden, was jetzt noch nicht möglich ist.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

So ist es gemeinsam verabredet worden.

(Beifall von CDU und FDP)

Damit will ich überhaupt nicht zurücknehmen, dass ich zu erklären versuche, wie das alles ablaufen sollte. Dazu kommt nämlich noch etwas Zweites –

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Jetzt kommt wieder diese Absichtserklärung!)

Herr Kollege Pinkwart und ich haben uns bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin nachts noch sehr intensiv dafür einsetzen müssen, um so etwas hinzubekommen –: Es gibt das Angebot des Bundes – das ist neu, neu seit Beginn der Bundesrepublik Deutschland und neu seit Bundeskanzler Adenauer –, dass sich der Bund zum ersten Mal anders, als es im Staatsaufbau des Grundgesetzes vorgesehen ist, dazu bereit erklärt hat, in einen Dialog einzutreten und gemeinsam mit Ländern und Kommunen das Beste aus der Situation zu machen, für die wir uns gemeinsam verantwortlich fühlen. Es ist das erste Mal, dass die Kommunen dabei sind und auf gleicher Augenhöhe mitreden können. Das wird im kommenden Jahr stattfinden. Das heißt, es wird jetzt Schritt für Schritt angepackt, um eine gemeinsame Lösung zu finden.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich glaube, dass das der seriösere Weg ist, statt dass der eine, der kein Geld hat, vom anderen, der kein Geld hat, dauernd fordert: Nun gib mir mehr von dem, was du nicht hast. – Das geht nicht, das klappt nicht, das wird auch nicht klappen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Was haben Sie denn mit den Kommunen im Land gemacht?)

Also wird man gemeinsam neue Lösungen finden müssen. Da geht es dann um KdU, um die Kosten der Unterkunft, die bei den Kommunen gerade explodieren. Da geht es um die Frage der Standards.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Was haben Sie denn in den Koalitionsvertrag hineingeschrieben?)

Da geht es um die Frage, welche Aufgaben da übertragen werden müssen, wie kommunale Daseinsvorsorge zu definieren ist.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Was Sie in den Koalitionsvertrag hineingeschrieben haben,

hat in den Kommunen zum Chaos geführt! Sie haben den Schwarzen Peter!)

Sie wissen es genauso wie wir, und wenn Sie es nicht wissen wollen, dann sind Sie böswillig.

(Lebhafte Zurufe von SPD und GRÜNEN – Glocke)

Sie wissen genauso wie wir, dass eine Vielzahl von Initiativen gescheitert ist, weil sich Ihre Fraktion in der Großen Koalition maßgeblich geweigert hatte, irgendwelche Standards einer Überprüfung zu unterziehen. Sie waren das, und Sie tragen deshalb Mitschuld in der Frage.

(Beifall von CDU und FDP – Lebhafter Widerspruch von der SPD – Ralf Jäger [SPD]: Wer schreit, hat unrecht!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Koalition von CDU und FDP versteht sich als eine Koalition, die in diesem schwierigen turbulenten Umfeld der Wirtschaftskrise für Sicherheit und Solidarität eintritt. Beides zu verbinden, werte Kolleginnen und Kollegen, war immer das Markenzeichen von Nordrhein-Westfalen, übrigens von Karl Arnold über Johannes Rau bis heute.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Unverschämtheit, dass Sie sich auf diese Stufe stellen wollen! – Zurufe von der SPD: Ah! – Chamäleon!)

Wir arbeiten weiter an der Zukunft Nordrhein-Westfalens. Wir tun das mit einer Perspektive für die nächsten Jahre und darüber hinaus.

Ich möchte mich bei denen, die sich davon angesprochen fühlen – meinerseits aber ist es an alle gerichtet, trotz unterschiedlichster Auffassungen –, für die Mitarbeit in diesem Jahr sehr herzlich bedanken. Ich möchte ihnen und ihren Familien eine gesegnete Weihnachtszeit wünschen, einige Tage der Ruhe und der Besinnung.

Ich glaube, wenn uns das, was Nordrhein-Westfalen im Kern ausmacht – die Bereitschaft zum Zusammenhalt, der Wille zur Gemeinsamkeit –, auch im kommenden Jahr trotz der sicherlich harten Wahlkampfauseinandersetzung, die auf uns zukommt, nicht verloren geht, dann bin ich ganz sicher, dass wir am Ende des kommenden Jahres sagen werden: Wir sind ein ganzes Stück weitergekommen. Wir haben es geschafft.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Herzlichen Dank, Herr Ministerpräsident. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Frau Kraft.

Hannelore Kraft (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon beeindruckend gewesen

(Lebhafte Zustimmung von CDU und FDP)

– warten Sie ab! Sie sind immer zu schnell; das ist eines Ihrer Probleme –, mit welcher Vehemenz der Kollege Stahl und auch der Herr Ministerpräsident die Contenance verloren haben. Ich glaube, es wird deutlich, wie angeknockt Sie in diesen Wahlkampf gehen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Lachen von CDU und FDP)

Das ist heute sehr deutlich geworden.

Herr Ministerpräsident, wer laut seriösen Umfragen zwischen 2005 und heute mehr als 7 % verliert,

(Lebhaftes Lachen von CDU und FDP)

der sollte sich hier nicht auf ein hohes Ross setzen. Das sollte er wirklich nicht tun, Herr Ministerpräsident. Da wäre ich ganz vorsichtig.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Und wenn Sie sagen

(Zahlreiche Zurufe – Große Unruhe)

– kann ich etwas Ruhe haben? –, Herr Ministerpräsident, meine Rede hätte mit der Wirklichkeit nichts zu tun – so habe ich mitgeschrieben –, die Zahlen wären verfälscht, dann wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie mir auch nur eine Zahl nennen könnten, die ich verfälscht habe.

(Oliver Wittke [CDU]: Dutzende!)

Ich habe diese Zahlen aus all diesen Rankings in Originalgröße hier präsentiert. Sie sind übrigens alle dem Redemanuskript angehängt, und Sie können sie alle noch einmal nachlesen.

Ich kann Ihnen nur eins sagen: Wenn Sie behaupten, die 350 Stellen wären alle Stellen, die nicht besetzt sind, kann ich Ihnen nur raten, die Veröffentlichungen Ihres Finanzministers zu lesen. Da kommt regelmäßig eine Veröffentlichung, in der einzelplanscharf Stellen-Soll und Stellen-Ist ausgewiesen wird. Die letzte mit der Vorlagennummer 14/2634 befasst sich mit den Zahlen von 2008.

Dieser Veröffentlichung des Finanzministers ist für den Einzelplan 05 – über den wir derzeit reden – zu entnehmen: 31.12.2008 Stellen-Soll: 151.258, Stellen-Ist: 147.341,6, Abweichung: 3.916. Das sind schon einmal die nicht besetzten Stellen, die Ihr Finanzminister eingestanden hat.

(Beifall von der SPD)

Dann empfehle ich Ihrer freundlichen Kenntnisnahme eine Veröffentlichung des Ministeriums für Schule und Weiterbildung vom 15.09.08 über Unterrichtserteilung und Unterrichtsausfall in Primarstufe, Sek. I und Sek. II. Dieser Veröffentlichung ist auf Seite 6 zu entnehmen: Das Soll beträgt 104 %, das Ist durchschnittlich 101 %.

Aus diesen uns von der Schulministerin genannten Zahlen haben wir die Kleinen Anfragen abgeleitet. Und aus den Antworten ergibt sich – das haben wir methodisch völlig korrekt daraus errechnet; das können wir Ihnen gerne noch einmal erläutern, Herr Stahl –, dass die unbesetzten Stellen in der Größenordnung von über 5.000 liegen. Stellen geben keinen Unterricht, und das ist das, was die Menschen draußen im Land,

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

die Eltern, die Lehrer und die Schülerinnen und Schüler auch spüren.

Wenn Sie über Unterrichtsausfall reden, dann reden Sie doch bitte auch darüber – machen Sie sich ehrlich! –, dass die Unterrichtsausfallstatistik durch Frau Ministerin Sommer verändert worden ist, dass Sie anders erheben, auch zu Zeitpunkten, die ich höchst bedenklich finde, weil klar ist, dass da alle an Bord sind, zum Beispiel direkt nach den Osterferien.

Und Sie haben nach wie vor das Problem, dass der eigenverantwortliche Unterricht – die Lehrerinnen und Lehrer sind nicht da, die Schüler sitzen in der Klasse – immer noch als nicht ausgefallen gilt. Trotzdem liegt die Zahl der ausgefallenen Unterrichtsstunden immer noch bei über 5 Millionen,

(Beifall von der SPD)

Frau Sommer. Gut, dass Sie nicken. Das ist sehr freundlich von Ihnen.

Herr Ministerpräsident, ich zitiere Sie noch einmal, und zwar aus dem „General-Anzeiger Bonn“ vom 23.05.05. Sie werden gefragt: Planen Sie eine Unterrichtsgarantie? Schließlich war der Unterrichtsausfall in NRW eines Ihrer Hauptthemen im Wahlkampf. Antwort Ministerpräsident Rüttgers: Wir prüfen das. Gelingt uns das Vorhaben, 4.000 neue Lehrerstellen zu schaffen, werden wir – wie Roland Koch in Hessen – vollen Unterricht garantieren können.

Herr Ministerpräsident, damit sind Sie krachend gescheitert. Das beweisen alle Zahlen, die hier vorliegen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Rainer Schmeltzer [SPD]: Versprochen – gebrochen!)

Kommen wir zu einigen anderen Punkten, die Sie hier aufgegriffen haben:

Kredite an kleinere und mittlere Unternehmen und Bürgschaften. Das ist gut, das ist richtig. Sie haben auch bemerken können, dass ich dabei applaudiert habe. Aber eins gehört zur Wahrheit auch dazu: Hätten wir Sie bei den Sparkassen machen lassen, wie Ihr Finanzminister wollte, dann würden diese Sparkassen genau diesen Unternehmen heute keine Kredite mehr geben. Hier macht sich der Brandstifter zum Feuerwehrmann. Das ist das Problem.

(Beifall von der SPD)

Und, Herr Ministerpräsident, wenn es beim Thema Opel in meiner Fraktion unruhig wurde – Sie gucken ja selten in unsere Richtung –, sollten Sie bei Opel dann auch einmal in Richtung des Kollegen Papke schauen. Die FDP als parlamentarischer Arm der internationalen Heuschreckenfraktion hat dazu eine andere Position als Sie. Damit ist Ihre Regierung auf einem ganz anderen Weg gewesen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, ich kann Ihnen einen weiteren Punkt auch nicht ersparen – Sie waren ja gestern auf der MPK; vielleicht haben Sie es nicht mitbekommen –: Der Kollege Laschet hat die Zahlen zu den U3-Plätzen korrigiert. Er hat sich ehrlich gemacht.

(Minister Armin Laschet: Das ist nicht wahr, nichts habe ich korrigiert! Ich habe die Zahlen erläutert! – Zurufe von CDU und SPD)

– Natürlich hat er das gemacht. Doch, ganz normal.

(Weitere Zurufe)

Da müssen Sie mal aufpassen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Herr Krautscheid, jetzt hören Sie doch mal! Sie haben den Mund zu halten! – Weitere Zurufe)

Jedenfalls reden Sie, Herr Ministerpräsident, fälschlicherweise immer noch von über 100.000 U3-Plätzen. Die Wahrheit ist: Für 2008 wurden rückblickend rund 70.000 U3-Plätze ausgewiesen, tatsächlich vorhanden waren im Dezember 08 nur 44.600. Zwischen Versprechen und Wirklichkeit lagen 25.400 Plätze, meine Damen und Herren.

(Minister Armin Laschet: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

2009 hat die Landesregierung 86.000 Plätze versprochen, vorhanden waren nur 52.200. Hier liegen immerhin schon 33.800 Plätze dazwischen.

(Minister Armin Laschet: Sie schmeißen alles durcheinander!)

Und für 2010 hat die Landesregierung 112.000 Plätze versprochen. Ich bin einmal gespannt, was davon in der Realität ankommt, Herr Kollege Laschet. Das war ja eine spannende Debatte, die wir hier im Landtag miteinander hatten.

Herr Ministerpräsident, Sie haben auch einiges zu den Themen Hartz IV, Kinderarmut und Regelsätze gesagt. Ich frage mich: Wenn Sie das so sehen wie wir, warum warten Sie dann auf das Bundesverfassungsgericht und subventionieren, anstatt sich um diese Problematik zu kümmern, Hoteliers und Hotelketten? Diese entscheidende Frage steht dann doch hier im Raum.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Interessant ist ja, dass Sie sich, wenn Sie über Hartz IV reden, dieses Thema herauspicken und kein Wort zur Neuorganisation der Argen verlieren.

(Beifall von der SPD)

Das ist doch auch ein deutliches Zeichen. Diese Niederlage, die Sie da erlitten haben, ist bitter, vor allem für die Kommunen, vor allem für die 1,6 Millionen Bezieher von Leistungen und vor allem für diejenigen Beschäftigten, die aus den Kommunen heraus in diese Argen gewechselt sind. Das ist eine bittere Bilanz, wenn hier Bürokratie auf- und nicht abgebaut wird.

(Beifall von der SPD)

Und wenn Sie noch ein klares Wort haben wollen – ich dachte, ich wäre vorhin klar genug gewesen –: Wir wollen das Kraftwerk in Datteln. Wir wollen das Kraftwerk.

(Zuruf von Ministerin Christa Thoben)

– Das haben wir auch nie bestritten, Frau Thoben, niemals. Wir sind nur nicht bei Ihnen. Kommen wir zu den Ursachen, warum Datteln stillgelegt worden ist! Weil Ihre Verwaltung es nicht hingekriegt hat, eine ordnungsgemäße Planung vorzulegen.

(Beifall von der SPD)

Wenn Sie jetzt versuchen, mal eben im Schnellgang – das haben Sie gemacht – eine Veränderung im Landesplanungsrecht vorzunehmen und damit den Vorrang für erneuerbare Energien und heimische Energieträger herauszunehmen,

(Zuruf von Ministerin Christa Thoben)

dann ist das falsch. Den Weg werden wir nicht mitgehen. Das kann ich hier auch noch einmal deutlich sagen.

(Beifall von der SPD)

Herr Ministerpräsident, wenn wir über das Kraftwerkserneuerungsprogramm reden, sollten wir das noch an ein paar anderen Stellen tun, nämlich bei der Frage: Warum haben Sie es eigentlich zugelassen, dass der im Kraftwerkserneuerungsprogramm, das wir unter Rot-Grün verabschiedet haben, vorgesehene Abbau und Rückbau von Kraftwerken und die Schließung von Kraftwerken gar nicht stattfindet? Warum haben Sie das zugelassen?

(Zuruf von Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart)

– Natürlich war das da vereinbart. Sie haben die Unternehmen doch herausgelassen. Natürlich war das vereinbart; das wissen auch die Unternehmen.

Dann frage ich Sie, wo es bei dem BoA-Kraftwerk an der Rheinschiene hakt. Das wissen Sie doch. Daran, dass Ihre CDU vor Ort diese Planung boykottiert.

(Beifall von der SPD)

Das ist doch das, was da passiert. Hier stellen Sie sich als großer Energiepolitiker hin, und vor Ort kriegen Sie es mit Ihrer CDU nicht gebacken.

Ein deutliches Wort zu Uli Kelber. Ich sage sehr klar: Ich stimme nicht mit ihm überein. Ich stimme insofern mit ihm überein, als dass er das dementiert hat. Ich zitiere Uli Kelber:

Die mir in Presseberichten zugeschriebenen Zitate, wonach ich unter anderem neue Kohlekraftwerke als Dreckschleudern bezeichnet haben soll, habe ich nicht verwendet und bin auch nicht dieser Meinung. Entsprechende Zitate wurden nicht autorisiert.

(Ministerin Christa Thoben: Och!)

So weit dazu. In der SPD gibt es an dieser Stelle keine abweichende Meinung.

(Beifall von der SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Aber nicht überbewerten den Mann!)

Ich komme zum Kollegen Papke. Herr Kollege Papke, neue Durchlässigkeit im NRW-Schulsystem: Ich habe gedacht, ich höre nicht richtig. Das ist der Hohn schlechthin. Die Statistik belegt eindeutig – ich weiß nicht, ob Sie es noch nicht mitgekriegt haben –: Auf neun Absteiger in diesem Schulsystem kommt nur ein Aufsteiger.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Nach unten!)

Da von neuer Durchlässigkeit zu sprechen, und das noch vor dem Hintergrund des Turbo-Abiturs, kann ich nur sagen: Die Durchlässigkeit geht, wenn überhaupt, nur nach unten. Das ist das Problem der Bildungspolitik in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Dann wollten Sie ein Wort zur Schuldenbremse hören. Ja, man muss jetzt damit beginnen. Ich empfehle Ihnen einen Blick in die mittelfristige Finanzplanung des Haushalts, der Ihnen heute vorliegt.

(Beifall von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Da ist kein Weg Richtung null Schulden, sondern es ist ein weiterer Aufwuchs von Schulden vorgesehen, und zwar massiv. Die Einzelzahlen spare ich mir. Das ist Heuchelei, was Sie hier präsentieren, Herr Kollege Papke,

(Beifall von SPD, GRÜNEN und Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Heuchelei und Wahlkampfretorik, die in keinsten Weise mit Daten und Fakten unterlegt ist.

(Zuruf von der SPD: A la Papke! – Rainer Schmeltzer [SPD]: So ist er!)

Sie haben zitiert, ich hätte 2008 davon gesprochen, dass wir 8.100 zusätzliche Stellen unter Rot-Grün geschaffen haben. Wir haben etwas über 4.000 geschaffen, und wir haben den Schulen Stellenäquivalente im Umfang von über 4.000 Stellen aus

der Verlängerung der Arbeitszeit für Lehrerinnen und Lehrer zur Verfügung gestellt. Das war einer der Gründe, warum wir in diesem Land abgewählt worden sind; da machen wir uns nichts vor. Wir stehen dazu, weil es richtig war, mehr Unterricht zu geben. Deshalb ist auch diese Zahl richtig. An der sollten Sie auch nicht weiter herumdeuteln.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Den Mumm hätten Sie nämlich nicht gehabt. Das sage ich mal ganz deutlich.

Und die Zufriedenheit an Hochschulen und Schulen, das ist ja wunderbar. Die Schulleiter sind so zufrieden, dass sie jetzt schon Anzeigen schalten, weil sie eine neue Schulministerin haben wollen. Das spottet jeder Beschreibung.

(Heiterkeit von der SPD)

Noch ein Wort zu den Arbeitslosenzahlen: Wir haben – Stand: 1. Dezember – 777.600 Arbeitslose. Wir haben aber auch noch – das gehört zur Wahrheit dazu – 236.000 Menschen in Kurzarbeit. Ich hoffe sehr, dass sie nicht zu Arbeitslosen werden. Daran sollten wir alle gemeinsam arbeiten.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wer hat die Kurzarbeit verlängert?)

Aber diese Zahl gehört zur Wahrheit dazu.

(Zuruf)

– Sie haben die genannt, aber Kollege Papke nicht.

Kollege Stahl spricht auch von falschen Zahlen, die genannt werden. Sie hätten unter den Bundesländern den höchsten Anteil für Bildung ausgegeben. – Es wäre ja noch schöner, wenn das nicht so wäre, weil wir ein paar mehr Schüler haben als alle anderen. Das ist das Problem.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Helmut Stahl [CDU] – Widerspruch von der CDU)

– Nicht prozentual, sondern pro Kopf müssen Sie das umrechnen, Herr Stahl. Fragen Sie mal ordentliche Statistiker! Da können Sie noch mal in Nachhilfe gehen. Aber so, wie Sie heute geredet haben, kriegen Sie am Ende Ihrer Beschäftigung als Landesregierung nur noch eine Beschäftigung im Historischen Seminar. Ich empfehle die Universität Bonn.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Helmut Stahl [CDU])

Sie sprechen, Herr Stahl, von besseren Rahmenbedingungen. – Wenn das alles so toll wäre, wie Sie mir das gerade in Ihren Reden geschildert haben, sage ich nur: Kriegen Sie irgendetwas mit von dem, was beim Turbo-Abitur abläuft? Kriegen Sie irgendetwas mit?

(Zuruf von der SPD: Nein!)

Können Sie sich vielleicht noch daran erinnern, dass Sie das Turbo-Abitur organisatorisch verändert haben?

Die Umstellung von 10+2 auf 9+3 kann ich jetzt nicht weiter erläutern, weil die Zeit dazu nicht reicht. Aber wir können gerne noch mal beim Kaffee darüber sprechen, wer hier den Murks veranlasst hat.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das wird aber eine Kanne!)

Das war Ihre Schulministerin, die dieses Chaos beim Turbo-Abitur zu verantworten hat.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wenn das im Schulsystem alles so toll wäre, frage ich mich doch: Nehmen Sie eigentlich zur Kenntnis, dass der Nachhilfemarkt in diesem Land boomt bis zum Gehnichtmehr und schon bei der Grundschule Nachhilfelehrer eingesetzt werden?

(Beifall von der SPD)

Nehmen Sie das eigentlich zur Kenntnis? Sind Sie noch vor Ort? Ich weiß es nicht.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Herr Stahl ist schon in Pension!)

Wir haben Studiengebühren eingeführt, ja: nach 14 Semestern. Sie sagen, das wäre ungerecht. Sie haben sie ab dem ersten Semester eingeführt, und das ist ungerecht.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Helmut Stahl [CDU])

Denn wir haben damals versucht, ein Problem aus dem Weg zu räumen. Ich erinnere mich noch gut, Herr Stahl: Da gab es in Bochum ein Problem mit dem EDV-System, weil dort ein Student – der erste Student bundesweit – eine Semesterzahl von 100 erreicht hatte. Ich war damals für diese Langzeitgebühren; ich stehe auch heute noch dazu. Heute braucht man sie nicht mehr. Wir werden die Studiengebühren in NRW im Mai 2010 abschaffen. Das ist unser Versprechen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir werden den Hochschulen auch das Versprechen geben, dass ihnen die Gelder dafür nicht entzogen werden.

Noch eines zum Thema links; das will ich Ihnen auch nicht ersparen. Es gibt einen schönen Artikel in der „FR“ vom 17. Dezember unter der Überschrift „Die Genossen von der Union“. – Da sage ich nur: Packen Sie sich mal ein Stück an die eigene Nase! In Pirna gibt es jetzt den CDU-Kandidaten Frank Ludwig, ein ausgebildeter Lehrer, der mehrere Jahre SED-Mitglied war und im Dezember 1989 der CDU beiträt.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört! – Gisela Walsken [SPD]: Sehr schön!)

Oder in Mecklenburg-Vorpommern – es kommt noch besser –: In Mecklenburg-Vorpommern wählte der CDU-Kreisverband Neubrandenburg kürzlich Frank Benischke zum neuen Vorsitzenden. Der 45-jährige Geschäftsführer einer Wohnungsbaugesellschaft war SED-Mitglied und Politoffizier bei der NVA gewesen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Hört, hört!)

Wer im Glashaus sitzt, Herr Stahl, sollte nicht mit Steinen werfen. Daran sollten Sie sich halten.

(Beifall von der SPD)

Abschließend möchte ich der Bilanz Ihrer Politik noch die Bewertung des Stils und des Umgangs miteinander hinzufügen. Sie sind mit hohen Ansprüchen angetreten und wollten auch auf diesem Feld alles besser und anders machen. Die ganze Zeit haben sich einige führende CDU-Politiker gerne als moralisches Gewissen aufgespielt, wenn es darum ging, andere zu beurteilen.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

„Null Toleranz gegenüber straffällig gewordenen Jugendlichen“, posaunte der schneidige schwarze Sheriff aus der Wasserstraße gerne ins Land. Jetzt ist er als Raffke enttarnt, und keinesfalls ist Ihr Fall mit denen der SPD vergleichbar.

(Widerspruch von der CDU)

Denn Sie, Herr Wüst, sind der Einzige, der von anderen Stellen mehr kassiert hat, als er für die Krankenversicherung je bezahlt hat. Das ist der entscheidende Unterschied.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wenn wir schon einmal bei der CDU sind: Ihre Unnachgiebigkeit gegenüber anderen bekommen jetzt auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der CDU-Zentrale zu spüren. Die Verantwortung liegt immer auch beim Parteivorsitzenden. Wenn Sie noch nicht einmal Ihren Laden in Ordnung halten können, wie wollen Sie dann dieses Land regieren?

(Anhaltender Beifall von der SPD – Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Kraft. – Erlauben Sie mir, bevor wir mit der Debatte fortfahren, auf der Tribüne eine Regierungs- und Wirtschaftsdelegation, und zwar aus der Region Rostow am Don unter der Leitung des Vizegouverneurs Sergey Nazarov, zu begrüßen. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Herr Weisbrich gibt mir gerade ein Zeichen, dass er nicht mehr reden möchte. – Auch Frau Freimuth möchte nicht mehr reden. – Herr Laschet von der Landesregierung kommt etwas später. Dann frage

ich erst einmal bei den Grünen nach, ob Herr Becker noch reden will. – Bitte schön.

Horst Becker^{*)} (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es war ein interessanter Morgen, allerdings mit teilweise sehr durchschnittlichen Reden. Das Interessante bestand im Wesentlichen darin, dass die Regierung seit einigen Wochen offensichtlich beginnt, nervös zu werden.

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Ihretwegen?)

– Meinetwegen vielleicht nicht, aber möglicherweise wegen der Wähler, Herr Ministerpräsident. Dazu haben Sie auch allen Grund, und zwar nicht nur wegen der Umfragen, sondern vor allen Dingen aufgrund Ihrer Bilanz. Auf diese möchte ich gerne zu sprechen kommen. Allerdings kann ich Ihnen, wenn Ihr Koalitionspartner von Fußball und Champions League redet, nicht den Hinweis ersparen, dass Ihre Mannschaft von Ministerinnen und Ministern jedenfalls zu wesentlichen Teilen dringend auf die Auswechselbank gehört und dieses Kabinett eher einer Abstiegsmannschaft als einer Champions-League-Mannschaft entspricht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir haben das in den letzten Tagen bei der Justizministerin gesehen, bei dem Innenminister, der eigentlich auch ein Kommunalminister sein sollte, es aber nicht ist, und insgesamt, so meine ich, bei der Finanzpolitik und bei Herrn Linssen.

Ich will das anhand einiger Zahlen deutlich machen. Sie haben deutlich mehr Schulden angehäuft, als Sie es vorher offensichtlich geplant hatten. Sie sind am Ende dieser Wahlperiode bei über 25 Milliarden € mehr Schulden als zu ihrem Beginn, obwohl Sie in der gleichen Zeit – Frau Kraft hat heute Morgen schon darauf hingewiesen – etwas über 20 Milliarden € an zusätzlichen Steuereinnahmen hatten.

Wenn man sich das anschaut, sieht man aber noch nicht einmal die gesamte Diskrepanz. Denn in Wahrheit wird diese noch durch eine Tatsache vergrößert, die ich einmal deutlich machen möchte: Wir streiten uns hier immer wieder darüber, wie die Kommunen in Nordrhein-Westfalen finanziell ausgestattet werden. Deshalb haben wir uns einmal die Summe der Zuweisungen zwischen den Jahren 2000 und 2004 zum einen und 2005 und 2009 zum anderen angeschaut. Das ist ein sehr interessanter Zahlenvergleich, denn in beiden Perioden haben die Kommunen fast exakt die gleichen Summen – nämlich 34,4 Milliarden € – über das GFG zugewiesen bekommen. Auf gut Deutsch heißt das, dass Sie den Kommunen bei über 20 Milliarden € Steuermehreinnahmen in absoluten Zahlen nur so viel zugewiesen haben, wie Rot-Grün es bei deutlich weniger Steuereinnahmen getan hat.

Damit aber nicht genug. Sie haben den Kommunen darüber hinaus noch erhebliche Gelder entzogen. Ich erinnere nur an den Grunderwerbsteueranteil, an die Krankenhausfinanzierung und die Schülerbeförderungskosten.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Jedes Mal das Gleiche!)

– Entschuldigung, das muss jedes Mal kommen. Wir rechnen jetzt Ihre fünf Jahre ab.

(Beifall von GRÜNEN und Gisela Walsken [SPD])

In die Abrechnung gehört das, was Sie den Kommunen entzogen haben. Das hören Sie nicht gerne, aber ich will noch einmal die Beträge nennen, damit Sie das genau wissen: 100 Millionen € alleine jährlich bei der Krankenhausfinanzierung, 180 Millionen € alleine jährlich bei der Grunderwerbsteuer, 40 Millionen € alleine jährlich bei den Schülerbeförderungskosten, 20 Millionen € alleine in mehreren Jahren bei den Weiterbildungskosten usw.

Aber auch das ist noch nicht die ganze Wahrheit. Es kommt nämlich noch hinzu, dass Sie den Kommunen Geld für Leistungen, die sie übernommen haben, vorenthalten. Ich erinnere nur an das nicht ausfinanzierte KiBiz. Die Kinderförderungsgesetzmittel vom Bund werden nicht durchgereicht, sondern hier behalten, und dann rühmen Sie sich der Mittel im Haushalt. Aber Sie reichen sie nicht an die Kommunen durch.

Wenn man nicht nur das betrachtet, was in den letzten drei Jahren gestrichen wurde, sondern auch das, was nach dem alten System hätte ausbezahlt werden müssen, dann kommt man bei über 20 Milliarden € Steuermehreinnahmen und einem Verbundsatz von 23 % zu dem Ergebnis, dass Sie den Kommunen knapp 5 Milliarden € mehr hätten geben müssen. Und dabei sind noch nicht einmal die Mittel berücksichtigt, die Sie ihnen gestrichen haben. Sie haben den Kommunen in der Summe also nicht nur über 3 Milliarden € vorenthalten, die Sie ihnen in dieser Wahlperiode geraubt haben, sondern Sie haben ihnen darüber hinaus auch 5 Milliarden € vorenthalten, die ihnen nach dem alten Abrechnungssystem zugestanden hätten. Wenn man das noch auf die Steuermehreinnahmen, die Sie gehabt haben, und auf die Verschuldung drauflegt, kommt eine wahrhaft katastrophale Bilanz heraus.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, ich habe eben darauf hingewiesen, dass es hier offensichtlich darum geht, dass FDP und CDU die Grundmelodie für den Wahlkampf anlegen. Die Grundmelodie ist ganz offensichtlich: Wir waren auf einem guten Weg. Die Konsolidierung schritt voran – in Klammern: auf Kosten anderer. Dann kam plötzlich die Finanzkrise.

Das ist aber überhaupt nicht die Wahrheit. Die Wahrheit ist nämlich, dass Sie von einem Wirtschaftsaufschwung profitiert haben, den es im Wesentlichen deswegen gab, weil Rot-Grün im Bund vor dem Jahr 2005 Reformen durchgeführt hat,

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

für die Rot-Grün abgestraft worden ist und für die Rot-Grün bei den Wahlen in der Tat die Quittung bekommen hat. Aber Sie haben davon sowohl im Bund mit einer Großen Koalition wie auch hier in Nordrhein-Westfalen mit Schwarz-Gelb profitiert.

(Ralf Witzel [FDP]: Sie machen sich einen schlanken Fuß!)

So wie Sie sich das angezogen haben, obwohl Sie nichts dafür konnten, müssen Sie sich jetzt auch die katastrophale Lage dieses Landeshaushalts anrechnen lassen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Ralf Witzel [FDP]: Das ist eine selektive Wahrnehmung, Herr Kollege!)

Weil Sie das müssen, Herr Witzel, werden wir es Ihnen auch nicht durchgehen lassen, dass Sie von einer Halbzeitphase sprechen. Es ist interessant, dass wir heute quasi eine Schlussbilanz ziehen und Sie Ihre katastrophale Bilanz zur Halbzeitbilanz erklären. Das ist eine absolute Unverschämtheit.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Diese Strategie wird bei den Wählerinnen und Wählern nicht aufgehen. Denn wenn Sie denen erzählen, dass Sie in diesen fünf Jahren Nordrhein-Westfalen von einem führenden Platz auf einen Abstiegsplatz gewirtschaftet haben,

(Lachen von Minister Andreas Krautscheid)

trotz Steuermehreinnahmen, die Ihnen zur Verfügung standen, jetzt aber noch die nächsten fünf Jahre weitermachen wollen, werden Ihnen die Wählerinnen und Wähler aus meiner Sicht zu Recht sagen, dass das nicht geht.

Spannend ist, wie Sie aus der Situation herauskommen wollen. Das kann ich Ihnen sagen: Sowohl die CDU wie auch die FDP will einen Spieler im politischen Wettstreit schlicht und einfach zu einem Spieler erklären, mit dem man nicht spielen darf. Das ist die Linke. Ich will überhaupt nicht verhehlen, dass die Linke in Nordrhein-Westfalen eine besonders ausgeprägt verrückte Variante der Linken ist.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Nicht verrückter als Sie, Herr Becker!)

Wenn man den Kollegen Sagel sieht, kann man überhaupt keinen anderen Eindruck gewinnen.

(Allgemeiner Beifall – Widerspruch von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Nur leiden wir in Nordrhein-Westfalen nicht nur unter der besonders verrückten Linken, sondern auch

unter einer besonders verrückten und marktradikalen FDP. Das ist nämlich die andere Seite der Medaille.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Solange es Sie gibt, müssen die Grünen und aus meiner Sicht auch die SPD – aber das muss sie selber erklären – hohen Wert darauf legen, dass Sie nicht definieren, mit wem nicht gesprochen und mit wem im Zweifelsfall nicht regiert werden darf. Das ist nicht Ihre Aufgabe.

(Gisela Walsken [SPD]: Genau! Kümmert euch um euren eigenen Kram!)

Denn das wäre eine Regierungsgarantie für Sie. Nichts hat dieses Land weniger verdient als eine Regierungsgarantie für die marktradikale und besonders beklopfte FDP in Nordrhein-Westfalen. – Schönen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Becker. – Das Wort hat jetzt der fraktionslose Abgeordnete Sagel.

(Horst Becker [GRÜNE]: Du Mandatsdieb! Wärs du doch für die Linke angetreten!)

Rüdiger Sagel^{*)} (fraktionslos): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der größte Trickser im Land, wenn Sie schon von Trickereien reden, Herr Ministerpräsident, sind doch Sie. Denn Sie versuchen sich sogar noch über die Landtagswahl am 9. Mai nächsten Jahres zu tricksen.

(Gisela Walsken [SPD]: Das ist in Ordnung!)

Noch interessanter wird es natürlich, wenn man sich die Verfassung anschaut.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Interessanterweise – das ist der Unterschied zu anderen Bundesländern – sitzen die Verfassungsfeinde auf der Regierungsbank.

(Widerspruch von Minister Andreas Krautscheid)

Sie heißen Linssen und Wolf. Die Verfassungswidrigkeit ist Ihnen vom Verfassungsgerichtshof in Münster bescheinigt worden: Zwei verfassungswidrige Haushalte sind Ihre Bilanz, Herr Linssen. Zwei erfolgreiche Verfassungsklagen, Herr Wolf: Zweimal haben Sie eine Klatsche in Münster, meiner Heimatstadt, bekommen. Das ist die reale Politik.

Rüttgers, Linssen und Wolf sind die Dreieinigkeit im Verfassungsbruch. Das ist die Politik, die wir auf der Regierungsbank von Nordrhein-Westfalen erleben. Wenn man den Verfassungsschutz nicht abschaffen müsste, würde ich eigentlich sagen, der Verfas-

sungsschutz sollte sich um Sie und um das kümmern, was Sie hier machen, denn Sie veranstalten zum Teil verfassungswidrige Sachen. Das Gericht in Münster hat es, wie gesagt, bestätigt.

Nach den autosuggestiven Propagandareden von CDU und FDP kommen wir vielleicht einmal konkreter zur katastrophalen Bilanz. Interessant ist vor allem auch das Thema Kinderarmut, das gerade vom Ministerpräsidenten angesprochen worden ist. Er hat herausgestellt, dass er darauf ein besonderes Augenmerk hat. Herr Ministerpräsident, es fällt Ihnen spät ein, dass Kinderarmut ein wichtiges Thema ist, nämlich ein paar Monate vor der Wahl. Nichtsdestotrotz warten Sie ab, wie das Bundesverfassungsgericht entscheidet, ohne vorher etwas zu machen. Das wäre eigentlich notwendig gewesen. Sie hatten jetzt viereinhalb Jahre Zeit, etwas zu verändern. Nichts ist in Nordrhein-Westfalen passiert. So viel zum Thema Kinderarmut.

Die Finanzagenda 2010 geht einher mit einer brutalen Schuldenpolitik gegen die Kommunen und die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen. Die soziale Benachteiligung wird vergrößert. Es gibt eine wachsende Kluft zwischen Arm und Reich in NRW. Auch das kann man im Armutsbericht der Landesregierung aus dem Jahr 2007 nachlesen. Es wird schwarz in NRW, ganz schwarz, finsterste Nacht beim Haushalt 2010 und den Menschen im Land.

CDU und FDP haben seit 2005 ein finanzpolitisches Desaster angerichtet, das zu neuen Rekordhöhen bei Verschuldung, Zinslasten und den Milliarden-subsidien der WestLB geführt hat. Mittlerweile hat man bei der WestLB einen Schutzschirm von 17 Milliarden € für die Zocker errichtet, die bei der Bank gearbeitet, Milliarden verzockt und privat Millionen abgezockt haben.

Einen Schutzschirm für Menschen gibt es in Nordrhein-Westfalen auch weiterhin nicht. Arbeitslose, Hartz-IV-Empfänger und Sozialhilfeempfänger leiden unter dem, was Sie in Nordrhein-Westfalen veranstalten.

Dramatische Zustände erleben wir auch bei den Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Im Jahr 2010 gibt es eine Rekordneuverschuldung von weit über 7 Milliarden € für das Land verbunden mit einem massiven Sozialabbau für die Bürgerinnen und Bürger. Das sind die Auswirkungen der Politik von CDU und FDP im Bund und der Privat-vor-Staat-Rüttgers-Regierung im Land.

Sie haben einen Kahlen Asten der Rekordgesamtschuldung angehäuft. Von 107 Milliarden € wird die Gesamtverschuldung bis Ende nächsten Jahres auf 130 Milliarden € anwachsen.

Traditionell steht jetzt, kurz vor Weihnachten, die Verabschiedung des Landeshaushalts an. Die finanzpolitische Agenda 2010 geht mit einer katastrophalen Situation und vor allem mit einer dra-

matischen Schiefelage für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen einher. In Nordrhein-Westfalen werden allein 2010 aufgrund der CDU-FDP-Bundespolitik weit über 1 Milliarde € fehlen, nicht nur 885 Millionen €, wie Ministerpräsident Rüttgers und sein Finanzminister Linssen behaupten.

Die Linke fordert hier einen vollständigen Kurswechsel; denn auch die Gewerbesteuer ausfälle in Millionenhöhe in jeder einzelnen Kommune in NRW führen zu weiteren massiven sozialen Verwerfungen. Städte und Gemeinden in NRW beklagen aktuell bei den Kassenkrediten eine Verschuldung von über 16 Milliarden €, die rasch weiter steigt.

Der Koalitionsvertrag im Bund setzt die Umverteilung von unten nach oben fort; denn vor allem Besserverdienende erhalten Steuergeschenke und werden entlastet. Die Städte und Gemeinden in NRW werden soziale und kulturelle Leistungen weiter kürzen müssen. Die Arbeitgeber dagegen werden bei der Gesundheitsreform aus der Verantwortung entlassen. Das ist eine eiskalte und zynische Politik von CDU und FDP, die momentan noch verschleiert wird. Hier wird jetzt schon ein Wahlbetrug vorbereitet, der am 9. Mai vollzogen werden soll.

Sehen wir uns an, wie die Situation bei der Arbeitslosigkeit ist. Sie liegt landesweit immer noch bei 8,6 %, im Ruhrgebiet bei 12 %. Wir alle wissen, dass diese Statistiken geschönt sind. Die Wirklichkeit sieht ganz anders aus. Kurzarbeitergeld, prekäre Beschäftigung, Ein-Euro-Jobs und eine weitere Ausweitung der Zeitarbeit – das ist Ihre miserable Politik auf dem Arbeitsmarkt. Die Menschen im Land spüren sehr deutlich, wie Ihre Politik der Kürzungen und des Sozialabbaus wirkt. Sie merken, dass die Reichen immer reicher und sie selbst immer ärmer werden.

Ich habe heute im Landtag acht Anträge eingebracht, die exemplarisch deutlich machen sollen, wie Sie hier Politik betreiben. Sie machen hier nämlich auch weiterhin Klientelpolitik. Stichwort Landwirtschaftskammer im Einzelplan 10 – Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz –: 91,3 Millionen € sind weiterhin für die Landwirtschaftskammern, für reine Bürokratiebehörden, vorgesehen. Das ist die reale Situation. Ich habe den Vorschlag gemacht, an dieser Stelle um 40 Millionen € zu kürzen.

Dann haben wir die Situation bei den Arbeitslosenzentren. Viele von ihnen mussten ihre Arbeit einstellen. Ich habe vorgeschlagen, die Mittel von 20 auf 40 Millionen € zu erhöhen. Das würde dafür sorgen, dass die Arbeitslosen auch weiterhin eine vernünftige Beratung bekommen.

Dann haben wir die Situation, dass Kinder in den Schulen nach wie vor kein Mittagessen bekommen. Ich habe deshalb vorgeschlagen, dass Kin-

der aus Familien, deren Einkommen unterhalb der Pfändungsfreigrenze liegt, ein Essen in den Schulen bekommen: 80 Millionen € mehr.

Es gibt aber natürlich auch die Möglichkeit, mehr Geld einzunehmen. In der Finanzverwaltung zum Beispiel sind in den letzten Jahren massiv Stellen abgebaut worden – rund 1.000 Stellen alleine über das PEM. Sie wissen genau, dass durch verstärkte Betriebsprüfungen und die Bekämpfung von Steuerhinterziehungen wesentlich mehr Geld eingenommen werden könnte. Ich habe deswegen vorgeschlagen, 1.000 zusätzliche Steuerprüferinnen und -prüfer einzustellen. Das würde ungefähr 50 Millionen € kosten, brächte aber für das Land rund 500 Millionen € Mehreinnahmen. Das sagt übrigens auch die Deutsche Steuer-Gewerkschaft. Ich bin also nicht allein mit meiner Forderung.

Auf der anderen Seite haben wir die sozialen Ungerechtigkeiten beim KiBiz. Das ist von den anderen Oppositionsfraktionen bereits angesprochen worden. Mein Vorschlag ist, die Mittel um 320 Millionen € zu erhöhen, damit das ausgeglichen wird und eine vernünftige Kindertagesbetreuung, vor allem bei den unter Dreijährigen, stattfindet.

Dann gibt es – das ist wiederum pure Klientelpolitik – Sachverständige und andere, die die Landesregierung beschäftigt. Der Ansatz hierfür beträgt 86 Millionen €. Aus meiner Sicht würde es die Denkfähigkeit der Mitarbeiter in den Verwaltungen der Landesregierung ein bisschen erhöhen, wenn sie selbst die Gutachten und Sonstiges, was hier notwendig ist, prüfen würden. Ich habe vorgeschlagen, die Mittel um 60 Millionen € zu kürzen.

Auch der Flughafenausbau – darüber haben wir gestern debattiert – ist weiterhin ein Thema in Nordrhein-Westfalen. Auch da habe ich vorgeschlagen, um 2 Millionen € zu kürzen. Insgesamt gehen meine Vorschläge in diese Richtung: Man würde bei dem, was ich vorgeschlagen habe – trotz der massiven Verbesserungen in vielen Bereichen –, 100 Millionen € weniger neue Schulden machen.

Ich kann nur sagen: „Original sozial“ – dafür steht allein die Linke in Nordrhein-Westfalen. CDU und FDP heißt „Versprochen – gebrochen“. Unsozial auch nach der Wahl: Das droht nach dem 9. Mai, falls Sie wieder eine Mehrheit bekommen sollten. Die Linke wird dafür sorgen, dass das nicht der Fall sein wird.

Ich kann nur sagen: Wir haben hier konkrete und vernünftige Vorschläge gemacht, wie eine sozial gerechtere und nachhaltige Politik in Nordrhein-Westfalen aussehen kann, die vor allem den Menschen, die mit einem Einkommen am unteren Ende der Skala leben, gerecht wird.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege.

Rüdiger Sagel¹⁾ (fraktionslos): In diesem Sinne Glück auf! Ich wünsche Ihnen einen guten Rutsch ins neue Jahr. Im nächsten Jahr, am 9. Mai, fällt der Hammer. Das kann ich Ihnen garantieren: Da fällt der Hammer. Dann werden auch wir hier im Landtag sitzen.

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank. – Bevor ich das Wort an Herrn Minister Laschet weitergebe: Herr Sagel, Sie haben bezogen auf Mitglieder der Landesregierung den Begriff „Verfassungsfeinde“ benutzt. Mein Eindruck ist, dass dieser Begriff die Grenzen der in einer parlamentarischen Auseinandersetzung zulässigen Polemisierung überschreitet. Ich erteile dem Abgeordneten **Rüdiger Sagel** dafür einen **Ordnungsruf**.

(Beifall von CDU und FDP)

Herr Minister Laschet.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will nur etwas zu den Zahlen sagen. Herr Kollege Stahl hat in seiner Rede einige falsche Zahlen, mit denen Sie arbeiten, zu rechtgerückt.

Sie haben sich jetzt auf die Zahlen zum Kinderbildungsgesetz konzentriert. Ich gehe einmal davon aus – ich musste das mithören und mitschreiben –, dass Sie, ohne es zu überprüfen, das übernommen haben, was Frau Altenkamp gestern schriftlich in die Landschaft geschickt hat. Deshalb will ich Ihnen erklären, wie die Zahlen wirklich sind.

Die SPD erhebt den Vorwurf, dass im Jahre 2008 rückblickend 70.000 Plätze für die U3-Betreuung ausgewiesen worden seien, tatsächlich aber nur 44.600 existiert hätten. Ich glaube, so haben Sie es eben auch mündlich vorgetragen, wenn ich das eben ...

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

– Sie wird ja das Gleiche vortragen wie Sie, Frau Altenkamp.

(Britta Altenkamp [SPD]: Nein, sie hat das anders gesagt! Sie hat das gesagt, was ich gestern in der Rede auch gesagt habe!)

– Sie hat die Zahl 44.600 genannt und gesagt: Sehen Sie, da gibt es eine Differenz von 25.000. – Ich kann das Wortprotokoll nicht so schnell beschaffen. Aber jedenfalls wird sie das Gleiche gesagt haben wie Sie.

Der Rechenfehler ist folgender:

(Britta Altenkamp [SPD]: Ach ja?)

Es gibt 44.600 Kindpauschalen, die 2008 für Kinder unter drei Jahren ausgezahlt wurden. Hinzu kom-

men, ebenfalls vom Land gefördert, 14.145 Tagespflegeplätze, die in die U3-Statistik einfließen.

(Britta Altenkamp [SPD]: Da haben Sie aber jetzt vier Wochen für gebraucht!)

– Da brauche ich keine vier Wochen für. Das erkläre ich Ihnen Sitzung für Sitzung. Mich wundert es nur, dass eine Oppositionsführerin sich hier hinstellt und nicht begreift, dass das ein Unterschied ist,

(Beifall von der CDU)

dass das in die Bundesstatistik einfließt.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

– Bitte?

(Hannelore Kraft [SPD]: U3-Plätze und Pflegeplätze sind ein Unterschied! Ich kenne das, ich habe einen Kindergarten geleitet!)

– Frau Kraft, darf ich Ihnen das noch einmal erklären. Mich wundert es jetzt wirklich, dass Sie das nicht wissen. Wenn wir sagen, es gibt 86.000 U3-Plätze, sagen wir das auf der Basis eines rot-grünen Bundesgesetzes, das für die Bundesstatistik definiert hat: U3-Plätze sind Plätze in der Tagespflege und Plätze in Kitas.

(Britta Altenkamp [SPD]: Und die weisen Sie im Haushalt aus!)

Daraus setzen sich U3-Plätze zusammen.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

– Frau Kollegin Kraft hat gerade bestritten, dass ich Tagespflege mitzählen darf. Ich versuche gerade, Frau Kollegin Kraft zu erklären, dass in jeder U3-Statistik die Tagespflege selbstverständlich mit dabei ist. Zurzeit haben wir – Sie wollten ja gestern wissen, wie heute der Stand ist – 58.424 Kindpaulschalen, die wir auszahlen, plus 16.245 Tagespflegeplätze. Das Ganze ergibt eine Gesamtsumme von 74.669.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

– Liebe Frau Altenkamp, 74.000 Plätze, die wir für Kinder bezahlen. Da gibt es eine Differenz zu 86.000.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

– Ich rede jetzt über Frau Kraft. Frau Kraft hat hier Differenzen von 30.000 Kindern vorgerechnet. Eine Frau, die Ministerpräsidentin dieses Landes werden will, arbeitet mit falschen Zahlen. Das ist jetzt nachgewiesen.

(Beifall von der CDU)

Sie ist unfähig, das Gesetz des Bundes zu verstehen.

(Sören Link [SPD]: Das stimmt nicht!)

– Dann erklären Sie es mir doch! Melden Sie sich zu Wort und erklären Sie es mir, großer Zwischen-

rufer! Ich bin bereit, eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Link zuzulassen. Fragen Sie!

(Zuruf von Sören Link [SPD])

– Herr Link, stellen Sie einmal eine Frage und brüllen Sie nicht so dämlich dazwischen, wie Sie das üblicherweise tun! Stellen Sie einmal eine Frage!

(Beifall von der CDU)

Ich bin bereit, die Zwischenfrage zuzulassen, bitte. Was ist an den Zahlen falsch, Herr Link?

Vizepräsident Edgar Moron: Bitte schön, Herr Kollege Link.

Sören Link³⁾ (SPD): Herr Minister, sind Sie bereit zuzugestehen, dass Frau Kraft gerade über Zahlen aus dem Jahre 2010 gesprochen hat? Sie kennen das Redeprotokoll von gerade genauso wenig wie ich. Sie hat gerade über Zahlen aus dem Jahre 2010, die Sie hier versprochen haben, und von der Differenz zu den Zahlen gesprochen, die Sie gerade genannt haben.

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Als Erstes hat Frau Kraft über Lehrer und Sonstiges, über Zahlen aus dem Jahre 2008, über Zahlen aus dem Jahre 2009 gesprochen und

(Sören Link [SPD]: Gucken Sie ins Protokoll!)

hat, Herr Kollege Link, dann gesagt: Und die Zahlen für das Jahr 2010 stimmen wahrscheinlich auch nicht. Ob die Zahlen 2010 stimmen, wissen wir am 15. März, wenn die Eltern ihre Kinder anmelden. Wir stellen hier Geld bereit. Wie viele U3-Kinder kommen, wissen wir am 15.03.2010, nicht früher und nicht später. Aber sie hat auch über Zahlen aus dem Jahre 2009 gesprochen. Da habe ich ihr gerade vorgerechnet, dass ihre Rechnung falsch ist und dass natürlich Privat-Gewerbliche in die Bundesstatistik einfließen, natürlich die Kindertagespflege einfließt und Kita-Plätze einfließen. Etwas anderes hat die Landesregierung nie behauptet.

(Britta Altenkamp [SPD]: Wie kommen Sie dann auf 52.400 Plätze?)

Und diese Zahlenrechnung von gestern ist, Frau Altenkamp, Frau Kraft, leider falsch.

Vizepräsident Edgar Moron: Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage von Frau Kraft? – Bitte.

Hannelore Kraft (SPD): Herr Minister, lassen wir doch die Zahlenspielereien mal weg! Sie und die Redner der Regierungsfraktionen haben versucht darzustellen, wie toll doch der U3-Ausbau gelungen sei.

(Minister Armin Laschet: Erst einmal hören!)

Sie haben gesagt, wie toll der U3-Ausbau gelungen sei. Gestern sagten Sie in der Debatte hier – ich habe das vorläufige Plenarprotokoll vorliegen –:

Also: 2005 Schlusslicht, 2009 Schlusslicht. – Ist das richtig oder falsch?

Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Okay, dann beantworte ich diese Frage. Sie haben jetzt davon abgelenkt. Ich bin an dieses Rednerpult gegangen, weil das, was Sie dem Ministerpräsidenten an Zahlen vorgehalten haben, falsch war. Das war mein Auftritt hier, und der ist mir gelungen.

(Beifall von der CDU)

Jetzt machen wir das nächste Thema: Diese Pressemitteilung und die Zahlen, die Sie heute hier genannt haben, sind falsch.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [fraktionslos])

Jetzt haben Sie gesagt: Wir waren Schlusslicht, und wir sind Schlusslicht.

(Hannelore Kraft [SPD]: Sie haben das gesagt!)

– Ja, ich habe das gesagt. Das ist wahr. Das hat der Ministerpräsident auch vorgetragen in seiner Rede eben. Er hat vorgetragen, was wir aufzuholen hatten.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

– Frau Kraft, hören Sie es sich an! Wir waren Letzter von allen 16 Bundesländern.

(Britta Altenkamp [SPD]: So wird das kein schönes Weihnachten!)

Wir sind, weil auch die anderen etwas getan haben, heute immer noch Letzter. Aber, Frau Kraft, wir haben gewaltig aufgeholt. Wir haben in Nordrhein-Westfalen die meisten Kinder. Das müsste in jeder Statistik dazu führen, dass wir auch die meisten Plätze haben.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

– Frau Kraft, das müsste dazu führen. Obwohl wir die meisten Kinder hatten, waren 2005 Bayern – das hat der Ministerpräsident erwähnt –, Baden-Württemberg, Sachsen und Berlin besser als Nordrhein-Westfalen. Und in diesem Jahr haben wir zum ersten Mal die meisten Plätze in ganz Deutschland. Wir haben strukturell so viel nachlegen müssen, weil wir viel mehr Nachholbedarf hatten. Auch das ist ein Erfolg dieser Regierung, und das wird im nächsten Jahr fortgesetzt.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister Laschet. – Jetzt frage ich einmal den Kollegen Lux, ob er noch das Wort wünscht. – Doch.

Rainer Lux^{*)} (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich einige Punkte zu den Kommunalfinanzen sagen, zumal es heute von sehr vielen Rednern der Opposition völlig falsch dargestellt wurde.

Ja, es ist richtig, die Kommunen haben eine ernsthafte Finanzkrise. Die Belastungen und Herausforderungen für die Haushalte sind erheblich. Auch das steht fest – da muss man nicht drum herum reden –: Es besteht die Gefahr, dass diese Probleme in der Zukunft nicht geringer, sondern eher noch größer werden. Es ist völlig richtig: Es besteht Handlungsbedarf, damit man diese multikausalen Ursachen in dieser Situation bekämpfen kann.

Aber diese Haushaltskrise – auch das gehört zur Wahrheit – ist nicht allein ein kommunales Thema. Auch die meisten Bundesländer, fast alle, haben ein riesiges Haushaltsproblem. Selbst der Bund hat dieses Problem nicht erst seit dem Regierungswechsel. Da ist es geradezu zynisch, wenn die Opposition hier so tut, als könnte das Land, dessen Finanz- und Verschuldungssituation diese Opposition ständig beklagt und geißelt, die Finanzkrise der Kommunen mal eben so beseitigen.

(Zustimmung von Walter Kern [CDU])

Denn jeder Euro, der vom Land zusätzlich an die Kommunen fließt, erhöht die Schulden des Landes. Es gibt keine geheimen Eurotürme mehr, aus denen man jetzt ganz schnell mal ein paar Milliarden Euro herausnehmen und den Kommunen zuschustern könnte. Im Saldo ändert sich dadurch für den Bürger nichts.

Sie agieren wie ein Finanzbetrüger.

(Zustimmung von der CDU)

Sie erzählen den Leuten, man könnte Löcher dadurch stopfen, dass man andere, weitere Anleger betrügt, wodurch neue Löcher aufgerissen würden. Das geht nicht. Es gibt kein Geld, das man irgendwo zusätzlich hernehmen könnte.

(Beifall von der CDU)

Wie Sie vorgehen, ist wirklich erbärmlich und schäbig. Außerdem tun Sie so, als wäre die Finanzkrise der Kommunen das Ergebnis der Politik dieser Landesregierung und der sie tragenden Koalition.

Meine Damen und Herren, ich habe oben darauf hingewiesen, dass die aktuelle kommunale Finanzkrise sehr viele verschiedene Ursachen hat, die Sie zum allergrößten Teil mit zu verantworten haben. Aber das ist ja auch eines Ihrer politischen Prinzipien, dass Sie sich grundsätzlich von alle-

dem verabschieden, was Sie gestern noch als eigene Position vertreten haben. Da machen Sie sich vom Acker, und auch das ist schäbig.

Wenn Sie sich wirklich öfter mit den Vertretern der kommunalen Spitzenverbände unterhalten – daran habe ich keinen Zweifel –, dann wissen Sie doch ganz genau, was die Hauptursachen der kommunalen Finanzkrise sind. Das liegt nämlich erstens an den Kosten der Unterkunft, zweitens an den Kosten der Grundsicherung, drittens an den Kosten der Eingliederungshilfe und viertens am Wegbrechen der Gewerbesteuer.

Das alles wissen Sie. Das hat mit dieser Landespolitik nur ganz wenig zu tun. Das sind die wesentlichen Ursachen der aktuellen kommunalen Finanzkrise. Ganz am Ende mögen noch einige andere Punkte hinzukommen wie Maßnahmen dieser Landesregierung, aber auch das Verhalten der einzelnen Kommunen in der Vergangenheit.

Meine Damen und Herren, Sie müssen zu Ihrer Verantwortung stehen; denn die Hauptursachen, die zu dieser kommunalen Finanzkrise geführt haben, nämlich Grundsicherung, Kosten der Unterkunft, sind Politikfelder, die Sie mit vertreten, die Sie mit beschlossen haben, zu denen Sie stehen.

Ich möchte auf die Vorteile und Vorzüge des GFG 2010 zu sprechen kommen. Dieses GFG 2010 zeichnet sich in einer stürmischen Zeit durch Kontinuität und Verlässlichkeit für die Kommunen aus. Die verteilbare Finanzausgleichsmasse sinkt zwar um 4,7 %, ist aber immer noch die zweithöchste in der Geschichte des Landes.

Meine Damen und Herren, wir haben schon oft darauf hingewiesen, dass durch die Einführung des Referenzzeitraumes erhebliche Vorteile für die Kommunen zustande gekommen sind. Wir haben darauf hingewiesen, dass die goldenen Zügel weitestgehend abgeschafft sind und über 85 % der Ausgleichsmasse als Schlüsselzuweisung an die Kommunen gehen. Wir haben die Bildungspauschale bei 600 Millionen € gelassen – auch die Sportpauschale. Ich darf auch an das Konjunkturprogramm erinnern, das gezeigt hat, dass kein Bundesland so großzügig zu den Kommunen ist wie das Land Nordrhein-Westfalen.

(Zustimmung von der CDU)

Es hat sich aber auch ganz deutlich gezeigt, dass wir erhebliche Anstrengungen unternehmen müssen, insbesondere auf Bundesebene, um zu einer neuen Finanzstruktur zu kommen, um den Kommunen auch in Zukunft die Erledigung ihrer Aufgaben zu ermöglichen. Das steht für die CDU-Fraktion ganz oben auf der Agenda. Die von der Opposition angebotenen Scheinlösungen spiegeln aber nur den aktuellen, desolaten Zustand der SPD wider und sind völlig untauglich, auch nur das kleinste Problem in der kommunalen Finanzsituation zu lösen. Deshalb stimmen wir dem GFG zu.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Lux. – Ich glaube, der Kollege Engel von der FDP-Fraktion wünscht auch das Wort; sonst käme er nicht nach vorne. Bitte schön.

Horst Engel¹⁾ (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Land kann immer nur einen Teil der kommunalen Finanzen absichern. Das tun wir trotz der Krise mit der zweithöchsten Zuwendung in Höhe von 7,6 Milliarden € für das Jahr 2010. Trotzdem wird seitens der Opposition ständig suggeriert, das Land habe die Möglichkeit, durch das Öffnen imaginärer Geldspeicher unbegrenzt Mittel an die Städte und Gemeinden auszuschütten. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist ein Irrglaube. Wir sind nicht in Entenhausen, und es gibt auch keinen Dagobert Linssen.

Wenn die Opposition behauptet, wir besäßen überzählige Reserven, die wir den Kommunen vorenthielten, so behauptet sie dies wider besseren Wissens.

(Zustimmung von der CDU)

In Wahrheit liegt das Hauptproblem der Gemeindefinanzierung in der unsteten und konjunkturabhängigen Gewerbesteuer. Ich hatte bereits im letzten Plenum darauf hingewiesen – übrigens bewertet dies Finanzminister Linssen genauso –, dass die Gewerbesteuer gegen eine Kommunalsteuer nach dem Modell der FDP ersetzt werden sollte.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Glücklicherweise wird dies auch von der neuen schwarz-gelben Bundesregierung so gesehen. Der Ministerpräsident hat das vor etwa einer guten Stunde dargestellt. Ich zitiere hierzu aus dem Koalitionsvertrag:

Wir werden eine Kommission zur Erarbeitung von Vorschlägen zur Neuordnung der Gemeindefinanzierung einsetzen. Diese soll auch den Ersatz der Gewerbesteuer durch einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer und einen kommunalen Zuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer mit eigenem Hebesatz prüfen.

Über nichts anderes sprechen wir in den letzten Wochen.

Ich möchte noch einmal vertiefend herausstellen: Wir haben diesen Passus im Koalitionsvertrag ganz ausdrücklich unserem Ministerpräsidenten und seinem Stellvertreter, Herrn Prof. Pinkwart, zu verdanken.

Ich möchte einen weiteren Punkt von elementarer Wichtigkeit ansprechen, der im vergangenen Plenum zu kurz gekommen ist. Er betrifft ein kommunales Phänomen, das ich als Lethargie in einer von

der Opposition angedichteten Vergeblichkeitsfalle bezeichne. Soll heißen: Dank der ständig wiederkehrenden rot-grünen Aufrufe zur Resignation glauben Kommunalpolitiker leider, sie seien in ihrer Kommune derart verschuldet,

(Zuruf von Sören Link [SPD])

dass sie an ihrer Haushaltslage sowieso nichts mehr ändern könnten. Falsch, sie können! Fast ein Viertel der 427 Städte, Gemeinden und Kreise in NRW hatte zum Zeitpunkt der letzten Vollerhebung von IT.NRW am 31. Dezember 2008 – neuere Zahlen liegen noch nicht vor – weniger als 10 Millionen € Schulden. Knapp die Hälfte, Herr Link, lag unter 32 Millionen €, und etwa drei Viertel unter 83 Millionen € Schulden. Das ist die Lebenswirklichkeit. Ich zeige Ihnen das auch einmal in einem Diagramm. Daran können Sie das sehr gut sehen.

(Der Abgeordnete hält ein Diagramm hoch.)

Die in der Mitte können die Schuldenfreiheit über einen Masterplan auf Sicht erreichen. Leider wird die Debatte von zehn kreisfreien Städten beherrscht, die im Milliardenbereich verschuldet sind. Von denjenigen, die schuldenfrei sind, spreche ich jetzt nicht.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege Engel, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Horst Engel¹⁾ (FDP): Nein. – Lassen wir die Kirche im Dorf: Eine Hyperverschuldung, wie sie von der Opposition immer wieder ins Feld geführt wird, ist und bleibt die Ausnahme. Lediglich zehn Kommunen knackten Ende 2008 die Milliardengrenze. Gerade 18 wiesen Verbindlichkeiten von mehr als 500 Millionen € auf.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Die Kameraleute wissen schon, warum sie ihre Kameras abgeschaltet haben!)

Dagegen sind derzeit acht Städte und ein Industriekreis komplett schuldenfrei. Hinzu kommen zahlreiche Kommunen, die faktisch ebenfalls schuldenfrei sind und deren Verbindlichkeiten keine dramatische Bedeutung haben. Ein Beispiel dafür ist die Stadt Düsseldorf. Insgesamt 25 Städte, Gemeinden und Kreise wiesen zum Erhebungszeitpunkt Schuldenstände von weniger als 2 Millionen € auf.

Ich will die Krise der Kommunen nicht schönreden.

(Ralf Jäger [SPD]: Das tun Sie gerade!)

Doch das Bild der Opposition ist maßlos überzeichnet.

(Beifall von der FDP)

Die Regel ist eine Verschuldung in noch überschaubaren Größenordnungen. Hier setzt auch

unser Appell an die neugewählten Bürgermeister und Landräte an: Verabreden Sie fraktionsübergreifend und mit der Bürgerschaft einen Masterplan. Setzen Sie sich das Ziel einer schwarzen Null.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie haben die schwarze Null von Ihnen bekommen, dass sie so hoch verschuldet sind!)

Der Weg ist dabei schon das Ziel. Sie müssen diese Kursänderung verabreden. Gehen Sie dabei vor wie zum Beispiel bei der Planung einer Ortsumgehung oder einer Ortskernsanierung. Das habe ich schon einmal dargestellt. Solche langfristigen Projekte haben Sie überall hinkommen. Sie können das auch im Finanzbereich schaffen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt natürlich vorbildliche Kommunen verschiedenster Größenordnungen, die diesen Weg schon erfolgreich gegangen sind. Ja, sparen kann auch Spaß machen.

(Sören Link [SPD]: Herr Engel, darüber lachen die Leute in Duisburg! Das ist eine Frechheit! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Dass Ihnen das nicht passt, Herr Link, kann ich mir natürlich vorstellen. – Breckerfeld als Kleinstadt, Langenfeld als Mittelzentrum, Düsseldorf als Oberzentrum und der Rhein-Erft-Kreis – da bin ich zu Hause – in einem Industriekreis – alle haben spezielle ...

(Zuruf von der SPD: Wenn sie einsparen würden, dann wäre Ihnen sehr geholfen!)

– Sie denken doch gar nicht nach. Sie plappern doch nur. Ihre Schallplatte hat mittlerweile einen Sprung. Das kann man ja kaum noch hören, was Sie hier erzählen. Sie reden das Land schlecht.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ich sehe es doch vor Ort! Sie sind doch gar nicht in der Realität! Sie wissen nicht, was vor Ort los ist! Die haben sich mittlerweile kaputt gespart! Keine Ahnung!)

Alle diese Kommunen haben spezielle Konzepte aufgestellt und ungenutzte Potenziale gehoben. Mit Rücksicht auf die Zeit möchte ich es mir ersparen, die Einzelheiten darzustellen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das war der erste vernünftige Sparvorschlag!)

Kommunale Konsolidierungspolitik muss nicht immer zulasten der Erbringung freiwilliger Leistungen erfolgen. Auch das wird von Ihnen immer falsch dargestellt. Dies wird immer gerne behauptet, weil die Schließung einer Schule oder eines Konzerthauses natürlich mehr mediale Aufmerksamkeit auf sich zieht als unbequeme strukturelle Veränderungen innerhalb kommunaler Verwaltungsstrukturen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich komme zum Schluss.

(Beifall von der SPD)

Die Zukunft unserer Städte und Gemeinden steht auf drei Säulen:

Erstens. Eine angemessene finanzielle Ausstattung durch das Land Nordrhein-Westfalen, die wir seit Jahren durch das GFG erfolgreich gewährleisten und für 2010 mit 7,6 Milliarden € dotieren.

Zweitens. Der Ersatz der Gewerbesteuer durch die von mir zum wiederholten Male geforderte Kommunalsteuer.

Drittens. Ein Mentalitätswechsel in den Kommunen, weg von der Verschuldungspolitik und hin zum Masterplan „Schwarze Null“.

An dieser Stelle ist natürlich noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten. Das werden wir im Wahlkampf und darüber hinaus tun. Wir schreiben, wenn Sie mitziehen, den Verzicht auf weitere Schulden in die Verfassung hinein. Sie verweigern sich. Das wird Sie bis zum 9. Mai und darüber hinaus noch viel beschäftigen. Das lassen wir Ihnen so nicht durchgehen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Engel. – Jetzt hat sich noch einmal Herr Becker von den Grünen zu Wort gemeldet.

Horst Becker^{*)} (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Ausführungen des Kollegen Engel machen es erforderlich, einiges zurechtzurücken. Das will ich in der gebotenen Kürze, aber auch Klarheit tun.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Alles, was er gesagt hat!)

Wenn der Kollege Engel von einem Masterplan „Schwarze Null“ spricht, dann ist es nicht nur in unseren Reihen, sondern auch in den Reihen der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister dieses Landes, übrigens auch in so manchen Reihen schwarzer Bürgermeister dieses Landes, so, dass man eher von einem Masterplan „Gelbe Null“ sprechen muss.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das bezieht sich ausdrücklich auf den Inhalt der Rede, Herr Kollege. Denn Sie haben zum wiederholten Male erklärt, dass die Mehrzahl der Kommunen nur einen Mentalitätswechsel bräuchte, um zu einer schwarzen Null zu kommen. Das ist schlichter Unsinn,

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

vor allem vor dem Hintergrund der realen Lage der Kommunen im NKF. Sie haben hier in den letzten Jahren die kommunale Wirklichkeit geleugnet, je-

weils mit dem Hinweis darauf, dass es vorübergehend weniger Kommunen im Haushalts sicherungskonzept oder mit Nothaushalten gegeben habe. Sie müssten aber wissen – ich vermute, Sie wissen es auch –, dass dies ausschließlich daran gelegen hat, dass die Kommunen bei der Umstellung auf NKF einige Zeit lang ihre Ausgleichsrücklage verzehren konnten, mithin in Wahrheit überhaupt keinen strukturell ausgeglichenen Haushalt hatten und ihn erst recht nicht in diesen Krisenzeiten haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dann zu erzählen, man könnte diese schwarze Null erreichen, wenn inzwischen 90 % der Kommunen in NRW für das nächste Jahr einen strukturell nicht ausgeglichenen Haushalt angeben, ist schon eine Riesensauerei und eine Riesenfrechheit gegenüber den Kommunen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Lassen Sie mich hinzufügen: Das ist es insbesondere gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Sie werden nämlich in den nächsten Jahren den Preis bezahlen, und zwar bei anderen Gebühren und Beiträgen, bei anderen Steuern und bei weiteren erheblichen Einschränkungen der kommunalen Leistungen insbesondere in der Daseinsvorsorge in denjenigen Städten, die sich überhaupt nicht mehr helfen können. Wir haben heute schon eine absolut katastrophale Lage im bergischen Städtedreieck und im Ruhrgebiet.

Sie verschärfen mit Ihrer Politik diese Spaltung im Land immer weiter, nicht nur die Spaltung in der Gesellschaft zwischen Arm und Reich, sondern auch die Spaltung zwischen armen und reichen Kommunen: Während es sich die einen Bürger leisten können, nach Düsseldorf umzuziehen, müssen die anderen Bürgerinnen und Bürger in einer Situation leben, die sich weit von der Lebenswirklichkeit derer entfernt, die noch Geld haben.

Das ist – so muss ich Ihnen unterstellen – von Ihnen gewollt, genauso wie es von Ihnen gewollt ist, dass Sie dies mit einer Steuerpolitik auf Bundesebene erneut weiter verschärfen, indem Sie die Gewerbesteuer streichen wollen, immer mit dem Hinweis darauf, Sie wollten eine Kommunalsteuer, ohne zu sagen, woher sie denn kommt. Sagen Sie diesem Parlament, sagen Sie den Menschen, woher sie kommen soll.

(Zuruf von Angela Freimuth [FDP])

Sie wollen dafür die Mehrwertsteuer ein weiteres Mal erhöhen. Sie wollen dafür andere Steuern erhöhen.

(Zurufe)

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege!

Horst Becker^{*)} (GRÜNE): Es sind wieder die kleinen Leute, die den Preis dafür bezahlen, meine Damen und Herren. Deswegen ist es Unsinn, was Sie erzählen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Becker.

Meine Damen und Herren, die Redezeiten sind jetzt erschöpft. Damit schließe ich die Beratung. Bevor wir zur Abstimmung kommen, kann Herr Kollege Jäger nach § 29 unserer Geschäftsordnung noch eine persönliche Erklärung abgeben. Bitte schön.

Ralf Jäger (SPD): Vielen Dank, Herr Präsident. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor einigen Tagen hat es eine Sondersitzung des Rechtsausschusses gegeben, die für vertraulich erklärt worden ist. Es hat bereits eine Pressemitteilung der Justizministerin gegeben, in der sie diesem Verfassungsorgan den Verdacht unterstellt hat, dass aus dieser Sitzung Vertrauliches an die Öffentlichkeit gelangt sei. Wir haben dies als Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD bereits heftig kritisiert. Dies steht einer Ministerin nicht zu, die ihr eigenes Haus vielleicht vor Quellen schützen sollte.

Herr Stahl, Sie haben mir heute in Ihrer Rede unterstellt, diese Vertraulichkeit verletzt zu haben. Ich fordere Sie hiermit auf, das zu widerrufen oder zu belegen, oder am besten für immer zu schweigen.

(Lebhafter Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank. – Wir sind am Ende der Beratung und kommen zur Abstimmung.

Erstens stimmen wir über das Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2010 ab. Das sind die Drucksachen 14/9702 und 14/10217. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/10402**, den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Fassung der Beschlussempfehlung nach der zweiten Lesung Drucksache 14/10217 unverändert zur dritten Lesung anzunehmen. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU und FDP. Wer ist dagegen? – CDU, SPD und der Abgeordnete Sagel.

(Widerspruch von der CDU)

– Entschuldigung, ich habe mich versprochen. Sie wissen ja, was ich meine; aber wir korrigieren es: SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Herr Sagel sind dagegen. Damit ist die Beschlussempfehlung **angenommen** und das **Gemeindefinanzierungsgesetz in dritter Lesung verabschiedet**.

Zweitens stimmen wir über den **Änderungsantrag** des fraktionslosen Abgeordneten Sagel **Drucksache 14/10411** ab. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das ist Herr Sagel. Wer ist dagegen? – Das ist der Rest des Hauses. Enthält sich jemand? – Dann ist der Antrag von Herrn Sagel mit der Stimmenmehrheit aller Fraktionen des Hauses **abgelehnt**.

Drittens stimmen wir über einen weiteren **Änderungsantrag** des fraktionslosen Abgeordneten Sagel in der **Drucksache 14/10412** ab. Wer ist dafür? – Das ist Herr Sagel. Wer ist dagegen? – Der Rest des Hauses. Damit ist auch dieser Antrag mit den Stimmen aller vier Fraktionen **abgelehnt**.

Viertens stimmen wir wiederum über einen **Änderungsantrag** von Herrn Sagel ab, nämlich den in **Drucksache 14/10413**. Wer ist für diesen Antrag? – Herr Sagel. Wer ist dagegen? – Alle vier Fraktionen. Damit ist auch dieser Antrag **abgelehnt**.

Fünftens stimmen wir über den **Änderungsantrag** von Herrn Sagel **Drucksache 14/10414** ab. Wer ist für diesen Antrag? – Herr Sagel. Wer ist dagegen? – Alle vier Fraktionen. Enthält sich jemand? – Dann muss ich einen Teil der Abstimmung wiederholen. Herr Sagel war dafür. Wer ist gegen den Antrag? – Grüne, CDU-Fraktion und FDP sowie zwei Abgeordnete der SPD-Fraktion sind dagegen. Wer enthält sich? – Der Rest der SPD-Fraktion. Damit ist dieser Antrag mit klarer Stimmenmehrheit von CDU, FDP, Grünen und zwei Stimmen der SPD-Fraktion bei Enthaltung des Restes der SPD-Fraktion **abgelehnt**.

Sechstens stimmen wir über den **Änderungsantrag** von Herrn Sagel **Drucksache 14/10415** ab. Wer ist für diesen Antrag? – Herr Sagel. Wer ist dagegen? – Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Antrag mit der Stimmenmehrheit aller vier Fraktionen des Hohen Hauses **abgelehnt**.

Siebtens kommt noch ein **Änderungsantrag** von Herrn Sagel, und zwar in der **Drucksache 14/10416**. Wer ist für den Antrag? – Natürlich Herr Sagel. Wer ist dagegen? – Der Rest des Hauses, alle vier Fraktionen. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist auch dieser Antrag mit der Mehrheit der Stimmen aller vier Fraktionen **abgelehnt**.

Achtens stimmen wir über den **Änderungsantrag** des fraktionslosen Abgeordneten Sagel in der **Drucksache 14/10417** ab. Wer ist für diesen Antrag? – Herr Sagel. Wer ist dagegen? – Das sind CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Wer enthält sich? – Die SPD-Fraktion. Damit ist dieser Antrag mit der Stimmenmehrheit der Fraktionen von CDU, FDP und Grünen bei Stimmenthaltung der SPD **abgelehnt**.

Neuntens stimmen wir über den **Änderungsantrag** von Herrn Sagel **Drucksache 14/10418** ab. Wer ist für den Antrag? – Herr Sagel. Wer ist dagegen? – Enthält sich jemand? – Damit haben alle vier Fraktionen des Hauses diesen Antrag ge-

meinsam **abgelehnt**. Für den Antrag hat nur der Abgeordnete Sagel gestimmt.

Zehntens kommen wir zum **Änderungsantrag** der Fraktionen von CDU und FDP **Drucksache 14/10443**. Dazu gibt es einen inhaltsgleichen **Änderungsantrag** der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/10452**. Da diese Anträge deckungsgleich sind, lasse ich über beide Anträge zusammen abstimmen. Wer stimmt den beiden Anträgen zu? – Ist jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Herr Sagel enthält sich. Damit sind diese beiden Anträge bei Stimmenthaltung von Herrn Sagel mit der Mehrheit der Stimmen aller vier Fraktionen **angenommen**.

Elftens stimmen wir über den **Änderungsantrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 14/10445** ab. Wer ist für den Antrag? – Die SPD-Fraktion und der Abgeordnete Sagel. – Wer ist gegen den Antrag? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Die Grünen. Damit ist dieser Antrag mit der Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen von CDU und FDP **abgelehnt**.

Zwölftens stimmen wir über das Haushaltsgesetz 2010 ab. Das sind die Drucksachen 14/9700 und 14/10090 – das ist die Ergänzung – in der Fassung nach der zweiten Lesung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in der **Beschlussempfehlung Drucksache 14/10400**, den Haushaltsplan 2010 in der Fassung nach der zweiten Lesung mit den aus der vorgenannten Drucksache ersichtlichen Änderungen anzunehmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordnete Sagel. Damit ist das Haushaltsgesetz mit der Stimmenmehrheit von CDU und FDP bei Gegenstimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Herrn Sagel **angenommen** und damit der **Haushalt in dritter Lesung verabschiedet**.

(Beifall von CDU und FDP)

Dreizehtens stimmen wir über den **Entschließungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/10419** ab. Wer ist für den Entschließungsantrag? – Das sind die Grünen und die SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Der Abgeordnete Sagel. Damit ist dieser Entschließungsantrag bei Stimmenthaltung von Herrn Sagel mit der Mehrheit der Stimmen von CDU und FDP **abgelehnt**.

Vierzehntens stimmen wir über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP **Drucksache 14/10444** ab. Wer ist für den Entschließungsantrag? – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Abgeordnete Sagel. Damit ist dieser Entschließungsantrag **angenommen**.

Fünfzehntens stimmen wir über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/10451** ab. Wer ist für den Entschließungsan-

trag? – Die SPD-Fraktion. Wer ist dagegen? – CDU, FDP und der Abgeordnete Sagel. Wer enthält sich? – Die Grünen. Damit ist dieser Entschließungsantrag mit der Stimmenmehrheit von CDU, FDP und Herrn Sagel bei Enthaltung der Grünen **abgelehnt**.

Zum Schluss kommen wir zur Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 2009 bis 2013 Drucksache 14/9701. Entsprechend der **Beschlussempfehlung** des Haushalts- und Finanzausschusses in der **Drucksache 14/10401** soll die Finanzplanung zur Kenntnis genommen werden. – Dem widerspricht keiner. Somit ist die Beschlussempfehlung **angenommen**, und wir haben die **Finanzplanung 2009 bis 2013 zur Kenntnis genommen**.

Damit sind die Haushaltsberatungen für das Haushaltsjahr 2010 erledigt.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, es geht aber weiter. Ich kann Sie noch nicht in die Weihnachtsferien entlassen, auch wenn es im Augenblick so aussieht. Jetzt kommen wir nämlich zu:

3 Die freie Theater- und Tanzszene in Nordrhein-Westfalen als Ort der Kreativität stärken

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/10148

Ich eröffne die Beratung. Für die antragstellende Fraktion der CDU erhält Herr Prof. Sternberg das Wort. Bitte schön.

Prof. Dr. Thomas Sternberg^{*)} (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Obwohl jetzt so viele Kolleginnen und Kollegen den Raum verlassen, geht es auch bei dem nun vor uns liegenden Antrag letztlich um eine Finanzfrage. Die Frage der kommunalen Finanzen ist hier genauso mit angesprochen wie die Frage der Theaterszene in Nordrhein-Westfalen.

Zunächst bleibe ich auch bei der Finanzsituation, zu der wir heute schon viel gehört haben. Man liest derzeit eine Alarmmeldung nach der anderen und gewinnt den Eindruck, dass die Bereitschaft der Medien, jede Sparmaßnahme im kulturellen Bereich zu einer Katastrophe hochzustilisieren, sehr groß ist.

Frau Löhrmann hat heute Morgen davon gesprochen, dass die Theater in Nordrhein-Westfalen geschlossen würden. Das ist keineswegs der Fall. Ich kenne kein einziges Theater, das geschlossen worden ist.